

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 24. September 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Unsere nächste Pflicht.

Die politischen Ferien sind vorüber und kaum ein Monat trennt uns von der Eröffnung der Parlamente.

### Schwere Kämpfe

stehen dem deutschen Proletariat bevor. Dem deutschen Volke wird die Kostenrechnung für den Ausfall der Januarwahlen vorgelegt werden, und eine stupide Majorität, die allerdings in Wirklichkeit nur eine Minderheit des Volkes repräsentiert, ist entschlossen, fast die ganze Last auf die schwachen Schultern abzuladen. Mehr als eine

### Halbe Milliarde

fordert die Regierung an neuen Steuern, und diese halbe Milliarde sollen die arbeitenden Massen aufbringen; denn die Reichen weigern sich, neue Steuern auf sich zu nehmen. Ihr Patriotismus ist am Ende seiner Kraft, wenn sie die Ausgaben für Heer, Marine und Kolonien bewilligt haben, jene Ausgaben, welche zugleich so schöne Profite für die Kanonen- und Panzerplattensabrikanten, für die Reeder und Schiffbauer bedeuten. Wenn der Zollwucher den deutschen Arbeitern ihre Lebensmittel so ins Unererschwingliche verteuert hat, vor einer weiteren Belastung selbst der Plebs zurückzudenken muß, so bleiben ja noch die „Genußmittel“ der Armen.

Der Arbeiter ist den Herrschenden nicht weiter als ein Arbeitsinstrument, wie die Maschine oder das Zugtier. Daß ihm so viel Nahrungsmittel zugeführt werden als er zum Leben braucht, ist für das Kapital eine Notwendigkeit. Was darüber hinausgeht, ist Luxus, ist unnötiger Genuß. Die Vertreter jener Reichen, die jede Steuer, die das Vermögen und die hohen Einkommen trifft, verweigern, weil sie dem prassenden Luxus der herrschenden Klassen nicht Abbruch tun wollen, sie sind entschlossen, den Arbeitern auch das Letzte ins Unererschwingliche zu verteuern.

### Tabak, Bier und Branntwein werden schwer herhalten müssen,

wenn nicht die Arbeiterklasse sich mit aller Macht zur Wehre setzt. Und wie es im Reichstag den Abwehrkampf gegen die Pläne des Steuerwuchers gilt, so wird es sich im preussischen Landtag um die Fortsetzung jenes Angriffskampfes handeln, den die preussischen Arbeiter mit ihren großen Demonstrationen und ihren Wahlsiegen im Juni eingeleitet haben.

Das beste Mittel in diesen Kämpfen ist

### unsere Presse.

Wir können nur siegen, wenn jeder einzelne weiß, worum es sich handelt. Darum muß jeder Arbeiter

### das Arbeiterblatt

lesen, jeder Abonnent des „Vorwärts“ sein. Aus den Arbeiterwohnungen muß nicht nur die Presse der offenen Gegner der Arbeiterklasse verschwinden, sondern auch jene fast noch schlimmere Klatschpresse, die das Gehirn des Arbeiters mit leeren und gleichgültigen, aber sensationell aufbereiteten Berichten verwirrt und ihn dadurch von seinen ernstesten Aufgaben abzieht. Der

### „Vorwärts“

ist nicht nur das Blatt der rastlosen politischen Bekämpfung aller Gegner der Arbeiterklasse, er ist auch ein Mittel zur Aufklärung und Weiterbildung. Die Vorgänge des sozialen Lebens, die wichtigsten Erscheinungen auf wirtschaftlichem Gebiete, der unmittelbare Klassenkampf, wie ihn die Arbeiter in ihren gewerkschaftlichen Organisationen führen, werden kritisch besprochen und zeigen dem Arbeiter die Natur einer Gesellschaft, deren Umwandlung die historische Aufgabe seiner Klasse ist.

### Unser Feuilleton

bringt fortlaufend Berichte über den technischen und wissenschaftlichen Fortschritt, und unser Unterhaltungsblatt sucht die hervorragendsten und interessantesten Erscheinungen auf dem Gebiete der Kunst und Literatur zu vermitteln.

Im neuen Quartal werden wir außer einer

### Erzählung von Tolstoi

die bedeutendste Schöpfung von Ludwig Thomas bringen, den bayerischen Bauernroman

### „Andreas Böß“.

So sucht der „Vorwärts“ allen Ansprüchen, die der deutsche Arbeiter an sein Blatt zu stellen berechtigt ist, nach Kräften zu genügen; und die Arbeiter haben das anerkannt und ihrem Blatte die weite Verbreitung verschafft. Doch noch immer fehlen viele, die zum Proletariat gehören. Diese Indifferenten, Lauen und Nachlässigen zu gewinnen, das muß in den nächsten Tagen die vornehmste Pflicht unserer Genossen und Leser sein.

Jeder werde neue Mitstreiter und neue Abonnenten für den „Vorwärts“!

## Die Gewerkschaften und die Wahlen.

New York, Anfang September. (Fig. Ver.)

In keinem früheren Wahlkampfe boten die amerikanischen Gewerkschaften ein solches Bild der Zerfahrenheit und Zersplitterung, als jetzt vor der Präsidentschaftswahl. Und noch nie trat die vollständige Bedeutungslosigkeit der in der Federation of Labor (Arbeiterbund) vereinten Gewerkschaftsverbände im politischen Leben unseres Landes offenkundiger zutage. Daß dem so ist, haben die Compers, Mitchell, Duncan usw., die seit Jahren an der Spitze der Federation of Labor stehen, durch ihren neuesten Geniestreich, die Arbeiterstimmen der demokratischen Partei zuzuführen, zutwege gebracht. Arbeiterführer im eigentlichen Sinne waren ja allerdings die Compers und Konsorten nie gewesen. Dazu mangelte es ihnen am klaren Blick und an tieferen Kenntnissen und obendrein an jeglichen Idealen. Ihre Handlungen und Entschlüsse waren stets nur Halbheiten, diktiert von zarter Rücksichtnahme auf kapitalistische Interessen, die zu gefährden sie sich sehr hüteten. Am wohlsten war ihnen im Bankettsaal an der reichbefesteten Tafel in Gesellschaft der schlimmsten Arbeiterfeinde, wie des bekannten Andrew Carnegie und des Straßenbahnmagnaten August Belmont, mit denen sie die „Civic Federation“, eine Vereinigung zur Förderung der Harmonie der Interessen, gründeten und bei welcher Mitchell, der frühere Präsident des Kohlenarbeiterverbandes, kürzlich eine Anstellung mit einem Jahresgehalt von 6000 Dollar (nahezu 25 000 M.) gefunden hat. Und ganz im Einklang damit suchten sie jede selbständige politische Regung der Gewerkschaften zu unterdrücken. Wer anderen Sinnes war, wie beispielsweise die Sozialdemokraten, den Klassenkampf predigte und die amerikanische Gewerkschaftsbewegung auf die Bahnen zu leiten suchte, welche die englischen Arbeiter eingeschlagen, ward zum Verräter gestempelt. Mißbeilweise wurden die persönlichen Verunglimpfungen über ihn ausgegossen, und Compers, den sonst selbst die vitalsten Interessen der Arbeiter nicht in seiner Ruhe stören konnten, wie Gift und Galle. Zweifellos war und ist der lächerliche Haß des Präsidenten der Federation of Labor gegen die sozialistische Bewegung und deren Träger das echteste, wenn nicht das einzig Echte an Compers. Und nur aus diesem Haß heraus läßt sich seine neueste Leistung erklären, wie wir durch einen kurzen Rückblick auf Vorgänge der letzten Zeit nachzuweisen versuchen wollen.

Während der letztjährigen Kongresssession ist die soziale Gesetzgebung ungeachtet der mit bedeutenden Geldmitteln unterhaltenen Lobby (Kommission zur Ueberwachung der Gesetzgebung und zur Förderung arbeiterfreundlicher Gesetze) vollständig zum Stillstand gekommen. Nicht einmal dem dringend geäußerten Verlangen der Federation und ihrer Führer, Gerichtsentscheidungen wie das Verbot des Streikens durch Einhaltsbefehle, die Schadenersatzpflicht der Gewerkschaften bei Boykotts durch Gesetz unmöglich zu machen, kam der Kongreß nach. Schreibt doch deshalb Compers selbst in der Juli-Nummer des „Federationist“ (offizielles Organ der Federation of Labor): „So hat sich denn der Kongreß wiederum vertagt; für die Silberhufe der Arbeit um Befreiung aus der tyrannischen und unerträglichsten Situation, in der sie sich seit einem Jahrhundert befinden, hatte er nur ein taubes Ohr. Der beim Kongreß eingereichte Protest der großen Konferenz der Beamten und anderen Vertreter der Arbeiter- und Farmerorganisationen wurde ignoriert und zwar derart frech ignoriert, daß selbst jene, welche für diesen Kurs die Verantwortung tragen, über ihre eigene Kühnheit erstaunt waren.“

Diesem Bekenntnis Compers' über das vollständige Versagen seiner bisherigen Politik, die bekanntlich auf das einfältige Schlagwort „Keine Politik in den Gewerkschaften“ hinauslief, folgte in der Augustnummer des „Federationist“ die formelle Bankrotterklärung der legislativen Kommission der American Federation of Labor, der Lobby. In einem mehrere Seiten langen Bericht über ihre „Tätigkeit“ gibt die legislative Kommission zu, daß ihr Wirken während der verflochtenen Kongresssession gleich Null war und kommt zu dem Schluß, daß sich die Arbeiter endlich der Situation gewachsen zeigen und sich zu diesem Zwecke ihrer politischen Bürgerrechte anders als bisher bedienen müssen.

Wer aber aus dem Eingeständnis Compers' und seiner legislativen Kommission die einzig logische Folgerung ziehen sollte, daß die immer wieder Gefoppten nun endlich das Licht mit den kapitalistischen Parteien zerschneiden werden, kennt weder Compers und seine Leute, noch deren Methoden. Dieses Vorgehen war nur die Maskierung für ihre neueste Verräterei.

Zurzeit als die legislative Kommission der Federation ihren bereits erwähnten Bericht abfaßte (3. Juni), war der Parteitag der Socialist Party (Sozialistische Partei) bereits vorüber. Das von dem Parteitag angenommene Programm enthält unter anderen die folgenden für die Gewerkschaften besonders wichtigen Forderungen:

Sofortiges Eingreifen der Regierung zugunsten der Arbeitslosen durch den Bau von Schulen, die Aufforstung, Kultivierung und Bewässerung von Weidland, den Bau von Kanälen und

anderen nützlichen öffentlichen Arbeiten, Einführung des Achtstundentages bei allen derartigen Arbeiten und Zahlung der von den Gewerkschaften festgesetzten Löhne.

Unverzinsliche Darlehen seitens der Bundesregierung an die Einzelstaaten und die Gemeinden zur Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten.

Regierungsbeiträgen an die Gewerkschaften zur Unterstützung ihrer Arbeitslosen und sofortige Inangriffnahme solcher Maßregeln, durch die dem durch die kapitalistische Wirtschaft weitverbreiteten Elend unter den Arbeitern gesteuert wird.

Absolute Press-, Rede- und Versammlungsfreiheit. Abschaffung der von dem Oberbundesgericht der Vereinigten Staaten usurpierten Macht, über die Konstitutionalität der vom Kongreß angenommenen Gesetze zu entscheiden.

Abschaffung der Arbeitszeit in Einklang mit der erhöhten Leistungsfähigkeit der Maschinen.

Eine Ruhepause von anderthalb Tagen pro Woche.

Strengere Fabrik- und Gewerbeinspektion.

Verbot der Fabrikarbeit für Kinder unter 16 Jahren.

Verbot der zwischenstaatlichen Beförderung von Produkten, welche von Kindern oder in Gefängnissen oder in nicht unter der Gewerbeinspektion stehenden Fabriken hergestellt werden.

Abschaffung der Wohltätigkeitsanstalten und Ersetzung derselben durch Zwangsversicherung gegen Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfälle, Invalidität, hohes Alter und in Todesfällen.

Zoestremung des derzeitigen Arbeitsbureaus vom Department für Handel und Arbeit und Stabilisierung eines eigenen Departements für Arbeit.

Wahl familiärer Richter durch das Volk auf kurze Amtsstermine.

Sofortige Aufhebung der den Gerichten zustehenden Befugnis, Einhaltsbefehle zu erlassen.

Unentgeltlichkeit der Rechtspflege.

In einem vom Parteitag erlassenen Manifest an die Arbeiter werden diese Forderungen noch näher erläutert, die Bestrebungen der Verwaltungsbehörden und der Gerichte, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu beschränken, scharf verurteilt und die amerikanischen Arbeiter aufgefordert, sich unter dem Banner der sozialistischen Partei zu vereinen.

An Deutlichkeit lassen weder das Programm und das Manifest der sozialistischen Partei zu wünschen übrig; sie hätten deshalb auch die freudige Zustimmung der Gewerkschaftsführer finden müssen. Aber weit davon entfernt! Im Rate dieser Weisen, bei denen die Interessen der Arbeiter zurücktreten hinter dem Hass gegen die Sozialisten, hatte man bereits anders beschloffen.

So kam der sonderbare Wittgang der Compers, Mitchell usw. zu dem Konvent der republikanischen Partei in Chicago und dem der demokratischen Partei in Denver zustande. Beiden Tagungen unterbreiteten die Leiter der Federation ihre Forderungen für die Aufnahme in die Wahlprogramme. Diese Forderungen, mit denen man die angeführten Programmpunkte der Sozialisten vergleichen möge, lauten: Koalitionsrecht für Lohnarbeiter und Farmer, ohne daß solche Organisationen als ungesetzliche Vereinigungen zur Hinderung des Handels betrachtet werden. — Gesetzliches Verbot des Erlassens von Einhaltsbefehlen bei Arbeiterstreitigkeiten. Das Erlassen solcher Einhaltsbefehle ist erst nach einem gehörigen Verfahren vor einer Jury zulässig. —

Achtstundentag für alle Regierungsarbeiter und bei allen Arbeiten, die für die Regierung ausgeführt werden. — Haftpflicht der Arbeitgeber. — Stimmrecht für die Frauen. — Schaffung eines Arbeitsdepartements; Bergbaukontrolle durch die Bundesbehörden und Bewilligung hinreichender Mittel zur Feststellung der Ursachen der Grubenunfälle.

Auf diese Forderungen antwortete die republikanische Partei im Juni mit der Annahme des folgenden Programms:

„Wir glauben, daß die Regeln über das Verfahren in den Bundesgerichten hinsichtlich der Ausstellung von Einhaltsbefehlen durch das Gesetz genauer festgesetzt werden sollten, und kein Einhaltsbefehl oder temporärer Stillsetzungsbesehl ohne vorherige Mitteilung erlassen werde, ausgenommen in solchen Fällen, wo durch Verzug unerheblicher Schaden angerichtet würde, in welchem Falle nachher ein schleuniger Termin anberaumt werden sollte.“

Obwohl von vornherein eine andere Stellungnahme der republikanischen Partei gar nicht zu erwarten war, stellte sich Compers ob des Resultats sehr enttäuscht, drohte mit fürchterlicher Rache und begab sich mit seinem Stabe nach Denver, wo Anfang Juli der Konvent der Demokraten zusammentrat. Diesem unterbreiteten die Leiter der Federation of Labor die gleichen Forderungen. Den gleichen Widerstand, auf den die Forderungen der Federation in Chicago bei den Republikanern gestoßen, begegnete man in Denver. Nur dem Einfluß William J. Bryans, des demokratischen Präsidentschaftskandidaten, gelang es, den Parteitag zur Annahme einer Reihe scheinbar arbeiterfreundlicher Programmpunkte zu bewegen, die im wesentlichen besagen:

Fragen der Gerichtspraxis, namentlich in Verbindung mit industriellen Streitigkeiten, sind aufgetaucht. Unseres Erachtens sollten die Parteien bei allen gerichtlichen Verfahren mit strenger Unparteilichkeit behandelt und keine Einhaltsbefehle in Fällen gewährt werden, bei denen, falls keine Arbeiterstreitigkeiten in Frage kämen, die Gerichte solche nicht erlassen würden. Die steigende Organisation der Industrie macht es zur Bedingung, daß das Recht der Arbeiter und Produzenten, sich zum Schutze ihrer Lohnverhältnisse und zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu organisieren, nicht beeinträchtigt wird, und daß solche Organisationen und deren Mitglieder nicht als ungesetzliche Vereinigungen zur Inhibierung des Handels betrachtet werden. Wir begünstigen (beauftragen, nicht fordern, D. V.) den Achtstundentag

### Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonietzelle oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg., „Kleine Anzeigen“, das erste (seitgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Schlußstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 3 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Bei Regierungsbauten. Die verpflichten die demokratische Partei zur Annahme eines Bundesgesetzes für die allgemeine Haftpflicht der Arbeitgeber, soweit die Bundes-Jurisdiktion reicht. Wir verpflichten die demokratische Partei zur Schaffung eines Arbeits-Departements, dem auch der Bergbau unterstellt wird.

Von diesem Programm, das beispielsweise in bezug auf den für die Gewerkschaften wichtigsten Passus über die Einhaltsbefehle nichts sagend ist, betriebs der Haftpflicht der Arbeitgeber im Widerspruch steht mit den Traditionen der demokratischen Partei und kein Wort enthält über die Arbeitslosenfrage, erklärte sich Gompers hoch befriedigt. Hoch befriedigt von ein paar zu nichts verpflichtenden Programmätzen einer Partei, die, wo immer sie an der Macht ist, sich weit reaktionärer gebärdet als es die republikanische Partei je getan hat. Hochbefriedigt von den Beschlüssen eines Parteitages, der neben dem Präsidentschaftskandidaten Bryan, einem Manne, der seine Ansicht von heute mit jedem Tage wechselt, den ausgesprochenen Gegner der Arbeiter, Kern, zum Vize-Präsidentschaftskandidaten aufstellte.

Indessen mögen sich die Gewerkschaftsführer aus persönlichen Rücksichten und in der Hoffnung auf jette Aemter den ausgesprochenen Feinden der Arbeiterbewegung mit Leib und Seele verschreiben, die Arbeiter folgen ihnen nicht mehr blindlings wie in früheren Jahren. Schon haben Verhandlungen einzelner mächtigen Gewerkschaftsverbände, Duzende von Gewerkschaftskartellen und Zahlstellen den Verrat Gompers gebrandmarkt und ihm die Gefolgschaft verweigert.

Aber was lehrt sich ein Gompers daran! Was gilt ihm die Herrlichkeit der Gewerkschaftsbewegung, was der dadurch gelieferte Nachweis der Bedeutungslosigkeit der Federation im politischen Leben: Sein Haß gegen die Sozialisten wenigstens ist befriedigt, ihrer Bewegung glaubt er durch seinen Schmeichelei Knüttel zwischen die Beine geworfen zu haben. Und in der neuesten Nummer des „Federationist“ krönt er sein Werk, indem er gegen den sozialistischen Präsidentschaftskandidaten Eugene Debs einen „Ein Apostel des Heilschlags“ betitelten Schimpfartikel losläßt und die freche Verleumdung ausspricht, daß die Debs'sche Agitationstour durch die Vereinigten Staaten und die Propaganda der sozialistischen Partei mit republikanischem Gelde und dem Gelde des Fabrikantenbundes geführt werden. Und als ihn Debs auffordert, in öffentlicher Debatte Rede und Antwort zu stehen, kneift der feige Dursche.

Hoffentlich zeigen die Wahlen, daß auch die amerikanischen Arbeiter einer solchen Führung entwachsen sind.

## Der Marokkotreit.

Das Wolffsche Depeschensbureau teilt einen Auszug aus der deutschen Antwort auf die französische Marokkonoote mit.

Darauf sieht zunächst die Uebereinstimmung der deutschen Regierung mit der französischen und der spanischen Regierung darüber fest, daß für die Anerkennung Marokkos nur die allen Mächten gemeinsamen Interessen ausschlaggebend sein dürfen. Hieron ausgehend hat die deutsche Regierung nichts dagegen zu erinnern, daß von Marokkos gewisse, durch jene Interessen bedingte Garantien gefordert werden. Die Stellung dieser Forderung an den Sultan ist nach der Ansicht der deutschen Note Sache des gesamten diplomatischen Korps in Tanger, welches dabei durch seinen Vorgesetzten vertreten wird.

Die deutsche Regierung begrüßt es als einen glücklichen Umstand, daß inzwischen Marokkos bereits an das diplomatische Korps in Tanger ein amtliches Schreiben gerichtet hat, in dem er seine Thronbesteigung den Mächten förmlich notifiziert, seine Anerkennung nachsucht und zugleich bestimmte Zusicherungen abgibt über die Art, wie er seine Regierung führen werde und namentlich darüber, daß er in allen Punkten die Konferenzakte von Algiciras nebst sämtlichen dazu ergangenen Ausführungsbestimmungen befolgen werde.

In diesem Schreiben erklärt die deutsche Regierung eine neue Tatsache von erheblicher Bedeutung, und sie spricht die Hoffnung aus, daß daraufhin die französische und die spanische Regierung eine Reihe der in ihrer Note aufgestellten Bedingungen als bereits erfüllt anerkennen werden.

Mit der letzteren Vorgabe nimmt die deutsche Regierung zu den einzelnen in der identischen Note vorgebrachten Garantieforderungen folgendermaßen Stellung: Sie hat nichts gegen die Forderung einzuwenden, daß Marokkos die Rechte von Algiciras nebst allen dazu ergangenen Ausführungsbestimmungen anzuerkennen hat. Sie macht dazu nur den Vorbehalt, daß die betreffenden Bestimmungen nach dem marokkanischen Staatsrecht rechtsgültig sein müssen.

Deutschland hat ferner auch nichts gegen die Bestätigung der Frankreich und Spanien zum Zwecke der Verhinderung des Waffenschmuggels nach Marokko zeitweilig gewährten Zugeständnisse.

Den von seinen Regierungsvorgängern rechtsgültig eingegangenen Verpflichtungen gegenüber fremden Mächten sowie Privatpersonen darf sich auch nach Ansicht der deutschen Regierung Marokkos nicht entziehen. Die deutsche Regierung macht indes darauf aufmerksam, daß dergleichen Verträge mit Privatpersonen sowie eingegangene Schuldverbindungen nur dann auf Anerkennung Anspruch haben, wenn bei deren Begründung die Bestimmungen der Akte von Algiciras über Verbindungen und öffentliche Arbeiten sowie über die Geldbeschaffung für die marokkanische Regierung beachtet worden sind.

Die deutsche Regierung ist damit einverstanden, daß die Angelegenheiten der in Casablanca errichteten Kommission zur Feststellung der aus der Beschädigung dieser Stadt und den anschließenden Ereignissen erwachsenen Schadenersatzansprüche befriedigt werden.

Sie ist ferner bereit, sich an gemeinsamen Schritten zu beteiligen, um von Marokkos zu verlangen, daß er öffentlich und amtlich seine feste Absicht bekundet, sein Verhalten zu den fremden Mächten und deren Staatsangehörigen nach den Vorschriften des Völkerrechtes zu gestalten und daß er ohne Verzug die geeigneten Maßnahmen trifft, um die Sicherheit und Freiheit des Verkehrs im schiffbaren Marokko zu gewährleisten. Nur wünscht die deutsche Regierung, daß ihm hinsichtlich der einzelnen dazu zu treffenden Maßnahmen eine gewisse Bewegungsfreiheit gelassen werde, damit nicht neue Aufregung unter der muslimanischen Bevölkerung entstehe und dadurch das allen Mächten gemeinsame Interesse an der Bewahrung von Ruhe und Ordnung gefährdet werde.

Die deutsche Regierung bestreitet Frankreich und Spanien nicht das Recht, die Fragen der Erstattung der Kosten für die von ihnen getroffenen militärischen Maßnahmen sowie der Sühnung für die Tötung ihrer Staatsangehörigen mit Marokko zu regeln. Sie legt aber das

Vertrauen, daß beide Mächte dabei auf die finanzielle Lage Marokkos Rücksicht nehmen werden, an deren Heimdung alle Mächte ein gemeinsames Interesse haben.

Damit endlich, daß dem Sultan nahegelegt werde, die persönliche Lage von Abdul Aziz und seinen bisherigen Beamten angemessen zu gestalten, ist die deutsche Regierung einverstanden.

Während alle anderen Mächte, auch das mit Deutschland verbündete Italien — Oesterreich hat sich noch nicht geäußert — einfach ihre Zustimmung zu der französisch-spanischen Note ausgesprochen haben, hat Deutschland diese beste Lösung des unleidlichen und schädlichen Marokkotreites verschmäht. Die deutsche Antwort ist nur die Einleitung zu neuen diplomatischen Verhandlungen und Streitereien, von denen man nur sagen kann, daß ihr Värm und ihre Dauer im umgekehrten Verhältnis zur Geringsfügigkeit und Bedeutungslosigkeit des Streitobjekts steht.

Die deutsche Regierung treibt natürlich wieder einmal Prestigepolitik und bemüht sich daher, möglichst oft zu betonen, daß die marokkanische Frage alle Mächte in gleicher Weise angeht. Da sie schließlich es aber Frankreich und Spanien überläßt, die Frage der Kostenersatzung für die militärischen Maßnahmen mit Marokko zu regeln, ist ein für die französische Regierung sehr wichtiger Punkt dem Streit entzogen.

Es ist auch nicht von allzu großer Bedeutung, wenn die deutsche Regierung von Frankreich eine Milderung seiner Forderung, Marokkos müsse förmlich den „heiligen Krieg“ widerrufen, durchzusehen verweigert. Wichtiger dagegen sind die Vorbehalte, die die deutsche Diplomatie an die Einhaltung der marokkanischen Verpflichtungen gegenüber fremden Mächten und Privatpersonen knüpft. Denn wenn zur Anerkennung der Rechtsgültigkeit der Nachweis verlangt wird, daß die Bestimmungen der Algicirasakte über die Verbindungen und die Geldbeschaffung eingehalten worden sind, so ist dies gerade stets ein Streitpunkt zwischen den französischen und deutschen Marokkointeressenten gewesen. Sind doch die Franzosen in der offiziellen deutschen Presse wiederholt beschuldigt worden, diese Bestimmungen verletzt zu haben, während umgekehrt die französische Presse gegen diese Verschuldigungen auf das energischste protestiert hat. Wir denken aber, daß auch dieser Punkt nicht bedeutungsvoll genug ist, um die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland noch länger in Spannung zu halten. Weber das deutsche, noch das französische Volk hat an diesen Fragen, die nur das Interesse weniger Kapitalisten berühren, so viel Interesse, als daß darüber die weitaus wichtigere und bedeutungsvollere Frage vergessen werden dürfte, wie die Diplomatie beider Länder der Forderung der arbeitenden Massen hüten und drüben nach einer dauernden und umfassenden Verständigung endlich genügen will. Wir denken, daß der Marokkotreit nun schon allzu lange die Beziehungen Deutschlands zu Westeuropa verdirbt hat und möchten dringend wünschen, daß nicht durch neue Verhandlungen eine Politik in die Länge gezogen wird, die dem deutschen Volke nicht den geringsten Nutzen bringen kann. —

## Organisierte Plündererei.

Daß die industrielle Konzentration eine höhere Form der kapitalistischen Produktionsweise darstellt, darin sind sich Freunde und Feinde der bestehenden Ordnung der Dinge und Verhältnisse einig. Aber diese Einmütigkeit ist nur bedingt! Wir erkennen in den Ringen, Trusts, Syndikaten und sonstigen ähnlichen Vereinbarungen nur eine technisch höhere Form der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Die Konzentration gibt die Möglichkeit gesteigerter Produktivität. Die Verteidiger der bestehenden Gesellschaftsordnung glauben aber in der technisch höheren Produktionsform auch den Faktor zu finden, der die offensiblen Schäden, die die privatwirtschaftliche Gütererzeugung auf sozialen Gebieten im Gefolge hat, aufhebt und damit zu einer Harmonie der Interessen führt. In Wirklichkeit wird die Wirksamkeit der antisozialen und antikulturellen kapitalistischen Profitmacherei durch die industrielle Konzentration gefördert. Diese ist nicht allein eine technisch höhere Form der Warenerzeugung und Verteilung, sondern auch eine höhere Form der Ausbeutung; sie steigert die Plünderung der Gesamtheit zugunsten des Kapitals. Und der erfolglichere Raubzug ist nicht nur Resultat, sondern Absicht. Besonders ist das zu erkennen bei den Zusammenschlüssen ohne Betriebskonzentration. Bei den Preiskonventionen usw. will man nicht durch höhere Produktionstechnik, sondern durch monopolistisch festgesetzte Preise die Profitrate erhöhen. Die Wege zu diesem Ziel sind verschieden. Oft werden sie geodnet durch mechanische Produktionseinschränkung. Marant tritt das z. B. in die Erscheinung beim Rheinisch-vestfälischen Kohlenbund. Man wählt aber auch Mittel, die nach den herrschenden Moralbegriffen des Volkes als organisierter Betrug zu charakterisieren sind. Und sie wären nach unserer Meinung auch juristisch als solche zu fassen, wenn nicht das Interesse des Klassenstaates bei der Interpretation der Gesetze das objektive Urteil beeinflusst.

Wiederholt konnten wir unsere Leser unterrichten über systematisch organisierte kapitalistische Plündererei. Nachfolgend bereichern wir dieses Kapitel durch Wiedergabe des sogenannten Schutzabkommens der elektrotechnischen Großfirmen. Es lautet also:

Das geheime Schutzabkommen der elektrotechnischen Großfirmen (Allgem. Electr.-Gesellsch.-Berlin, Siemens-Schudert-Rürnberg, Felten u. Guilleaume-Schmeibertwerke-Frankfurt).

### Vorschriften für die Behandlung der Schutzgeschäfte.

#### Meldspflicht.

Jedes Ihnen bekannt werdende Projekt im Betrage von 10 000 M. oder mehr ist uns am Tage des Bekanntwerdens zu melden.

#### Arten des Schutzes.

Bei den Schutzabredungen wird unterschieden zwischen normalem Schutz und Preisniveauschutz. Der normale Schutz ist gleichbedeutend mit dem Verzicht auf das betreffende Geschäft für die schützenden Firmen.

Der Schutz ist in jedem Falle so einzurufen auszuüben, daß der betreffende Interessent, sei es nun Laie oder Sachverständiger, den Eindruck gewinnt, daß das Projekt der geschützten Firma für ihn das vorteilhafteste ist.

Die Verfolgung geschützter Geschäfte durch die schützenden Firmen hat bei normalem Schutz nur insoweit zu erfolgen, als dies zur Verhinderung des Schutzes notwendig ist. Technische Akquisition, Akquisition zur Vereinhaltung der Aufträge zu Schutzpreisen ist unstatthaft. Wird einer schützenden Firma bei normalem Schutz der Preis einer Dufiderfirma limitiert, so hat diese Firma ihrem Stammhause sofort von der Stellung der Limite Mitteilung zu machen, damit dieses sich mit der geschützten Firma wegen Annahme

oder Ablehnung verständigen kann. Die Limitierung muß in einer Form erfolgt sein, daß durch eine eventuelle Annahme, zu der die ausdrückliche Genehmigung des Stammhauses vorliegen muß, der Auftrag perfekt ist.

Bei normalem Schutz ist die geschützte Firma berechtigt, eventuelle Nachlässe einzuräumen, von denen sie den schützenden Firmen nicht Mitteilung zu machen braucht. Werden jedoch einer schützenden Firma gleichfalls Nachlässe nahegelegt, so sind der betreffenden Firma auf Anfrage die von der geschützten Firma eingeräumten Nachlässe bekanntzugeben und ist dann die schützende Firma berechtigt, gleichfalls im Preise nachzugeben, jedoch nur soweit, daß der vereinbarte Schutzprozentfuß bestehen bleibt.

Bei vorliegenden niedrigen Dufider-Offerten soll der geschützten Firma der Kampf gegen dieselben nach Möglichkeit dadurch erleichtert werden, daß die schützenden Firmen, wenn an sie wegen Preisnachschlägen herangetreten wird, nicht in dem gleichen Maße nachgeben, wie die geschützte Firma und dadurch also den Abstand zwischen der geschützten und schützenden Offerte vergrößern.

Unter Preisniveauschutz ist derjenige Schutz zu verstehen, bei welchem nur geringe Preisdifferenzen von circa 2—3 Proz. vereinbart werden. Derartige Vereinbarungen werden getroffen, wenn bei einem Projekt gleiche Chancen und gleiche Anrechte auf Zahlung des Objekts bei mehreren Firmen vorliegen, so daß eine Entscheidung zugunsten der einen oder anderen Firma nicht getroffen werden kann. In diesem Falle wird, wenn nicht abwechselnd normal geschützt werden kann, die Abgabe annähernd gleicher Preise vereinbart und, um nicht jenen gleiche Offerten abzugeben, durch Verabredung oder Los entschieden, welche Firma am billigsten und welche 2 bzw. 3 Proz. höher offeriert, sowie auch, welche Firma die Preisbasis bestimmt. Liegen bei einem Objekt mit Preisniveauschutz niedrige Dufider-Offerten vor, so darf die billigste Firma ihre Preise entsprechend ermäßigen, jedoch sind in diesem Falle die anderen Firmen sofort von dem betreffenden Preisnachlaß zu verständigen. Preisnachlässe sind bei Preisniveauschutz nach Möglichkeit zu vermeiden, um Preisdrückereien nach Möglichkeit vorzubeugen. Den Firmen ist eine Handhabe zur Vermeidung von Preisdrückereien durch die Berechtigung zur Limitannahme gegeben. Offerten für Objekte, bei welchen Preisniveauschutz verabredet wurde, dürfen erst nach gegenseitiger Einverständniserklärung abgegeben werden. Auch über die technische Ausarbeitung der Projekte ist möglichst von vornherein eine Verständigung herbeizuführen. Der Preisniveauschutz soll im übrigen nur in wirklich unabweisbaren Fällen in Betracht kommen und dementsprechend also die Ausnahme bilden, während der normale Schutz auch im Interesse eines vereinfachten Geschäftsganges und zur Vermeidung von Differenzen als Regel zu gelten hat. Bei Preisniveauschutz darf jedes Bureau ein ihm gestelltes Limit ohne Rücksicht beim Stammhause zu den Preisen der Schutzfirma akzeptieren, welche in dem betreffenden Falle die niedrigsten Preise abgegeben hat. Voraussetzung ist, daß durch die Annahme des Limits der Auftrag sofort perfekt ist. Zu niedrigeren Preisen, als sie eine der Vertragfirmen offeriert hat, darf bei Preisniveauschutz jede der Schutzfirmen ohne weiteres nur dann ein ihr gestelltes Limit akzeptieren, wenn tatsächlich eine niedrigere Dufider-offerte vorliegt und zu bekräftigen ist, daß der Auftrag an einen Dufider fällt. Auch hier gilt wieder, wie überhaupt bei jedem Limit, daß durch die Annahme des Limits der Auftrag sofort perfekt sein muß. Voraussetzung ist hierbei immer, daß die akzeptierte Preislimitierung nicht unter derjenigen liegt, bis zu welcher unsere Bureau selbstständig heruntergehen dürfen, andernfalls ist vorherige Rücksicht beim Stammhause erforderlich. Bei Preisniveauschutz darf dem Interessenten ein Limit nahegelegt werden. Von der Annahme des Limits sind die anderen Schutzfirmen in jedem Falle durch Vermittelung des Stammhauses sofort zu verständigen.

### Zusicherung des Schutzes.

Der Schutz ist im Interesse der Geheimhaltung des Schutzabkommens nach Möglichkeit zu verschleiern. Es darf also nicht etwa jede Position mit dem gleichen Prozentsatz geschützt werden, sondern es sind prozentual verschiedene Aufschläge zu machen; ja es empfiehlt sich sogar, in Positionen von untergeordneter Bedeutung ab und zu einmal zu unterbrechen. Die Endsumme des elektrischen Teiles muß aber stets den verabredeten Mindestsatz enthalten.

### Preisabgabe von geschützten Objekten.

Die technischen Bureaus sind verpflichtet, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln dafür zu sorgen, daß die in ihrem Bezirk zur Vergebung gelangenden Aufträge an keine Dufiderfirma fallen. In erster Linie hat das Bureau der geschützten Firma für die Vereinhaltung des ihm geschützten Objektes zu sorgen. Für Objekte, welche trotz Schutzvereinbarungen an Dufider fallen, werden dem verlierenden Bureau 20 Proz. des betreffenden Objektes von dem Jahresumsatz in Abzug gebracht.

Wie aus den Bestimmungen und Vorschriften ersichtlich, handelt es sich hier um ein System zur Schröpfung der Konsumenten. Und es sind Millionen, die durch Vorspiegelung falscher Tatsachen in die Taschen der „Geschützten“ geleitet werden. Unter dem Gesichtswinkel des bedürftigen Betrugsgutes ist auch der Kampf gegen die Dufider (Außenstecher) zu bewerten. In diesem Falle kann man von der Pflicht der Solidarität nicht sprechen, denn die erstrebte Einheit soll nicht dem Gesamtwohl dienen, sondern sie soll nur fördern die Ausbeuterpläne eines Gruppchens von Kapitalisten. Zum Schutze der Plünderer haben diese zu den obigen Bestimmungen auch noch eine Reihe von Strafen festgesetzt.

Je weiter der Kapitalismus sich entwickelt, um so schärfer, brutaler, rücksichtsloser tritt er auch in seinen volksfeindlichen Tendenzen auf. Diese können nicht innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft aufgehoben werden. Aber der Grad ihrer Wirksamkeit wird beeinflusst von der Energie des klassenbewußten Proletariats. Nicht durch Konzessionen an die herrschende Gesellschaft, nicht durch Abschwächung und Verschleierung des sozialistischen Zieles, sondern nur durch rücksichtslosen Kampf, durch revolutionäre Energie zwingen wir Staat und Gesellschaft, selbst Bedacht zu nehmen auf eine Begrenzung der sozialen Schäden als Folgen eines schrankenlos wütenden Kapitalismus.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. September 1908.

### Reichstags- und Landtagsbeginn.

Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ bringt an der Spitze ihrer letzten Nummer folgende Notiz:

Wie wir hören, hat sich der Reichskanzler auf Vorschlag des Präsidenten des Reichstags nach Vornehmen mit dem Bundesrat damit einverstanden erklärt, daß der Reichstag nach seiner Vertagung am 4. November wieder zusammentritt. Der preussische Landtag soll dem Vornehmen nach zum 20. Oktober berufen werden.

\*) Der von den Republikanern beherrschte Staat Massachusetts hat die besten Arbeiterchutzgesetze und das einzige überläufige statistische Amt in den Vereinigten Staaten. Dagegen herrscht in den Südstaaten, in denen die Demokraten am Mude sind, die schrankenloseste Kinderausbeutung, wird die Entwertung der Wählerlisten systematisch betrieben und ebenso systematisch die Streiker durch Militär zu Paaren getrieben.

### Das Ende der Fahrkartensteuer.

Wie aus den Ausführungen des Reichshofsekretärs Sydow in der „Deutschen Rundschau“ hervorgeht, beabsichtigt die Regierung, die Fahrkartensteuer fallen zu lassen. Die Gründe, die gegen diese Steuer sprechen, hat der Frankfurter Verkehrsverein nochmals wie folgt zusammengefasst:

I. Der finanzielle Misserfolg der Steuer: Nach englisch auf 40-45 Millionen Mark geschätzt, im Reichshaushaltsplan 1907/1908 (1. April 1907 bis 31. März 1908) auf 30 Millionen veranschlagt, hat sie nur 17 Millionen erbracht. Für das Finanzjahr 1908/1909 ist sie mit 24 Millionen in den Etat eingestellt, wird aber nach den Ergebnissen des bisher verflochtenen Vierteljahres (4 Millionen gegen 4.800.000 M. im Vorjahre) zu urteilen, kaum 14 Millionen erbringen.

II. Die Schädigung der Eisenbahneinnahmen der Bundesstaaten: Während der Güterverkehr im Jahre 1907 in Anbetracht des wirtschaftlichen Niederganges ein ziemlich befriedigendes Ergebnis hatte, war die Zunahme der Erträge des Personenverkehrs gegen das Vorjahr nur sehr unbedeutend, woraus zur Evidenz ersichtlich ist, dass nicht die Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse, als vielmehr die Einführung der Fahrkartensteuer die Abwanderung in die niedrigeren Klassen, besonders in die von der Steuer nicht betroffene vierte Wagenklasse, zur Folge hatte und somit die unmittelbare Ursache des Rückganges ist.

### Der Herr Mitarbeiter.

Wir haben bereits einmal auf die merkwürdigen Vorgänge aufmerksam machen müssen, mit denen die neue Steuerreform eingeleitet wird. Wir haben darauf hingewiesen, wie sich die Regierung erlaubt hat, ihre Pläne, auf die die gesamte Öffentlichkeit schon längst ein Anrecht hat, einem Teil der Parlamentarier mitzuteilen, während sie es anderen vorenthält. Der Einwand, den wir in einem bürgerlichen Blatte finden, dass die Sozialdemokraten sich ja selbst von der Mitarbeit an der Steuerreform ausschließen, ist ganz haltlos, da unsere Vertreter wiederholt erklärt haben, dass sie an einer gründlichen Reform, die vor allem natürlich auch direkte Reichsteuern bringen müsste, mitwirken würden. Aber Herr v. Sydow, der auf seinem eigentlichen Gebiete offenbar nur über wenig Originalität verfügt, scheint seinen Ehrgeiz dadurch befriedigen zu wollen, dass er wenigstens auf dem Gebiete der Bekanntmachung seiner Pläne Originalität zu leisten sucht. Es ist wirklich ein einzig dastehendes Vorgehen, dass eines der wichtigsten politischen Ereignisse der Öffentlichkeit nicht auf amtlichem Wege bekannt gegeben wird, sondern dass der Minister seine amtliche Kenntnis dazu benützt, um bei einer privaten Zeitschrift Mitarbeiter zu werden. Wir wollen Herrn v. Sydow gewiss nicht beschuldigen, dass er sein amtliches Wissen dazu benützt hat, Honorar zu schinden oder einem Privatunternehmer Klame zu machen. Wir müssen auch annehmen, dass der Herr Staatssekretär sich der Erlaubnis seines Vorgesetzten, des Fürsten Bülow, vergewissert hat, da ihm ja sonst eine Anklage wegen Bruchs des Amtsgeheimnisses sicher wäre. Aber charakteristisch für den preussischen Bürokraten ist diese saloppe und wegwerfende Art, mit der er die Öffentlichkeit behandelt. Die Herren betrachten die Staatsangelegenheiten so sehr als ihre eigenen, dass sie sie ohne weiteres als Material für ihre Artikel benutzen. Hätte Herr v. Sydow nicht gerade den Ehrgeiz, sich einmal in der „Deutschen Rundschau“ gedruckt zu sehen, würde diese Monatschrift nicht bereits in dieser Woche erscheinen, die deutsche Öffentlichkeit bereits heute noch nicht jene persönlichen Kenntnisse, die ihr der Mitarbeiter der „Deutschen Rundschau“ zu übermitteln geruht. Allerdings — die Bürokraten verfahren so, weil es sich die braven Untertanen eben bieten lassen. Genießen sie doch dabei die Unterstützung der führenden Parlamentarier aller bürgerlichen Parteien, die, obwohl über die Steuerpläne unterrichtet, sich den Mund von einer hohen Regierung gehoramsam haben verbieten lassen.

### Vom Arbeitskammer-Gesetzentwurf.

Bekanntlich ist die Arbeitskammervorlage am 4. Februar d. J. dem Bundesrat zugegangen und von ihm einem besonderen Ausschuss zur weiteren Beratung, Ausarbeitung und Ergänzung überwiesen worden. Wie nun gemeldet wird, soll die Vorlage vom Ausschuss einer durchgreifenden Aenderung unterworfen worden sein. Die Anlehnung an Verfassungsgenossenschaften dürfte in Wegfall kommen, der Wahlmodus für Arbeiter-Vertreter geändert werden. Dagegen bleiben die paritätisch angeordneten Arbeitskammern und das Verursprüngriz für die Bildung der Kammern bestehen. Da die Vorarbeiten zur Umänderung der Vorlage sehr umfangreich sind, dürfte die Erledigung durch den Bundesrat und die Einbringung in den Reichstag erst gegen Weihnachten erfolgen.

### Reichstagsstichwahl im Kreise Wolfenbüttel-Helmstedt.

Bei der gestrigen Reichstagsstichwahl im 2. braunschweigischen Wahlkreise Wolfenbüttel-Helmstedt wurden, wie wir bereits telegraphisch meldeten, abgegeben für Kleye (ver. nat. Parteien) 15.427 und für Riele (Soz.) 8894 Stimmen. Die Welsen haben demnach größtenteils für den Reichstagskandidaten Kleye gestimmt. Das war vorauszusehen, denn das Agrarprogramm der Welsen hat mit dem landwirtschaflichen Reiches viele gemeinsame Forderungen.

### Die „Post“ predigt Rechtsübung.

Die Breslauer Polizei ist mit ihrem Kampf gegen die Arbeiterbewegung so ganz nach dem Geschmack der scharfmacherischen „Post“. Das Organ des Reichsverbändlers v. Liebert ist deshalb in hohem Grade darüber erbittert, dass die Breslauer Richter nicht auch die Wege der dortigen Polizei wandeln wollen, sondern streng das Gesetz beachten, die mit polizeilichen Strafbefehlen bedachten jugendlichen Arbeiter von einer Uebertretung des Vereinsgesetzes freigesprochen haben. Wutschnaubend schimpft die „Post“:

„Es ist deshalb eigentlich unverständlich, wie das Gericht, welches über die Rechtmäßigkeit der politischen Strafmassnahmen entscheiden mußte, zu einem Freispruch kommen konnte. Es wurde nämlich erkannt, dass, wenn auch einmal ein Redner das politische Gebiet gestreift habe, daraus doch noch nicht hervorgehe, dass der Verein Politik treiben wolle. Solche Erwägungen sind wohl angebracht bei wirklich harmlosen Bildungsvereinen, bei Jugendorganisationen, deren Vorstandsmitglieder notorische Sozialdemokraten sind, und über deren politische Tendenzen und Schlüsse die Polizei sich durchaus im klaren ist, sind solche Erwägungen denn doch ganz und gar nicht angebracht. Denn die freigesprochenen Genossen werden sich ins Häusliche machen und weiter durch die Maschen des Vereinsgesetzes schlüpfen. Die Polizei aber, die in diesem Falle pflichtgemäß gehandelt hat, wird schließlich, wenn sie ihre Bemühungen so erfolglos verlaufen sieht, die Lust verlieren, überall da einzugreifen, wo ihrer Ueberzeugung nach eine Verletzung des Vereinsgesetzes vorliegt.“

„Nacht geht vor Nacht“, hat der Patron der „Post“, v. Liebert, auf der vorjährigen Generalversammlung des Dünarkvereins erklärt, und diesen brutalen Grundsatz predigt die „Post“ auch den Breslauer Richtern. Der Richter soll aber entscheiden ohne Ansehen der Person, und unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, ent-

fällt die Ausführung der „Post“ eine Aufforderung zur Rechtsübung gegenüber Sozialdemokraten. Rechtsübung ist nach dem Strafgesetz ein Verbrechen, das mit Zuchthaus bestraft wird.

### Der Zank im Flottenverein.

Die Streitigkeiten zwischen den „Reimlingen“ und „Kösterianern“ im Flottenverein nehmen ihren Fortgang. Die Ortsgemeinde des Flottenvereins in Kaiserslautern fasste einen Beschluss, wonach sie die Haltung des bayerischen Präsidiums nicht billigt, weil dadurch der Friede im Flottenverein ernstlich gefährdet wird. Sie wird, wie verlautet, mit anderen gleichgesinnten Ortsgemeinden aus dem bayerischen Landesverband austreten und in einen anderen Verband eintreten.

### Tabaksteuer oder Vandalensteuer?

Die „Süddeutsche Tabakzeitung“ erhält von ihrem Korrespondenten aus Berlin folgendes Telegramm:

„Ich erfahre mit aller Bestimmtheit von durchaus zuverlässiger Seite, dass für die dem Reichstage zugehende Tabakbelastungsvorlage nur die Vandalensteuer auf Zigarren, Rauchtobak, Kautabak usw. in Frage kommt; ebenso wird die bereits bestehende Zigaretten-Vandalensteuer beibehalten. Eine andere Art der Tabakbesteuerung soll absolut nicht in Frage kommen und gehören alle Zeitungsnachrichten in dieser Hinsicht in das Reich der Fabel. Erwähnt sei noch, dass die Vandalensteuerfuge von ganz exorbitanter Höhe gefordert werden sollen.“

### Zur Verschmelzung der polnischen Berufsvereinigungen.

Die neueste Nummer der „Vergarbeiter-Zeitung“ einige interessante Mitteilungen über die Zahl der Mitglieder und das Kassengehen der in Frage kommenden Verbände. Die (auch durch die Parteipresse gegangene) Angabe, dass die polnische Berufsvereinigung (Sty Wochum) an 50.000 und die Deutscher Vereinigung 10.000 Mitglieder zähle, sei weit übertrieben. Erstgenannter Verband habe ausweislich seiner Einnahmen an Beiträgen höchstensfalls halb soviel Mitglieder als behauptet werde.

Ueber die Wirtschaft im Deutscher Verbande kam es auf der letzten Generalversammlung zu stürmischen Szenen. Nach dem dort vorgelegten Geschäftsberichte hatte der Verein in der Zeit vom 1. Juli 1906 bis 31. Dezember 1907, also in 1 1/2 Jahren, eine Einnahme von 39.076,96 M. Den stetig eine Ausgabe gegenüber von 20.202,40 M. (6 Beamte und 2 Hilfskräfte). An Unterstufungen erhielten die Mitglieder ganze 108,66 M. Für Gerichtskosten wurde die horrend Summe von 27,35 M. und an Streikunterstützung 142 M. gewährt. Der Rest ging für Verwaltung, Reisen usw. drauf.

So sieht die Vertretung der Arbeiterinteressen in den national-polnischen Gewerkschaften aus.

### Verbrechen oder Unglück.

Folgende ansehenerregende Meldung bringt der „Berliner Lokal-Anzeiger“:

„Zu dem großen Grubenunglück auf der Zeche „Laura“ bei Geerlen wird gemeldet, dass die Katastrophe auf ein Verbrechen zurückzuführen ist, und dass die Staatsanwaltschaft eine Untersuchung in dieser Richtung eingeleitet hat. Wie weiter aus Sittard gemeldet wird, sind dort drei Vergleute, die im Verdacht stehen, das Unglück absichtlich herbeigeführt zu haben, verhaftet worden. Die Direktion der Zeche erklärt hierzu, dass ihr hiervon nichts bekannt sei.“

### Oesterreich.

#### Chaubinische Kundgebungen und ihre Folgen.

Nachdem es bereits in den letzten Wochen in Böhmen zu verschiedenen nationalistischen Exzessen zwischen Deutschen und Tschechen gekommen war, kam es letzten Sonntag in Laibach aus nächstem Anlaß zu heftigen Demonstrationen der Slowenen gegen die deutsche Minorität. Dabei wurden gegen deutsche Häuser zahlreiche Steine geschleudert, Firmeninschriften heruntergerissen und was dergleichen Verärgelungen nationalistischen Hochgefühls mehr ist. Da die Polizei nicht ausreichte, rückte schließlich die Kavallerie aus und stellte die Ruhe wieder her. Am nächsten Abend erneuerten sich jedoch die Kundgebungen. Die erregten Demonstranten bewarfen schließlich eine Truppenabteilung mit Steinen und diese antwortete mit einer Salve. Hierdurch wurden zwei Personen getötet und vier verwundet. Außerdem wurden zwei Demonstranten durch Säbelhiebe verletzt. Seitdem haben sich noch wiederholt Demonstrationen ereignet, ohne dass es dabei zu ernstlichen Zusammenstößen gekommen wäre. Es ist aber noch immer nicht gelungen, in Laibach vollständige Ruhe zu stellen. Für die Regierung bed. die ein Verhörmangministerium sein will, ist diese Unfähigkeit, rechtzeitig den Ausbrüchen des Chaubinismus vorzubeugen, nicht gerade ehrenvoll.

### Norwegen.

#### Einstellung des Zeugniszwangsverfahrens.

Das Zeugniszwangsverfahren gegen „Socialdemokraten“ Redakteure ist nun auf Veranlassung des Kriegsministeriums eingestellt worden, so dass Genosse Jappesen nun nicht mehr in die Lage kommt, nach Bezahlung der 1000 Kronen Geldstrafe aus noch zu drei Monaten Gefängnis verurteilt zu werden. Gleichzeitig wird gemeldet, dass das Justizministerium eine Aenderung des Strafgesetzbuchparagrafen über das Zeugniszwangsverfahren in Aussicht genommen hat, die mit der neuen Zivilprozessordnung zur Beratung kommen soll. Die norwegische Presse verlangt, mit wenigen unruhlichen Ausnahmen, ebenfalls, dass eine Gesetzesbestimmung beseitigt werde, durch die Redakteure zu der unehrenhaften Handlung der Verletzung ihrer Schweigepflicht gezwungen werden sollen, die Strafen zulässt, welche einer Geldstrafe gleichkommen, und die es möglich macht, einen Redakteur, gerade weil er gewissenhaft und pflichttreu ist, sogar ins Gefängnis zu bringen.

„Socialdemokraten“ ist mit der Einstellung des Verfahrens keineswegs unbedingt einverstanden. Das Verfahren wurde vom Untersuchungsgericht damit begründet, dass es ohne Kenntnis des Gewährungsmannes oder der Quelle, der „Socialdemokraten“ Berichte über Mittelmeister Michels Soldatenplagereien entnahmen, nicht möglich wäre, die Sache genügend aufzuklären, während Jappesen, und offenbar mit vollem Recht, das Gegenteil behauptet. Hierzu schreibt „Socialdemokraten“:

„Wir sind überzeugt, dass, wenn es klar geworden ist, welche von beiden Parteien in dieser Frage recht hat, die Strafbestimmungen über den Zeugniszwang der Redakteure den Todesstoß erhalten werden, und damit dieser Stoß so kräftig wie möglich werden sollte, was es unser Wunsch, dass es der militärischen Anklagebehörde vergönnt gewesen wäre, das Gesetz in seinem ganzen Umfang anzuwenden.“

### Türkei.

#### Der Eisenbahnerstreik.

Der Zustand auf der Orientbahn ist heillos. Die bürgerlichen Zeitungen, die mit Genehmigung diese Nachrichten bringen, preisen besonders das energische Vorgehen des neuen türkischen Polizeiministers im Kampfe gegen die Streikenden. Der Minister der soeben konstitutionell gewordenen Türkei griff im Kampfe gegen die Arbeiter zu denselben Mitteln, die seine Kollegen in den längst konstitutionellen europäischen Staaten von jeher mit Erfolg bei Streikbewegungen anwenden: er forderte alle „Arbeitswilligen“ zur Arbeit unter militärischem Schutze auf und

bedrohte die Weiterstreikenden mit dauerndem Arbeitsverbot auf den ottomanischen Bahnen, Ausländer auch mit der Ausweisung aus dem türkischen Reiche. An der Spitze der Bewegung standen nämlich die besser geschulten und leichter sich organisierenden Arbeiter aus verschiedenen europäischen Ländern, die seinerzeit von den Unternehmern nach der Türkei gebracht wurden.

Ob der durch das „energische Vorgehen“ des Polizeiministers bewirkte Frieden dauernd sein wird, läßt sich vorläufig nicht voraussagen. Eins aber steht fest: die neue türkische Regierung ist entschlossen, ihre Sozialpolitik mit der Unterdrückung der Lohnarbeiter anzufangen und dem Parlament sofort nach seinem Zusammentritt ein Streikgesetz vorzulegen.

Wie wenig Einzelheiten über die Streikbewegung auf den türkischen Eisenbahnen auch bekannt sind, so ist es doch nicht zweifelhaft, dass sie nicht nur durch niedrige Löhne, sondern auch durch die Willkür der Eisenbahndirektoren hervorgerufen ist. Neben der Lohnherabsetzung verlangten die Arbeiter überall die Absetzung bestimmter Direktoren und sonstiger höherer Beamten. In verschiedenen Orten wurde auch die Forderung aufgestellt, überhaupt die Arbeitsverhältnisse zu regulieren. Eine Regulierung ist in der Tat im höchsten Grade notwendig, da bisher in der Türkei keine einheitliche Gesetzgebung über die Arbeitsverhältnisse existiert. Die Lage der Arbeiter auf den verschiedenen Eisenbahnen hängt ausschließlich von den Bestimmungen der Konzessionen ab, die den Eisenbahngesellschaften erteilt wurden. Daher ist nicht nur auf verschiedenen Eisenbahnlinien, sondern auch auf den einzelnen Teilstrecken einer und derselben Linie die Lage der Arbeiter ganz verschieden, da diese Teilstrecken verschiedenen Unternehmern gehören. In den letzten Jahrzehnten, seitdem es Deutschland gelungen war die Gunst des Sultans zu gewinnen, sind es hauptsächlich deutsche und französische Kapitalistengruppen, denen die weitesten Rechte gegenüber den Eisenbahnarbeitern eingeräumt worden sind, aber auch die englischen Unternehmungsgesellschaften sind fast unbeschränkt Herrscher auf denjenigen Eisenbahnstrecken geblieben, welche sich noch in ihren Händen befinden. Die örtliche Polizei stand natürlich stets den Unternehmern zur Verfügung. In welcher Weise die letzteren ihre Konzessionen und Privilegien ausnützten, ist schon daraus klar, dass die Streikbewegung auf den Eisenbahnen unmittelbar nach der politischen Revolution ausbrach und, trotz aller Bemühungen der neuen Regierung und der jungtürkischen Komitees, sie auf friedlichem Wege zu beseitigen, beharrlich bis zu den letzten Tagen fortdauerte. Sehr zweifelhaft scheint es daher, dass man durch schnelles Polizeivorgehen oder durch parlamentarische Streikgesetz diese Bewegung lahmen wird, bevor nicht der Selbstherrschschaft und Willkür der Unternehmer gesetzliche Grenzen gesetzt werden.

### Ein Raubspiel.

Der Eisenbahnerstreik hat noch ein eigenartliches Raubspiel zeitigt. Die bulgarische Regierung hat die Verleumdung beunruhigt, um den Betrieb der bulgarischen Strecke der Orientalischen Eisenbahn in eigene Regie zu übernehmen, und sie weigert sich auch jetzt nach Beendigung des Streiks die Linie der Gesellschaft zurückzugeben. Nun ist diese ja formell eine türkische Gesellschaft, doch ist an ihr zumest deutsches und österreichisches Kapital interessiert. Daher hat außer der Türkei auch der deutsche und der österreichische Vertreter gegen das Vorgehen der bulgarischen Regierung Protest erhoben. Vorläufig aber hat Bulgarien diesem Verlangen noch nicht genügt, sondern auch eine Reihe Forderungen aufgestellt, darunter auch die nach einem Anteil vom Reingewinn der Bahn.

### Amerika.

#### Die politische Korruption.

New York, 23. September. Auch Präsident Roosevelt hat jetzt das Wort ergriffen in dem Streite zwischen Hearst und dem republikanischen Senator Foraker, welchen jener beschuldigte, Geld angenommen zu haben, um seinen Einfluss zur Verhinderung einer trübsinnigen Gesetzgebung zu verwenden. Roosevelt veröffentlicht einen Brief, welcher den demokratischen Gouverneur von Oklahoma Haskell beschuldigt, ein Werkzeug des Deltrus zu sein. Bryan hat Roosevelt nun aufgefordert, seine Anschuldigungen zu beweisen, da er nicht zulassen könne, dass der demokratische Feldzug in ein schiefes Licht gebracht werde.

### Persien.

#### Ein Ultimatum des Schahs.

London, 23. September. Wie ein hiesiges Blatt aus Tabriz berichtet, haben die Nationalisten wiederum ein Schreiben an die fremden Gesandtschaften in Teheran gerichtet, in welchem sie darauf hinweisen, die einzige Lösung der gegenwärtigen Lage liege für den Schah darin, neue, uneinflussreiche Wahlen vorzunehmen zu lassen. Der Umstand, dass der Schah der britisch-russischen Note nicht willfährig habe, ist hier vielfach erörtert worden, hauptsächlich auf Kosten der jüngsten englischen Politik. Gestern denochrichtigte ein einflussreicher Nationalist, die Antwort des Schahs auf ihr Telegramm wäre der Befehl an Sipahdar, die Stadt zu unterwerfen. Daher gebe er den Endakumen 48 Stunden Zeit, um die Forderung des Schahs nach Abreise und Auslieferung der vier Mordelöhner anzunehmen.

### Gewerkschaftliches.

#### Die Kampfweise eines Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftsführers.

Eine niederträchtige Verleumdung des Vorsitzenden des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Genossen Schlade, gehörte eine Zeitlang zu den beliebtesten Kampfmitteln, welche man im Lager der Hirsche gegen den Metallarbeiterverband anzuwenden pflegt. Dem Genossen Schlade wurde nämlich von den Gewerkschaftlern nachgesagt, er habe bei einer Verhandlung mit der Leitung der Werft von Blohm u. Wöhl in Hamburg vom Werftbesitzer 100 M. nebst einem Freistück erhalten und dafür die Interessen der Arbeiter verraten. Besonders war es der „Regulator“, das Organ des Gewerkschaftsvereins der Metallarbeiter, welcher diese Behauptung mit Behagen verbreitete. Als Gleichauf, der Redakteur des „Regulator“, vom Genossen Schlade verklagt wurde, konnte der Angeklagte auch nicht die Spur eines Beweises für seine Behauptungen erbringen, er mußte vielmehr vor Gericht ausdrücklich zugeben, dass an der ganzen Geschichte nicht ein wahres Wort ist. Das muß Gleichauf übrigens schon vor der Veröffentlichung des beleidigenden Artikels gewußt haben, denn er hatte demselben eine Form gegeben, die ihn seiner Meinung nach vor Strafe schützen sollte, obgleich der dem Genossen Schlade gemachte Vorwurf mit zweifelloser Deutlichkeit aus dem Artikel zu erkennen war. Dieser Meinung war auch das Schöffengericht Berlin-Mitte. Es verurteilte Gleichauf am 17. März zu 150 Mark Geldstrafe.

In der Verfassungsinstanz schloß Gleichauf einen Vergleich mit dem Kläger und erklärte ausdrücklich, er habe

keine Veranlassung, dem Kläger den Vorwurf der Bestechung zu machen, und werde diesen Vorwurf auch nicht wieder erheben.

Jeder rechtlich denkende Mensch wird der Ansicht sein, daß hiermit die Frühlücks- und Bestechungsangelegenheit für Herrn Gleichauf ein für allemal erledigt sein müsse und daß diese Unwahrheit in seinem Blatt nicht wieder aufzutauchen würde. Aber es kam anders. — Am 26. Juni brachte der „Regulator“ die „Hamburger Frühlücksverhandlungen“ wieder zur Sprache und machte in versteckter Form dem Genossen Schlick die selben Vorwürfe, die Gleichauf selbst vor Gericht als unbegründet erklärt hatte. — Die Klage Schlicks hatte diesmal das Ergebnis, daß Gleichauf vom Schöffengericht zu einem Monat Gefängnis verurteilt wurde. Das Gericht hielt die Wiederholung des als grundlos erwiesenen Vorwurfs gegen Schlick für ein Zeichen niedriger Befinnung des Beklagten Gleichauf.

In der von Gleichauf angerufenen Berufungsinstanz, die sich am Dienstag mit der Angelegenheit beschäftigte, suchte Gleichauf sich mit der Angabe zu entschuldigen, der bescheidende Artikel sei ohne sein Wissen und Willen in den „Regulator“ gekommen. Er wollte auch den Verweis dafür führen. Die Vergleichsversuche, welche der Vorsitzende der Strafkammer anstellte, hatten das Ergebnis, daß Gleichauf die Erklärung wiederholte, die er schon im ersten Klagefalle abgegeben hat und die dahin geht: der Angeklagte erklärt, daß es ihm stets ferngelegen habe und liege ihm auch jetzt fern, gegen den Privatkläger den Vorwurf zu erheben, daß dieser durch irgendwelche materiellen Interessen, insonderheit durch das mehrfach erwähnte Frühlücks sich habe beeinflussen lassen, die Interessen des von ihm geleiteten Metallarbeiterverbandes zu vernachlässigen. — Gleichauf erklärt ferner, daß er auch in Zukunft aus der erwähnten Frühlücksangelegenheit gegen den Privatkläger keine Vorwürfe mehr erheben wird. Weiter verpflichtet sich Gleichauf, diese Erklärung im „Regulator“ ohne jeden Zusatz zu veröffentlichen und die gesamten Kosten des Verfahrens zu tragen.

Dem Kläger Schlick, der im Termin nicht anwesend, sondern durch Rechtsanwalt Dr. Heinemann vertreten war, wurde anheimgestellt, bis zum 6. Oktober zu erklären, ob er auf Grund der vorstehenden Erklärung Gleichauf's die Klage zurücknehmen will.

Ein Sprichwort sagt: „Lügen haben kurze Beine.“ In diesem Falle sehen wir jedoch, daß eine halboffene Verleumdung ein recht jähes Leben gehabt hat. Hoffentlich ist sie nun endgültig totgeschlagen.

### Berlin und Umgegend.

#### Kein Tarifvertrag im Glasergewerbe.

Die Tarifverhandlungen im Glasergewerbe Berlins sind nun endgültig gescheitert. Gestern vormittag fand nochmals eine Sitzung vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts statt; sie erwies sich jedoch als zwecklos, da die Unternehmer halsstarrig auf ihren Forderungen zur Verhinderung des Tarifvertrags und besonders des Arbeitsnachweises bestanden. Es handelte sich in dieser Sitzung hauptsächlich darum, daß die Unternehmer die Verhinderung verlangten, sich auf dem „paritätischen“ Arbeitsnachweis die herausgehobenen Arbeitskräfte aus allen eingeschriebenen Arbeitslosen herauszufinden. Nach der alten Geschäftsordnung des Arbeitsnachweises stand ihnen die Auswahl aus den ersten 10 Arbeitslosen frei und die Arbeitnehmervertreter waren geneigt, ihren Wünschen soweit entgegenzukommen, daß diese Zahl auf 15 erhöht werde. Aber selbst das war den Unternehmern nicht genug von der „Bewegungsfreiheit“, die sie bei ihrer Verzichtleistung auf die Wiedereinführung des Zuzugsnachweises an Stelle des paritätischen gefordert hatten. Sie begründeten das damit, daß es allzu schwer sei, die brauchbaren Arbeitskräfte auf dem Nachweis zu erhalten.

Zu Beginn der gestrigen Sitzung erklärte der Arbeitnehmervertreter Jahn, daß die Arbeiter, nachdem sie nun bereits hinsichtlich der Zulassung der Affordarbeit sowie der Verlegung des Ablaufstermins auf das Frühjahr den Forderungen der Arbeitgeber entgegengekommen seien, sich nicht mehr entschließen könnten, auf dem Nachweis die Auswahl aus 15 Arbeitslosen zugehoben hätten, um möglichst in dieser Hinsicht noch weiter gehen könnten. Auf dem Nachweis liege die Sache jetzt tatsächlich so, daß selbst bei der besten Geschäftszeit des Jahres unter den zehn ersten Einschriebenen kaum einer sei, den die Arbeitgeber nicht gebrauchen könnten. Der Arbeitgebervertreter Schlick erklärt darauf, daß die Arbeitgeber nun auch die härtesten Entgegenkommen gezeigt hätten. Sie könnten auch kein Jota von dem abgehen, was noch von ihren Forderungen übrig sei. Auf dem Nachweis müßten sie sich allgemein die Leute aussuchen können, die ihnen paßten. Wenn das nicht zugehoben werde, könnten sie sich auf weitere Verhandlungen nicht einlassen.

Es folgten hierauf noch gesonderte Beratungen der Parteien mit ihren Vertretern und dem Einigungsamtsvorsitzenden. Sie währten ungefähr eine Stunde. Schließlich verständigte der Vorsitzende Magistratsrat v. Schenk, daß zu seinem Bedauern eine Einigung der Parteien nicht möglich sei. Auch die Vertrauensmänner der Parteien im Einigungsamt ständen sich derartig diametral gegenüber, daß sie sich über einen Schiedsspruch nicht einig werden könnten, und er als Vorsitzender darauf verzichten müsse, den Ausschlag zu geben.

Es ist somit für das Glasergewerbe Berlins eine tariflose Zeit angedroht. Wer die langwierigen Tarifverhandlungen verfolgt hat, wird erkannt haben, daß es den Unternehmern darum zu tun war, den Arbeitern einen in sehr wichtigen Punkten arg verschlechterten Tarifvertrag aufzuzwingen. Die Wirtschaftskrise, die zeitweilig außerordentlich große Arbeitslosigkeit im Verufe hatte sie den Arbeitern gegenüber übermäßig gemacht. Nun wollten sie wieder eingeschränkt die „Herrn im Hause“ sein, wie sie auch wiederholt am Laufe der Verhandlungen zum Ausdruck brachten. Da kam es ihnen offenbar darauf an, durch sorgfältige Auswahl der Arbeitskräfte die „unlebensfähigen“ Leute zu dauernder Arbeitslosigkeit zu verdammen, und darum wollten sie zunächst den paritätischen Nachweis überhaupt beseitigen und, als das nicht durchging, ihn wenigstens so gestalten, daß er für sie den Zweck erfüllte, für die Arbeitnehmer aber keinen Wert mehr hatte. Inzwischen wollten die Unternehmer noch eine ganze Reihe anderer Verschlechterungen durchsetzen, wie die Erhöhung der Leistungsklausel, die Wiedereinführung der Affordarbeit, die Verlegung des Ablaufstermins auf die für die Arbeiter ungünstigste Jahreszeit usw. Statt all' diese Verschlechterungen in Kauf zu nehmen, haben die Arbeitnehmervertreter sich gesagt, daß es besser sei, gar keinen Tarifvertrag zu haben als solchen. Ob die tariflose Zeit den Unternehmern zum Vorteil gereicht, wird sich bald zeigen. Die Glasergewerkschaften werden selbstverständlich nicht nachlassen, auch unter diesen Umständen und unter Ausnutzung der größeren Bewegungsfreiheit, die ihnen der Mangel eines Vertrages bietet, durch die Macht ihrer Organisation ihre Interessen in jeder Hinsicht wahrzunehmen.

Der Streik der Fensterputzer bei der Firma Arnheim dauert unverändert fort. Gestern Abend hat eine Sitzung des Unternehmerverbandes stattgefunden, in welcher sich die Unternehmer verständigten, die Kundschäft Arnheims teilweise selbst zu bedienen und teilweise durch ihre Arbeiter bedienen zu lassen. Folgende Unternehmer haben diesen Beschluß zur Ausführung gebracht: Art, Wilmersdorferstraße, Cosmehl, Tallersstr. 127, Fleischer, Rittersstraße, Zeise, Rittersstraße, Patenge, Wilmersdorfer Straße, Schlessinger (Blüch-Platz), Braumenstraße 80, Senf, Wenzler, Quiel, Altvaterstraße 106, Schmidt, Insterburger

Straße 5, Daxlow, Dresdenerstraße. Arbeiter wurden weiter vermittelt durch die Arbeitsnachweise Müderstraße sowie den des Arbeitgeberverbandes für Transport- und ähnliche Gewerbe. Auch Ringel-Wolke hat sich als Arbeitsvermittler entpuppt. Trotz aller Hilfskräfte des Herrn Arnheim ist es nicht gelungen, Arnheim aus der Patsche zu reißen. Die Situation ist für die Streikenden äußerst günstig. Zugung ist strengstens fernzuhalten.

#### Zu dem Tarifvertrag der Wäschebranche

nahm am Montag eine öffentliche Versammlung der in den Wäschefabriken, Wäsch- und Plättanstalten tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen Stellung. Sie tagte in den „Muffersälen“ und war besonders von den Arbeiterinnen zahlreich besucht. Zunächst wurde ein Vortrag über: „Der Wert der Tarifverträge im allgemeinen, mit besonderer Berücksichtigung der Vereinbarungen in der Wäschebranche“ gehalten. Der Referent Busch wies an vielen Beispielen nach, daß es vor allem von der Einheitslosigkeit und Stärke der Organisation eines Berufes abhängt, ob die Tarifvereinbarungen, die erzielt werden, den Arbeitern und Arbeiterinnen mehr oder minder große Vorteile bieten, und daß auch ihre mehr oder minder gewissenhafte Durchführung von denselben Bedingungen abhängig ist. Zum Tarifvertrag der Wäschebranche bemerkte der Redner, man müsse es mit Rücksicht auf die Wirtschaftskrise als einen Vorteil ansehen, daß die Wäschearbeiter und -arbeiterinnen sich wenigstens das gesichert haben, was sie in früheren Jahren schon erreicht hatten, und daß sie dazu noch einige kleine Verbesserungen erzielen.

Sodann gab Eue, als Vertreter der Tarifkommission, einen kurzen Überblick über den Verlauf der Verhandlungen mit den Unternehmern und ihr Ergebnis. Die Fabrikanten wollten bekanntlich die Tarife verschlechtern und die neuen Vereinbarungen auf nicht weniger als fünf Jahre festlegen. Beides haben sie nicht erreicht. Der neue Vertrag, der am 1. Oktober in Kraft treten wird, soll bekanntlich drei Jahre gelten, und wenn die in den verschiedenen Betrieben hervorgerufenen Wünsche auf Erhöhung der Tarife auch nicht erfüllt werden konnten, so bieten doch die neuen Vereinbarungen die Verbesserung, daß die während der Dauer des alten Vertrages neu eingeführten Lohnsätze ebenfalls tariflich festgelegt werden, daß ferner bei neu einzuführenden Grundformen die Lohnsätze zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, und dann den Organisationen beider Parteien wie auch dem Gewerbegericht eingereicht werden müssen, und daß, wenn eine Einigung über die Lohnsätze nicht erzielt wird, die Schlichtungskommission, und schließlich das Einigungsamt des Gewerbegerichts zu entscheiden hat. — Nachdem noch mehrere Diskussionsreden auf die Notwendigkeit starker, einheitlicher Organisationen aufmerksam gemacht hatten, wurde folgende Resolution angenommen:

Die öffentliche Versammlung der Wäschearbeiter und -arbeiterinnen, auch der in der Heimarbeit tätigen, erklärt sich einverstanden mit dem Beschluß der Mitgliederversammlung der Filiale III des Verbandes der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter, wonach die Einigungsvorschläge in der Tariffrage Annahme fanden. Auch sie ist der Ansicht, daß bei der gegenwärtigen ungünstigen Konjunktur nicht mehr erreicht werden konnte, beauftragt aber den Verband, dafür zu sorgen, daß die Vereinbarungen mit den Wäscheherren strikte eingehalten und jede Lohnkürzung verhindert wird. Die Versammlung ist sich dessen bewußt, daß dies nur erreicht werden kann, wenn alle im Verufe tätigen Kollegen und Kolleginnen sich der Filiale Berlin III des Verbandes anschließen. Sie erwartet, daß alle Arbeiter und Arbeiterinnen eine rege Agitation für den Verband entfalten, um für spätere Zeit gerüstet zu sein.

**Tapetiererei!** Die Sperre über die Firma P. Redelsheimer, Französischestr. 22-23, ist aufgehoben. Die Verbandsleitung.

### Deutsches Reich.

**Achtung, Maurer!** Der Unternehmer Hermann Schadow in Wittenwalde sucht im „Kellner Kreisblatt“ Maurer für einen Stundenlohn von 0,55 M. Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß die dortigen Maurer seit Freitag, den 18. September, wegen Lohnreduzierung in den Streik getreten sind.

#### Vertrauliche Heberhebung.

Folgendes in Inhalt und Ton geradezu empörende streng vertrauliche Kundschäft zeigt wieder einmal die Bestrebungen einer Gruppe von Industriellen in puncto Arbeiterwohlfahrt in hellstem Lichte. Wir geben das Zirkular nebst seinen stilistischen und orthographischen Schnitzern im Wortlaut wieder:

Streng vertraulich!  
Nur für Mitglieder.

Arbeitgeber-Schuhverband deutscher Glasfabriken.  
Sitz Dresden.

Rundschreiben Nr. 25 vom 12. Sept. 1908.

Beendigung des Streiks in Brodowig. Diebezüglich konnten wir noch kurz post festum in unserem Rundschreiben Nr. 24 berichten und einen Sieg verkünden mit den Worten Kaiser Wilhelm I. auf dem Schlachtfeld von Sedan 1870; die damit gegebene Mitteilung bekräftigt sich zu unserer Freude und drücken wir hier die diebezügliche Meldung der Direktion der Glasfabrik A. G. in Brodowig b. Neichen am Tage nach unserer Generalversammlung kurzer Hand ab:

Brodowig, den 27. August 08.

Mit unseren heutigen Zeilen können wir Ihnen die erfreuliche Mitteilung machen, daß der Streik als beendet zu betrachten ist. Diejenigen zwölf Leute und die Arbeiter usw., welche wir am Dien II und III sofort platzieren können, haben heute bereits mit der Arbeit begonnen, die übrigen, die erst nach Wiedereinbetriebnahme des Ofens I beschäftigt werden können, sind bereit, auf Aufforderung seltenerzeit gleichfalls die Arbeit wieder aufzunehmen.

Das mit den Arbeitern aufgenommene schriftliche Protokoll haben wir inzwischen bereits in Nr. 33 unserer Verbandszeitung „Die Glasfabrik“ veröffentlicht. — Wenn auf der Leipziger Messe von — und Scheint — nicht unbekannter Seite berichtet worden ist, den Mitgliedern die Freude an diesem Erfolg durch das Verbreiten unwahrer Nachrichten, zum Beispiel die Arbeiter hätten einen Teilerfolg und eine Lohnaufbesserung von 24 Prozent erzielt und dergleichen mehr, zu hören, so können wir einfach auf dieses Protokoll verweisen, aus dem klar und deutlich hervorgeht, daß unser Erfolg ein ganzer ist und daß die Arbeiter bedingungslos um Wiederaufnahme gebeten haben. — So mußte es kommen und so wird es stets wieder kommen, wenn die Beteiligten immer Energie und Ausdauer genug besitzen bezw. den Gegner darin übertreffen. — Die Organisation der Arbeiter ist gewiß eine Macht, aber eine viel größere, hinterreichere Kraft bildet der Zusammenschluß der Arbeitgeber; das hat schon Bismarck ausgesprochen und das wird immer zutreffen, so oft die Arbeitgeber eine so gerechte Sache wie die Brodowiger Differenz verteidigen. Der Verband der Glasarbeiter wird sich hoffentlich diese Lehre dienen lassen und allenthalben besser Frieden halten, denn seine Niederlage ist wahrlich groß und blamabel; aber fast scheint es, daß die Herren Würbig und Genossen absolut nichts lernen wollen, denn im letzten „Nachgenossen“ vom 6. September er. sperren sie noch immer die Brodowiger Fabrik, trotz des Friedensschlusses. — Das hat zur Folge, daß auch wir die noch in Brodowig liegenden, dort überzähligen Arbeiter überren müssen, so daß diese armen Leute (?) noch weiter ohne Brot und Arbeit sein werden; sie mügen sich dafür bei den Leitern des Verbandes bedanken. Hierbei seien unsere Mitglieder darauf hingewiesen, daß familiäre streifenden Leute aus Brodowig nach § 18 des Statuts noch 4 Wochen nach Beendigung des

Streiks als gesperrt gelten und daß sie, zumal sie keinen Verdienst haben, nicht eingestellt werden dürfen. — Wir verfolgen die Reuebestimmung der Verstellen in Brodowig und nachdem dort alle Balken besetzt sein werden, werden wir die Heberzähligen auf unseren Verbandsnachweis übernehmen bezüglich denselben den fehlenden Verbandschein erfragen. — Es ist hier die beste Gelegenheit, genannte Arbeiter zur Vermeidung unseres Arbeitsnachweises zu zwingen; darum lehnen wir jede direkte Korrespondenz mit denselben ab und verweisen sie an unseren Arbeitsnachweis, dem wir gleichzeitig auch Ihren Arbeiterbedarf aufzugeben bitten.

Arbeitsnachweis. Der erste Anfang ist gemacht — wir haben die ersten zwei Verstellen platziert — die Arbeitssuchenden melden sich auf unsere Inserate in der „Glasfabrik“ und im „Sprechsaal“, in welchem wir zunächst noch weiter inserieren werden; um aber größere Angebote zu bekommen, ersuchen wir die p. v. Mitglieder, alle brieflichen und persönlichen Arbeitsangebote abzulehnen und an uns zu weisen, damit die Arbeitssuchenden an unseren Arbeitsnachweis gewöhnt werden und damit wir Personalstellen anlegen und dieselben nach und nach komplettieren können. So handhabt es der schon jahrelang gedeihlich wirkende Arbeitsnachweis der Glasfabriken in Hamburg, und ebenso müssen wir es handhaben, wenn unser Arbeitsnachweis gleich gute Dienste leisten soll. — Ferner bitten, alle jene Arbeiter an uns zu verweisen, die in den einzelnen Betrieben überzählig sein oder werden sollen!

Arbeit suchen durch uns: Ernst Walter in Weurlinghoben als Glasfabrikant oder dergleichen, Gottl. Blau in Kranichfeld als Pader usw., Rich. Kausch in Niederau als Eicher, Sandbläser, Guillocheur. — Wer von unseren Mitgliedern Einwendungen gegen die bisherige Ausführung dieser Leute machen oder dieselben beschäftigen kann, wolle uns dies mitteilen.

Unsere Mitglieder bitten wir höflich, uns möglichst regelmäßig Zeitungsausschnitte aus allen Lokal- oder Fachzeitungen zu übersenden und zwar über alle unseren Verband und dessen Geschäftsbereich berührenden sozialpolitischen Fragen usw., damit durch regelmäßige Mitarbeit an unserer Verbandszeitung „Die Glasfabrik“, diese immer aktueller und lesenswerter gestaltet werden kann. Damit diese nicht nur von den Herren Fabrikanten und Beamten, sondern auch von den Arbeitern gelesen wird, welche daraus hauptsächlich lernen und über die traurige Führung (?) der sich dieselben meist anvertraut haben, informiert werden können, empfiehlt es sich, die „Glasfabrik“ nach Gebrauch im Betriebe anzulegen, es auch eine größere Anzahl Exemplare von der Redaktion extra zu beziehen. Es wäre doch geradezu wunderbar, wenn solche Vorfälle, wie der Verkauf des Brodowiger Streiks und dessen Schilderung durch uns (?), nicht manchem Arbeiter, wenigstens den Älteren und den Vernünftigeren, die Augen öffnen würden.

Anbei 1 Sperreliste über die in den letzten 10 Tagen eingegangenen Meldungen; auch hier ist ein Fortschritt augenscheinlich und wir dürfen hoffen, daß Kontraktbrüche seitens der Arbeiter, Ausreihen unter Hinterlassung von Schulden bald ganz verschwinden werden, wenn unsere Mitglieder sich immer streng daran halten, keinen Arbeiter einzustellen, der beim Antritt keinen Verbandschein vorlegen kann. Man bedinge dessen Vorhandensein schon bei Anstellung der ersten Engagementsverhandlungen, dann kann man den Betreffenden ohne jede Lohnzahlung auch sofort vor die Türe legen (?), wenn beim späteren Arbeitsantritt genannter Schein nicht beigebracht wird. — Nach Beheben des Arbeitsnachweises werden diese Verhandlungen ja ohnedies ausschließlich von uns zu führen sein.

Schließlich können wir noch einen weiteren Erfolg bei unserem Mitgliede der Firma Beckmann u. Weiz in Wügel bei Pirna melden: in Folge des jetzt unter den Herren Genossen herrschenden „Dampfes“ (?) und Respektes war es denselben möglich, die vorliegenden Differenzen glatt und nach Gefallen zu erledigen, sodas wir antragsgemäß die über genannte Arbeiter unersetzlich verbängte Sperre hiermit aufheben. Die in Wügel durch Aenderungen der Fabrikation etwa überzählig gewordenen Arbeiter können danach eingestellt werden, soweit sie einen Entlassungsschein besitzen.

Mit Aufhebung dieser Sperre herrscht lauter Friede in unseren Reihen, der hoffentlich noch recht langer Dauer sein wird. Wir wollen diese Ruhe aber nicht verschlafen und dadurch lässig werden in unseren Arbeiten und in der Erfüllung aller statutarischen Pflichten, sondern sie benutzen zur weiteren Ausgestaltung unserer Einrichtungen, zur Pflege unseres Solidaritätsgefühls und zur Werbung neuer Mitglieder. — Um unsere letzten Erfolge gehörig auszunutzen, haben wir vor einigen Tagen eine große Anzahl Propagandaschriften an die noch ausstehenden Glasfabriken abgeandt; wir haben davon noch eine Anzahl übrig und stellen dieselben gern zur Verfügung, da unsere Mitglieder sicher gern ihre Freunde und Nachbarn damit belegen wollen, soweit diese noch nicht Mitglieder sein sollten! Die Geschäftsstelle.

Die „irregulierten“, traurig geführten und „vor die Türe gesteuerten“ armen Arbeiter-Luder“ mögen an diesem Zirkular erkennen, was sie von den sich als Arbeiterfreunden gebärdenden kapitalistischen Schornsteinen zu gewärtigen haben. Hoffentlich erweisen sich ihre Maßnahmen als ebenso schwach wie ihr Eil und ihre Orthographie.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Die Cholera eingeschleppt!

München, 23. September. (V. G.) Wie der „Bayerische Kurier“ erfährt, ist ein Mitglied einer in München wohnenden russischen Familie an Cholera erkrankt. Der Choleraverdächtige wurde sofort in einem hiesigen Krankenhaus unter Beobachtung aller Sicherheitsmaßregeln isoliert. Die Angehörigen des Erkrankten haben München sofort verlassen.

Petersburg, 23. September. (V. G.) Der Kriegsminister hat das Ansuchen der Stadt Petersburg, Kasernen zu Hospitälern zu überlassen, abgewiesen, dagegen hat er das Hospital im Lager von Abrakoffe Selo angewiesen. Die Stadt hat das Internat des Polytechnikums gemietet und wird daselbst ein Cholerahospital etablieren.

### Durchstreichereien beim Militär.

Darmstadt, 23. September. (V. G.) In der vergangenen Nacht wurden durch Kriegsgerichtsrat Koch in der Kaserne des Dragonerregiments Nr. 23 die beiden Dragoner Jonas und Strehl von der 5. Eskadron verhaftet, weil sie überführt sind, Briefe des in Untersuchungshaft befindlichen Sergeanten Leineweber, der die Patronen diebstahl in Worms beging, an seine Braut in Worms befördert zu haben.

### Ein begnadigter Judenhäuser.

München, 23. September. (V. G.) Der Bankier Wagner, der wegen Unterschlagungen, Urkundenfälschungen und Wechsel-fälschungen sowie wegen Depositsfälschungen zu einer hohen Nachhaftstrafe verurteilt worden war, wurde begnadigt.

### Ein guter Griff.

München, 23. September. (V. G.) Einem aus Titrol in München eingetrossenen Viehhändler wurden auf dem Münchener Hauptbahnhof 27 000 Kronen im Gedränge aus der Tasche gestohlen.

Der Parteitag von Florenz.

Florenz, den 20. September. Zweiter Verhandlungstag.

Heute, als an einem Sonntag, der außerdem ein patriotischer Gedenktag ist — der Tag des Einzuges der italienischen Truppen in das päpstliche Rom — ist der Andrang zu den Tribünen des Kongresses noch stärker als sonst. Das Theater ist ganz und gar überfüllt.

Der Kongress tritt in den

Bericht über die Finanzlage des „Avanti“

ein. Genosse Bidoli legt die Situation dar, die den Lesern des „Vorwärts“ aus unserem Vorbericht schon bekannt ist. Damit das Zentralorgan nicht seine Zahlungen einstellen müsse, sind sofort innerhalb dieses Jahres 40 000 Lire zu schaffen und 80 000 Lire im Laufe der ersten drei Monate des nächsten Jahres, dann für weitere Jahre bis 1914 80 000 Lire jährlich. Der Referent schlägt vor, 60 000 Lire im Jahre durch Erhöhung der Mitgliedssteuer der Zentralkasse und durch Extrazufügen aufzubringen.

Es nehmen dann nacheinander Genossen das Wort, die dem „Avanti“ Geld leihen und auf ihre Forderungen verzichten. Zuerst sagt Genosse Vergamosco, er wolle das gute Beispiel geben und seine dieser Tage fällige Forderung von 10 000 Lire auslösen. Gleichzeitig erklärt er aber seinen Austritt aus der Partei, weil der Kongress gestern sein Votum annehmen wollte, das die Sozialisten verpflichtet, den Jaren auszupfeifen! Auch Genosse Mongini verzichtet auf eine Forderung von 10 000 Lire, Genosse Angeolini, Mitglied des Parteivorstandes, auf sein Guthaben in der Höhe von 2000 Lire.

Es beginnen dann die Kritiken der Verwaltungsmobilitäten. Ein Genosse meint, es sei falsch gewesen, daß man den Gegnern, die bei Einschränkung des Personals wegen Einführung der Maschinen entlassen werden mußten, einige zehntausend Lire Entschädigung gegeben habe. Da dies die bürgerlichen Unternehmungen nicht tun, sei auch der „Avanti“ nicht verpflichtet. Auch wird von anderer Seite vorgeschlagen, die Entschädigungen, die nach dem Gewohnheitsrecht der italienischen Presse im Falle der Entlassung eines Redakteurs oder sündigen Mitarbeiters gewährt werden — sechs Monate Gehalt und sozial weitere Monate, als der Redakteur Jahre hindurch bei der Zeitung war — nur dem Chefredakteur und dem ersten politischen Redakteur zu gewähren. Die anderen Redakteure fänden leicht anderweitig Anstellung. Einige Genossen, wie Frau Klobelli, wollen die Genossen zur Mitarbeit auch gegen geringe Entschädigung veranlassen, andere, wie Mazzoni und Frizzi, meinen, nur wenn der „Avanti“ besser bezahle, könne die Zeitung besser werden.

Genosse Giacomi Ferri schlägt vor, die erforderlichen Summen einzutreiben, indem man zunächst die Arbeiterorganisationen und die besitzenden Genossen zu entsprechenden Zahlungen heranzieht. Redner greift heftig Enrico Ferri an, ohne ihn jedoch zu nennen. Man hätte der Partei nie reinen Wein über die Lage des „Avanti“ eingeschenkt.

Lazzari kritisiert in langer Rede die Verwaltungsneuordnung; der „Avanti“ würde im Stille Liberty verwallt. Man müsse ihn in eine Aktiengesellschaft verwandeln, und die Aktien eventuell auch an bürgerliche Kapitalisten abgeben. (Widerspruch.) Es sei auf dem Kongress gesagt worden, alle Zeitungen arbeiteten mit Defizit. Das sei richtig für die bürgerliche Presse, die mit der Konkurrenz zu rechnen habe, aber nicht für die sozialistische, die die Konkurrenz ausschalten könne. Früher hätte der Parteivorstand sein Veto gegen die Herausgabe anderer Tagesblätter eingesetzt, heute nicht mehr. Diese Tagesblätter müßten eventuell aufgefördert werden, ihr Erscheinen einzustellen. (Zustimmung.)

Morgari (Chefredakteur des „Avanti“) erklärt: Die Lage des „Avanti“ sei durchaus nicht so verzweifelt, wie man sie darstellen wolle. Es stünden noch viele Wege offen, so die Gehälter zu vermindern, als ultima ratio; auch den Verkauf der eigenen Druckerei kann man ins Auge fassen.

Ueber die politische und technische Leitung des „Avanti“ wolle er sich nicht auslassen. Die technische Leitung hinge in letzter Hinsicht von der Finanzkraft des Blattes ab. Was die politische Haltung betrifft, so müsse der Kongress entscheiden. Gestalt ihnen das Blatt nicht, so kann es den Chefredakteur wechseln. Er, Morgari, würde froh sein, der Last der Redaktion entbunden zu werden.

Kleines Feuilleton.

Die „Fernschreibmaschine“. Die Erfindung der drahtlosen Telegraphie hat jetzt eine interessante Anwendung auf die Schreibmaschine erfahren. In London hat der dänische Elektrotechniker Hans Strudsen einen neu erfundenen Apparat vorgeführt, der es ermöglicht, auf größere Entfernungen auf elektrischem Wege eine Schreibmaschine in Aktion zu setzen. Ein kleiner Apparat dient dabei als „Sender“; beim Anschlag der Buchstabenklaviatur springt bei jeder Letter eine kleine Metallnadel in die Höhe; sie berührt ein Metallband, das darüber hingeleitet und das bei jeder Berührung einen elektrischen Strom entwickelt, dessen Wellen von einem beliebig weit entfernten Aufnahmegerät aufgenommen werden. Die Empfangsmaschine trägt ein ähnliches langes Metallband, das mit dem des Senders genau abgestimmt ist und alle Wellen aufnimmt. Durch einen Elektromagnet wird dann der betreffende Buchstabe mechanisch in Tätigkeit gesetzt. Die Versuche, denen eine Reihe Sachverständiger beiwohnte, gelangen vollkommen: die durch die drahtlose Schreibmaschine gegebenen Mitteilungen wurden durch die Empfangsmaschine im Nebenraum sofort automatisch niedergeschrieben.

Eine neue Art von Sonnenstrahlen. Die eigentümlichen und schönen Erscheinungen, die sich als zweite Dämmerung in großen Erhebungen auf der Erde zeigen und nach ihrem häufigen Auftreten und ihrer augenfälligen Wirkung in den Alpen gewöhnlich als Alpenglüh bezeichnet werden, haben noch immer keine Erklärung gefunden, die eine Zustimmung seitens aller Forscher gefunden hätte. Der durch seine Untersuchungen über den Zustand der höheren Schichten des Luftraumes räumlich bekannte französische Gelehrte Leizereno de Vort hatte die Entdeckung gemacht, daß eine Spiegelung des Lichtes von höheren Lagen der Atmosphäre, in denen eine Umkehr der Temperatur stattfindet, erfolge, und diese Erscheinung hat Durand Greville in einem Vortrage in der Pariser Akademie der Wissenschaften als Erklärung des Alpenglühens in Anspruch genommen. In einer späteren Sitzung aber hat der Astronom Deslandres Gründe dafür angeführt, daß es eine noch unentdeckte Art von Sonnenstrahlen im ultravioletten Teil des Spektrums geben könne, die an Vergläschen eine Phosphoreszenz erzeugen. Versuche zum Nachweis der neuen Strahlen sind eingeleitet worden.

Das Rettungsschwimmen der Schüler. Schularzt Dr. Marcus in Frankfurt a. M., dessen Vortrag über „Samariterunterricht in den Schulen“ auf dem letzten internationalen Kongress für Rettungswesen viel Beachtung gefunden hat, hat als Ergänzung dieses Unterrichtes in der ersten Hülfeleistung zum erstenmal auch bei Schülern einer Frankfurter Mittelschule einen regelrechten Unterricht im Rettungsschwimmen eingeführt. In vier Stunden wurden die kleinen Samariter, 13-14jährige Jungen, soweit ausgebildet, daß sie imstande waren, alle Lehungen vorzunehmen, wie sie zur Rettung von Ertrunkenen in sachgemäßer Weise notwendig sind. Auf ein Kommando stürzen fünf Jungen ins Wasser, sie sind des Schwimmens unfähig und in Gefahr unterzugehen. Sofort stürzen sich fünf andere Knaben in voller

Die Diskussion spinnt sich resukallos weiter fort, bis Genossin Modelli einen Suspendierungsantrag einbringt, der eine Kommission zum Studium der Sache fordert, die dem Kongress referieren soll. Obwohl der Antrag offenbar den Parteitag in die Lage bringt, die ganze Diskussion noch einmal aufzunehmen, wird er angenommen. Der Kongress vertagt dann seine Arbeiten.

Dritter Verhandlungstag.

Brampolini eröffnet die Verhandlung mit Verlesung eines Begründungsschreibens des deutschen Parteivorstandes, das mit großer Begeisterung aufgenommen wird. Dann erteilt er Genossen Modigliani das Wort, um über die Vorschläge der Kommission für den „Avanti“ zu referieren.

Modigliani gibt eine Schilderung der Situation, die sich im wesentlichen mit dem deckt, was die gestrige Diskussion gezeigt hat: die Lage des Blattes ist ernst, aber nicht verzweifelt. Die Redaktion müsse neu geordnet, das typographische Material intensiver ausgenutzt werden. Es sei ein Umding, so viele Segmaschinen zu haben und sie nur 5 von 24 Stunden zu benutzen.

Referent teilt dann mit, daß sich die Genossen gefunden hätten, um die sofort nötigen 40 000 Lire zu beschaffen. Zu den gestrigen Verzinsleistungen auf Rückzahlung sei noch die der Parteiorganisation der Provinz Ravenna gekommen, die auf 3000 Lire verzichtet, die der „Avanti“ ihr schuldet. Die Schuldenlast vermindert sich somit im ganzen um 25 000 Lire. Um das Jahresdefizit zu decken, das demnach zu erwarten ist, und um die Schulden bezahlen zu können, schlägt die Kommission vor: 1. Erhöhung der Mitgliedsquote für die Zentralpartei von 80 Zentesimi auf 1,50 Lire, wovon 1 Lire an den „Avanti“ abgeführt wird — macht 40 000 Lire jährlich. 2. Verpflichtung der besitzenden Genossen, den „Avanti“ zu abonnieren (anstatt ihn im Handverkauf zu beziehen) — nach dem Vorschlag zirka 15 000 Lire. 3. Verpflichtung der Arbeiterorganisationen, den „Avanti“ zu abonnieren — 5000 Lire. 4. Extrasteuer für alle besitzenden Genossen in der Gesamthöhe von 15 000 Lire. Diese Summe wird auf die einzelnen Provinzen verteilt, die sie dann unter ihren Organisationen aufbringen müssen, bei Strafe des Ausschlusses aus der Partei.

Die Vorschläge der Kommission werden ohne Diskussion durch Affirmation angenommen.

Den Bericht der Parlamentarischen Fraktion sollte Genosse Montemartini geben. Er verweist aber auf sein im Druck vorliegendes Referat, dem wir die hauptsächlichsten Angaben entnehmen. Die italienische Fraktion besteht seit dem Tode des Genossen Calbi und der Neuwahl von Todeschini und Vessetti aus 25 Abgeordneten. Diese haben in der laufenden Session, besonders bei dem Gesetze über den Weisarbeiterschutz und über die Nachtrüge der Wider wesentlichen Verbesserungen durchgeführt. 89 mal haben sie bei den Budgetberatungen das Wort genommen.

Montemartini schlägt schließlich vor, der Parteivorstand wolle zugunsten der Fraktion eine Summe auswerfen, damit diese einen Sekretär anstelle und Diäten geben kann, wenn auch in beschränktem Maße. Weiter beantragt er, daß man die Abgeordneten während der Dauer der parlamentarischen Arbeiten nicht von Rom fortzufen solle, es sei denn zu Streiks, bei denen die Konföderation der Arbeit ihre Mitwirkung für nötig hält, oder für eine Tätigkeit, die die Fraktion selbst veranlaßt. Schließlich proklamiert Montemartini die Autonomie der Parteifraktion, die sich zwar mit dem Parteivorstand und der Konföderation beraten solle, aber nur dem Parteitage Rechenschaft schuldi sei.

Ueber Ertrinken und vielleicht teilweise durch Ueberraschung des Kongresses gehen die Vorschläge Montemartinis wie sein Referat ohne Diskussion durch. Die Parteigenossen haben offenbar Eile, zu den wichtigsten Punkten der Tagesordnung, Stellung zur gewerkschaftlichen Bewegung und Wahlakt, zu kommen. Auf Vorschlag des Genossen Modigliani beschließt man, die Diskussion über diese beiden Punkte zu vereinigen.

Rigola referiert über die Stellung der Partei zur Gewerkschaftsbewegung. Er stelle sich ganz auf den Boden der Resolution des Stuttgarter Kongresses. Es sei ein ungerechtfertigter Argwohn, wenn man meine, die Konföderation wolle die Partei auflösen und ersetzen. Die politische Partei habe eine andere geschäftliche Aufgabe als die Gewerkschaftsbewegung. Diese wurzeln in den Klasseninteressen und böte die Gewähr dafür, daß sich diese nicht in allerhand Charlataneris verliere. Warum solle man gerade von den Gewerkschaften fürchten, daß sie in Nurgewerkschaftertum ausarteten? Können nicht auch die Partei entarten in Klientelwesen und Geschäftemacherei?

Meidung ins Wasser, ergreifen die gefährdeten Kameraden mit kunstgemäßen Griffen, auf dem Rücken schwimmend, von hinten unter den Armen, transportieren sie in dieser Lage 10-15 Meter weit und tragen sie glänzend ans Ufer, wo sie von anderen Knaben, die in diesen den Ertrinkenden Stricke zuwerfen, sachgemäß herausgezogen werden. Jetzt werden an den Ertrunkenen nach allen Regeln der Kunst von den jugendlichen Samaritern Wiederbelebungsbemühungen angestellt. Besondere Schwierigkeit bereitet das Rettungswerk bei denen, die sich gegen ihre Rettung wehren, aber auch hier gelingt die Rettung. Diese nützlichen Lehungen verdienten es, daß sie überall beim Schwimmunterricht eingeführt werden.

Theater.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater: Grohmana, Junggefellenschwanz von Max Dreher. Schade, daß die Direktion, wenn sie nach der Aufführung von Dreher's schwermütig-stimmungsvollem „Winterstafel“ in der vorigen Saison etwas Lustiges von dem Autor bringen wollte, nicht die reizende, schon halb vergessene Komödie „In Behandlung“ wählte oder aus ähnlichen Gründen von ihrer Darstellung Abstand nehmen mußte. Eine so rund herausgearbeitete, so humorvolle und farbige Figur wie die des männlich-burlesken Fealeins in ihrem Kampfe mit dem heimlich kleinbürtigen Philisterum gelang Dreher späterhin nie mehr. Es ist das Beste, auch in der Auffassung nach sympathischste von allen Lustspielen, die über das Thema von der Frauenemancipation in neuerer Zeit geschrieben worden sind. Der „Junggefellenschwanz“ erscheint, an diesem Wahltag gemessen, noch dürftiger als ohnehin. Ein Meidenerburger Herr Baron, der einstmal einen Korb erhalten, revanchiert sich durch allgemeine Weiberhass, sieht, auf seinem Gutshofe begraben, mit Schlafes, Feinden, raffiniertes Schlemmerei und polterndem Räsonnieren auf die Dienerschaft dem Herrgott die Lage ab, um dann, bei einer unwillkommenen Einquartierung weiblicher Verwandtschaft, durch seine inzwischen Grohmana und Witwe gewordene alle Liebe auf seiner Faulheit aufgerichtet und kuriert zu werden. Von irgend einer humoristisch durchgeführten psychologischen Entwidlung ist dabei nicht die Rede. Die „Handlung“ bietet nur den Vorwand, eine Reihe grober, strapellos zusammengegriffener und wenig origineller Posseneinfälle anzubringen. — Herr Werner, den man bisher nur als Heldenbarbiere schätzen gelernt, überrascht in der Gestalt des jüdischen Weiberbesünder durch eine flotten Schwankstil charakterisierende Komik. Vorzüglich kam das kindisch-Launenhafte als Unterton heraus und wurde in amüsanten Variationen bis zum Schluß festgehalten. Die Drolerie in seinem Spiele erweist sich auf einem Hintergrunde anschaulicher Scharheit. Daß der Schwanz trotz aller Schwänke beim Publikum einen entschiedenen Lacherfolg errang, verdankt er in erster Reihe diesem Darsteller.

Humor und Satire.

Der internationale Kongress. Erster Tag. — Eröffnungssitzung des Kongresses. Der Ministerpräsident des Landes, in welchem der Kongress stattfindet, hält eine große Begrüßungsrede und spricht von dem vielen Guten, das man vom Kongress erwartet. Nach dieser Rede vertagt sich der Kongress

machern? Redner geht dann auf die üblichen Vorwürfe gegen den Parteivorstand über: sein Verhalten nach dem Wutbad in der Piazza del Gesù, die Einführung der Sammlungen für den Parmenser Streik usw. Er hoffe, daß auch mit dem neuen Parteivorstand ein Einvernehmen möglich sein werde. Sollte es aber nicht möglich sein, so würde er sich damit zu trösten suchen, daß eben nicht aller Sozialismus in der Partei sei, sondern auch welcher in den Gewerkschaften lebe.

Rigola polemisiert dann gegen seinen Korreferenten Longo-Bardi, der in seiner Resolution vorschlägt, die Partei solle sich nicht feindlich gegen die Organisation stellen, die feindlich zur Konföderation der Arbeit stehe. Das könne er absolut nicht annehmen. Die Konföderation stehe Arbeitern jeder Richtung offen, kein politisches oder soziales Verbotnis brauche einen Arbeiter von ihr fernzuhalten. Nur die gelben Gewerkschaften ständen feindlich zur Konföderation, und diese gelben Gewerkschaften müsse die Partei aufs schärfste bekämpfen.

Im Gegensatz zu Longobardi halte er, Rigola, den Generalstreik nicht für eine Waffe zur Eroberung. Trotzdem gebe er zu, daß sich Situationen bieten können, in denen der Generalstreik eine Notwendigkeit sei. Wenn z. B. die herrschenden Klassen in einem Momente geistiger Unmachtung oder um eine Ableitung zu suchen für die Klassenkonflikte im Innern einen Krieg erklären sollten, dann wäre es für die Proletarier an der Zeit, die Arme zu kreuzen und das gesamte wirtschaftliche Leben des Landes still zu setzen. Aber ein solcher Generalstreik bedürfe keiner Vorbereitung und keines Referendums. Das Recht dazu wollten die Reformisten dem Proletariat nicht benehmen. Dagegen halte er einen Generalstreik zur Unterstützung einer Parlamentsaktion für das Wahrscheinlichste.

Ueber die Frage der obligatorischen Schiedsgerichte brauche er sich nicht auszulassen. Hierüber seien alle einig. Nicht obligatorische Schiedsgerichte, wohl aber obligatorische Einigungsämter würde seine Fraktion befürworten. Der Referent schließt mit der Bemerkung, daß er nicht auf Grund grauer Theorie, sondern auf Grund langjähriger Praxis zu seinen Schläffen gekommen sei. (Beifall.)

Der Nürnberger Parteitag in der Parteipresse.

III.

„Hamburger Echo“:

Formell hielten die süddeutschen Genossen auch nach dem Beschluß des Parteitages an ihrer Stellung fest, indem sie durch Segig im Namen von 68 Delegierten die Verwahrung verlesen ließen. Aber die ihnen verbleibende Zeit der Ueberlegung wird sicher auch bei ihnen der Erkenntnis Raum verschaffen, daß auch sie sich als gute Demokraten den Parteitagebeschlüssen fügen müssen und die Einheitlichkeit der Taktik der Partei in Nord und Süd gewahrt werden muß. Die Gegner, die vom Nürnberger Parteitage eine Spaltung der Partei erhofft haben, werden sich abermals in ihrer Hoffnung getäuscht sehen.

Alles in allem darf man mit dem Resultat des diesjährigen Parteitages zufrieden sein. Das brachte auch Genosse Singer in seinem Schlusswort zum lebhaften Ausdruck. Wir stimmen mit ihm vor allem in der Mahnung überein, daß nunmehr, nachdem der Kampf vorüber ist, die Debatten über die Hauptfreitage im Ton der Brüderlichkeit weitergeführt werden mögen. In Nürnberg haben sich die Vertreter der gegenteiligen Meinungen offen und ehrlich ausgesprochen. Nun heißt es für alle, die Partei in alter Geschlossenheit den Gegnern gegenüberzustellen zum Kampf um das Wohl der Arbeiterklasse. Das allein kann Aufgabe der Sozialdemokratie in der Gegenwart sein, unter stetem Hinblick auf das große Ziel der Zukunft, das der Arbeiterklasse die Erlösung aus der Knechtschaft des Kapitals bringen soll. Dessen mögen alle Parteikreise eingedenk sein.

„Leipziger Volkszeitung“:

Wir haben schon am Sonnabend auf den Gegensatz der beiden Erklärungen Tinn und Segig hingewiesen, von denen die eine vor, die andere nach der Abstimmung abgegeben war und so sehr auch die Erklärung Segig im Augenblick ihrer Abgabe den Ein-

auf den nächsten Tag, Beschäftigung der Stadt. Am Abend Festmahl für die Mitglieder des Kongresses. Galavorstellung im Opernhaus.

Zweiter Tag. — Der Kongress wählt sein Bureau. Große Rede des Präsidenten, der dem Kongress für die ihm — dem Gewählten — zu teil gewordene hohe Ehre dankt und das Arbeitsprogramm feststellt. Man vertagt sich auf den nächsten Tag. Beschäftigung des Schlosses. Am Abend Festmahl für die Mitglieder des Kongresses. Galavorstellung im Nationaltheater.

Dritter Tag. — Der Kongress wählt vier Kommissionen, die sich mit den verschiedenen Teilen des Arbeitsprogramms befassen sollen. Die Kommissionen treten sofort zusammen und wählen ihre Bureau. Dann vertragen sich die Kommissionen auf den nächsten Tag. Ausflug in die Umgebung der Stadt. Am Abend Festmahl. Nachher — gruppenweise — Abwanderung in Spezialitätenrestaurant und Kaffeehäuser.

Vierter Tag. — Die in besonderen Räumen tagenden Kommissionen teilen sich in Subkommissionen, die sich sofort in noch abgehandelteren Räumen versammeln, um ihre Bureau zu wählen. Man vertagt sich auf den nächsten Tag. Ausnutzung des Tages nach Belieben. Am Abend Festmahl für die Mitglieder des Kongresses. Nachher — gruppeweise — Besuch gewisser Lokale. . .

Fünfter Tag. — Die Subkommissionen treten zusammen, um für jede Frage einen Berichterstatter zu wählen. Ein Mitglied: „Liebe Kollegen, ich erlaube mir darauf hinzuweisen, daß in einer Stunde die Frist abläuft, während welcher uns und unseren Familien die Eisenbahnfahrt zu halben Preisen gewährleistet ist. Wenn wir noch länger bleiben wollen, werden wir wohl nachzahlen müssen. . .“ Der Saal ist plötzlich ganz leer geworden.

Am Abend, im Eisenbahnwagen, nach den letzten Diskussionen: Ein Mitglied des Kongresses: „Wir haben aber auch was geleistet! Es geht doch nichts über internationale Zusammenkünfte dieser Art, wenn es gilt, die Sache des Fortschritts und des Weltfriedens zu fördern.“ (Ganchy im „Ost Wias“.)

Notizen.

Theaterchronik. Max Halbes jüngstes Werk, die vieraktige Komödie „Blauo Berg“ wurde für das Neue Schauspielhaus zur Aufführung erworben und wird bereits als eine der nächsten Novitäten in Szene gehen.

Das große Unternehmen der Panamerikanischen Eisenbahn, die New York auf dem Schienenwege mit Buenos Aires verbinden wird, schreitet rüstig fort. Die argentinische Strecke ist bis zur Grenze von Bolivia vollendet und die Fortsetzung bis nach Luziva wird gegenwärtig in Angriff genommen. Die Bahn wird dann bei Ujuni an die bereits bestehende bolivianische Bahn anknüpfen, sodas nur noch eine kurze Strecke fehlt, um von Buenos Aires per Bahn bis zum Titikatalee zu gelangen. In Peru nähern sich die Arbeiten dem Abschluß und in Ecuador ist der Bahnbau von Guanaquil bis in die Nähe von Quito vollendet. Auch die große Bahnlinie, die Buenos Aires mit Salparaiso verbindet, wird jetzt auf den Höhen der Cordilleren ausgebaut, sodas die kurze Fahrtrüberbrückung — vier Stunden muß man reiten — durch einen großen spiralförmigen Tunnel, der bereits im Bau ist, künstig aufgehoben wird.

druck der Verlegenheit machte, so sehr öffnete sie für die Zukunft jeder Möglichkeit Tür und Tor.

Das wollen wir abwarten. Es genügt uns fürs erste, daß unsere süddeutschen Genossen in der Partei geblieben sind, daß sie die Forderungen der bürgerlichen Presse wieder einmal nicht erfüllt haben. Sollten sich irgendwelche praktischen Konsequenzen aus der Erklärung Segitz ergeben, so wird die Partei wissen, was sie zu tun hat. Bis dahin aber glauben wir, den von den Süddeutschen aufgedrungenen und jetzt von dem Parteitag entschiedenen Streit begrabt sein zu lassen und uns der Tatsache freuen zu sollen, daß die Einheit der Partei gewahrt geblieben ist unter Aufrechterhaltung unserer bisherigen Grundzüge.

„Dreiner Bürgerzeitung“:

„... Deutlicher ist noch nicht ausgesprochen worden, was der Revisionismus will, und niemals wurde offener, wie innerlich hoch und wie oberflächlich seine Argumentation ist. Die Mehrheit des Parteitages gab in aller Ruhe die deutliche Antwort darauf. Die Resolution Frohne, die den Herrn der Sache nicht treffen, sondern eine goldene Brücke bauen sollte, wurde abgelehnt und mit Zweidrittelmehrheit die Resolution des Parteivorstandes ohne jede Abschwächung angenommen. Revisionisten, die es fertig gebracht, für die Dresdener Taktikresolution zu stimmen, stimmten jetzt gegen die Resolution von Parteivorstand und Kontrollkommission. Dann folgte die famose Erklärung der 66 Genossen, die zwar ein Hohn auf die Einheitsliebe des Handbels der Partei ist und wohl auch sein sollte, obendrein dadurch, daß sie von Segitz verlesen wurde, aber mit völliger Ruhe vom Parteitag aufgenommen wurde. Von da an ging es in den Reihen der Budgetbewilliger, die sich eintätiglich zusammenschlossen hatten, recht leinlaut zu. Wir hörten den einen und anderen dieser Genossen sich damit trösten, daß die Gewerkschaftsführer fast sämtlich auf ihrer Seite ständen. Man vergah, daß damit noch lange nicht die Massen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter hinter dem Revisionismus stehen. Alles in allem, was von manchem so nett als Souvenir zum zehnjährigen Jubiläum des Revisionismus gedacht sein möchte, wurde zu einer abermaligen schweren Niederlage für ihn. Frieden ist damit nicht in der Partei. Es wäre falsch, sich das verhehlen zu wollen. Die Erklärung der 66 ist vielmehr der Beginn der Fortsetzung des Kampfes zwischen Opportunismus und Progredismus in der Partei. Schon in nächster Zeit werden in Baden, Bayern und wohl auch in Württemberg die organisierten Parteigenossen sich mit dem Jagit des Parteitages von Nürnberg beschäftigen. Wir zweifeln nicht, daß die Budgetbewilliger ihr Möglichstes tun werden, um ihre Position zu befestigen. Wie das geschehen wird, davon bietet die „Frankische Tagespost“ bereits ein recht revisionistisches Beispiel. Aber auf die Dauer wird auch den organisierten Parteigenossen in Süddeutschland die Klarheit ins Bewußtsein dringen, die der diesjährige Parteitag geschaffen hat. Er bedeutet, selbst wenn die Budgetdebatte eine unerfreuliche Fortsetzung finden sollte, einen tüchtigen Fortschritt in unserer Parteientwicklung.“

„Norddeutsche Volksstimme“ (Dremer haben):

„... Dem es vorher noch nicht klar war, dem wird es durch Verlauf der tagelangen, bis zur Ermüdung erschöpfenden Debatte klar geworden sein, daß hier nicht mehr um eine Frage des Prinzips oder der Taktik an sich gestritten wurde, sondern daß wieder einmal der alte Streit zwischen Revisionismus und Radikalismus, um die beiden nun einmal eingebürgerten Bezeichnungen zu gebrauchen, ausgetragen wurde und ausgetragen werden mußte. Handelte es sich doch schließlich um nicht geringeres als darum: Soll die deutsche Sozialdemokratie ihre Klassenkampfcharaktere erhalten oder soll sie eine radikale Reformpartei werden? Soll sie ihre revolutionäre Grundlage aufgeben und durch Anerkennung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung sich mit dieser ausöhnen? Nun, der Parteitag hat diese Frage entschieden und wie er sie entschieden hat, hat die ungeteilte Billigung der großen Masse im Lande draußen gefunden. ... Der Parteitag hat gesprochen, er hat gegen die Süddeutschen entschieden, die ihre Sache zwar mit großer Leidenschaft und Hingabe vertraten, aber auch Mittel anwenden, die weder parteigenössisch, noch demokratisch waren. Das gilt selbst der größte Teil der süddeutschen Parteipresse jetzt unumwunden zu. Und in dieser Erkenntnis liegt uns die beste Gewähr, daß trotz der mehr als eigenartigen Schlussfolgerung der „07“ der Friede dauernd geschlossen ist. ...“

„Norddeutsches Volksblatt“ (W ant):

„... wer der Ansicht ist, daß die Sozialdemokratie ganz unternimmt oder, wie man sagt, „ohne das geringste Entgegenkommen an den bürgerlichen Staat“ die politische Macht erobern wird, für den ist die Budgetabstimmung eine rein prinzipielle Frage; wer aber der Ansicht ist, daß die Sozialdemokratie in der praktischen Politik, gezwungen durch die Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, dem bürgerlichen Staate entgegenkommen muß und auch schon entgegengekommen ist, ohne das Endziel aus dem Auge zu lassen, für den ist die Frage eine taktische Frage. Die Vertreter der Vorstandesresolution, besonders das Vorstandsmitglied Ebert, haben ja auch anerkannt, daß die Frage der Budgetbewilligung auch eine taktische Frage sei. Dieser Anerkennung entsprechend wäre die Annahme der Resolution Frohnes und Genossen richtiger gewesen. ...“

„... Daß diese Resolution nicht angenommen worden ist, daran ist nun nichts zu ändern und es muß der Parteitagabschluß respektiert werden. Auch die süddeutschen Parteigenossen, welche eigentlich eine dem Beschluß widersprechende Erklärung abgegeben haben, werden dem Beschluß respektieren, so schwer es ihnen auch fällt. Der Stich, welcher durch die Frage der Budgetbewilligung zwischen den Süddeutschen und einen großen Teil der norddeutschen Parteigenossenschaft entstanden ist, zeigt uns, daß man keine Beschlüsse auf Parteitagen fassen soll, die nicht zu halten sind und eine verschiedenartige Auslegung gestatten. ...“

Auffallend erscheint die Unterfälligkeit der süddeutschen Delegierten durch eine nicht unbedeutende Anzahl norddeutscher Parteigenossen auf dem Parteitag. Es war weniger die Anerkennung der Wichtigkeit und Notwendigkeit der Zustimmung der süddeutschen Abgeordneten zu den Budget in den vorliegenden Fällen als vielmehr ein Protest gegen die Art und Weise, wie die süddeutschen Abgeordneten und die Frage überhaupt von den radikalen Parteiblättern und radikalen Parteiredeuern behandelt worden ist.

Diese Delegierten wollten ... ihre Abneigung zum Ausdruck bringen gegen die Regiererei und Regiererei, welche besonders seit dem Parteitage zu Dresden in der radikalen Parteipresse gepflegt und getrieben wird. ...“

„Volkswille“ (Hannover):

Der einzige Lichtpunkt in diesem, hoffentlich auf eine Reihe von Jahren entscheidenden Streit ist, daß es sich bei ihm nicht lediglich um die Frage der Budgetbewilligung handelt. Es spielt, wenn auch nur ganz wenig, die Frage der praktischen Gegenwartsarbeit mit hinein, die von den beiden Richtungen innerhalb der Partei nicht gleichmäßig gewertet wird. Und nach dieser Richtung hin hat die Abstimmung eine Enttäuschung auch für die Mehrheit gebracht. Wiederum ist es ausgesprochen worden, daß es sich in dem Budgetstreit lediglich um die Aufhebung eines süddeutschen parteigenössischer Abgeordneter gegen einen Parteibeschluß handelte, Abgeordneter, denen die Massen, sobald sich die künstlich erzeugte Erregung gelegt, den Rücken kehren würden. Die starke Widerheit zeigt, daß jene Annahme eine Irrige ist. Die Anzahl der Parteigenossen, die in der Budgetbewilligung eine rein taktische Frage erblicken und daher Gegner jeder weiteren Einigung sind, ist eine ganz stattliche und erstreckt sich über ganz Deutschland. Und es fehlt ihnen auch nicht an Mächtigkeit unter der Arbeiterschaft.

Als gute Demokraten werden die süddeutschen Genossen, deren Geschichte und erfolgreiche Vertretung der Interessen des arbeitenden Volks im Parlament allseitig anerkannt wird, werden die Genossen, die in der heikeln Streitfrage zu ihnen standen, dem

Parteitagsbeschluss sich fügen, im Interesse der Arbeiterbewegung. So weit in tatsächlichen Fragen die Ansichten auseinandergehen mögen —: in der Grundauffassung gibt es keine Meinungsverschiedenheiten. Wir alle sind Sozialdemokraten, deren unablässiges Bestreben darauf gerichtet ist, die gegenwärtige Staats- und Gesellschaftsordnung von Grund aus umzugestalten, den Kapitalismus durch den Sozialismus zu ersetzen, zum Wohle der Gesamtheit. ...“

„Lübecker Volksbote“:

„... Dafür ... daß die im letzten Absatz der Lübecker Resolution erwähnten besonderen Umstände für die Zustimmung zum Budget vorgelegen haben, konnte u. E. ein schlüssiger Nachweis nicht erbracht werden. Trotzdem sind wir der Meinung, daß es für die Partei am Besten gewesen wäre, wenn der Parteitag sich auf den Vermittlungsantrag Frohne, der ausdrücklich den Lübecker Beschluß bestätigt, jedoch bezüglich der Ausnahmen ein Einverständnis zwischen dem Parteivorstand und den in Betracht kommenden Landesorganisationen herbeigeführt wissen wollte, vereinigt hätte. Durch die Debatte war der Wille der Mehrheit der Partei so deutlich und entschieden zum Ausdruck gekommen, daß es einer ausdrücklichen Kundgebung darüber, daß die Annahme der Finanzgesetze in Süddeutschland durch unsere Genossen nicht mit dem Lübecker Beschluß zu vereinbaren sei, in der Resolution nicht mehr bedurfte.

Die Ablehnung der Resolution Frohne dürfte jedoch auch zum großen Teil mit auf das Konto des Verhaltens der Süddeutschen zu schreiben sein, die in ihren Ausführungen immer wieder erklärten, sich dem Beschlusse des Parteitages, wenn er nicht ihren Ansichten entspreche, nicht fügen zu wollen. Das dürften sie als diskretisierte Parteigenossen nicht sagen. Nachdem die Vertreter der Partei in ihrer großen Mehrheit der bekannten Resolution des Vorstandes zugestimmt haben, sind wir der festen Zuversicht, daß unsere süddeutschen Genossen ihre Ansichten über die Notwendigkeit der Budgetbewilligung revidieren werden, revidieren auf Grund einer genauen Nachprüfung aller in Betracht kommenden Umstände. Dem steht auch die vom Genossen Segitz im Auftrage einer Anzahl süddeutscher Delegierten abgegebene Erklärung nicht entgegen.“

„Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ (Niel):

Die Frohmische Resolution, so sehr wir die guten Absichten der Unterzeichner würdigen, war nicht dazu geeignet, die Unklarheit und Zweideutigkeit der Lübecker Resolution zu beseitigen, sie vermehrte und unterföhrte sie im Gegenteil. Hatte die Lübecker Erklärung von zulässigen Ausnahmen gesprochen, so hatte sie doch immerhin diese Ausnahme bloß von besonderen zwingenden Situationen abhängig gemacht, wenn sie auch diese zwingenden Situationen nicht näher definierte. Die Frohmische Resolution aber wollte die Ausnahme vom Prinzip in das Belieben bestimmter Personenzirkel stellen und sie unterföhrte es ganz und gar, diesen Personen Direktiven für ihre Entscheidung mit auf den Weg zu geben. Eine kleine Verschiebung in der Zusammenfassung des Parteivorstandes, und die Politik der Partei hätte in einer Frage, deren prinzipielle Wichtigkeit die Lübecker und insoweit auch die Frohmische Resolution in ihren Eingangssätzen ins beste Licht rückte, selbst eine total andere Wendung genommen, ohne daß die oberste Instanz der Partei, der Parteitag, ein Wort mitzureden gehabt hätte. Es kommt hinzu, daß die Frohmische Resolution in ihrer ursprünglichen Fassung die eigenmächtige Sonderstellung der „Faktionen“, den Parteiparitätarismus, geradezu sanktionierte und verewigte, denn sie enthielt — und allein dieser ursprünglichen Fassung wollten die Süddeutschen zustimmen — sein Wort über den Fall, daß nun die verschiedenen Personenzirkel, von denen die Entscheidung abhing, sich nicht geeinigt hätten. Die Süddeutschen konnten im verwegenen Sinne auch mit Frohne Politik auf eigene Faust treiben und wäre es, etwa auf einem deutschen Parteitag, zu einer Diskussion über diese Politik gekommen, so hätte der Parteitag schließlich immer, wie jetzt der Nürnberger, vor einem fait accompli, einer vollendeten Dummheit gestanden, und er hätte schließlich bloß das letzte Wort darüber gehabt, wer für diesen erledigten und nicht wieder gutzumachenden Fall verantwortlich sei, der Parteivorstand oder die Süddeutschen oder beide zusammen. Also die Frohmische Resolution beseitigte nicht nur nicht die Fehler der Lübecker Fassung, sie ließ sie — die Unbestimmtheit der Ausnahmen — noch bestehen und vermehrte sie um einen neuen, der der Ausgangspunkt neuer, voraussichtlich noch nicht einmal prinzipieller und tatsächlicher, sondern persönlicher Reibereien geworden wäre.

Die Süddeutschen hatten Lipp und Klar erklärt, daß sie sich dem Spruche des Parteitages, wenn er gegen sie anfallen werde, nicht fügen würden. Nichts weniger als die Einheit der Partei, die in der Autorität des Parteitages ihr oberstes Symbol hat, stand in Frage, und diese Seite der Diskussion wiegt womöglich noch schwerer als der materielle Streitfall, von dem die Diskussion ihren Ausgang nahm. Kein Beschluß eines deutschen Parteitages, und es wäre von der größten Tragweite für die Entwicklung des deutschen Proletariats, wäre färderrhin scharf davor gewesen, von irgendeiner Gruppe von Parteigenossen mißachtet zu werden, hätte der Nürnberger Parteitag, nachdem die Süddeutschen dieses Pronunziamento entzollt, anders Stellung genommen, als er in der Annahme der Vorstandesresolution getan. Hier durfte in der Tat nicht der Mund gezipft, hier mußte geprüffelt werden. Hätte der Parteitag den Süddeutschen eine Hinterlist offen gelassen, durch die sie mit samt ihrer ausgerollten Empörung die Wahlkraft verlassen hätten, aber dem deutschen Proletariat weichte nicht mehr das eine rote Banner der einen Sozialdemokratie, sondern so viele bunte Lappen als gerade sich Sektionen finden, die sie zu schwingen belieben. Der Schein der Spaltung wäre vielleicht vertuscht worden, die Tatsache der Spaltung wäre perfekt gewesen. Der Parteitag, die einheitliche deutsche Sozialdemokratie, hätte kapituliert vor einer fröndierenden Gruppe. Der Wille, der in den Reden der süddeutschen Landtagspolitiker zu Wort kam, wäre Tat, die Drohung Wirklichkeit geworden.

Indem der Parteitag mit überwältigender Mehrheit die Vorstandesresolution annahm, hat er die süddeutschen Genossen auf den Ernst der Situation aufmerksam gemacht. Ein Fortwursteln ist künftig nicht mehr möglich. Die Einheit der Partei, die Disziplin unter der Beschlüsse der obersten Parteinstanz, ist für kommende Tage so unverbäulich wie für die große Vergangenheit der deutschen Sozialdemokratie als Richtschnur unserer prinzipiellen Haltung sowohl wie unserer Taktik aufs neue feierlich proklamiert worden, nur wer zu dieser Einheit sich bekennt, gehört zu uns. Die süddeutschen Parlamentarier werden von diesem Grundgesetz, ohne daß die Partei nicht denkbar ist, unter dem das deutsche Proletariat seine beispiellosen Erfolge erkämpft hat, durch das die deutsche Sozialdemokratie ihre achtunggebende Stellung im internationalen Sozialismus errungen hat ... die süddeutschen Parlamentarier, sagen wir, werden sich unter dieses Grundgesetz der Partei beugen müssen. Doch der Nürnberger Parteitag durch die Annahme der Vorstandesresolution diese Notwendigkeit proklamiert hat, ist seine erlösende Tat. Wieder einmal ist ausgesprochen, was ist. Dem vorwärtsmarschierenden deutschen Proletariat, die Süddeutschen Genossen mit einschlossen, kann diese Klarheit nur zum Heile dienen. Des sind wir gewiß.“

„Mecklenburgische Volkszeitung“ (Rostock):

Mit dem Resultat des Nürnberger Parteitages sind wir zufrieden. Im Mittelpunkt der Verhandlungen standen die Beratungen über die süddeutschen Budgetbewilligungen. Ganz in unserem Sinne war es die Überzeugung des Parteitages, daß die von der Lübecker Resolution vorausgesetzten zwingenden Gründe, für das Budget stimmen zu müssen, nicht vorgelegen haben. Eine Rücksicht auf die in der sozialdemokratischen Anschauung noch nicht gefestigten Wähler kann nun einmal für uns nicht in Betracht kommen. Solche Gründe würden für die Partei des Klassenbewußten Proletariats schließlich zum bürgerlichen Parlamenten verfallen. ... Leider hat der Mehrheit des Parteitages die Resolution Frohne nicht genügt. Wir bedauern das.

Zugeben muß der Leser des Parteitagberichts freilich, daß die Verteidiger der Budgetbewilligung nichts weniger wie geschickt ihre Sache vertreten haben. Sie haben zu viel bewiesen, und erst das brachte jene Mehrheit auf dem Parteitage zu Stande. Sonst hätte die Resolution Frohne wohl alle gesammelt, die sich bisher noch nicht persönlich gegen den Revisionismus engagiert haben. ...“

Was die nach der entscheidenden Abstimmung ... von Segitz abgegebene Protesterklärung praktisch im Gefolge haben wird, das überlassen wir getrost der Zeit. Wir hoffen nicht nur, daß die süddeutschen Genossen sich dem nun einmal gefassten Beschluß des Nürnberger Parteitages in freiwilliger Weise unterordnen werden, das ist vielmehr auch unsere Überzeugung.

Bleibt nur noch auszusprechen, daß für künftig der Parteivorstand den Parteidiskussionen in der Presse ganze Aufmerksamkeit schenkt und bei Ungehörigkeiten (die leider allzu oft vorkommen) seinen Einfluß zur Abstellung dieser geltend macht. Die die Diskussionen auf dem Parteitage nur dazu da sein sollten, um zu beraten, so sollen und müssen die Parteidiskussionen in der Presse erst recht in diesem Bewußtsein geführt werden. Es ist das leider nicht allemal der Fall! Dabei haben wir alle Ursache zu rufen für den Kampf mit dem Gegner.

Aus der Partei.

Eine Ente.

Die „Münchener Post“ schreibt: Das Herold-Bureau, dessen Unzuverlässigkeit nicht erst von heute ist, hat die falsche Nachricht hinausgegeben, die sozialdemokratischen Landesvereine Bayerns und Wadens hätten für kommenden Sonntag große Massenversammlungen der sozialdemokratischen Wähler einberufen behufs geschlossener Zustimmung zu dem Verhalten der süddeutschen Abgeordneten auf dem Nürnberger Parteitage.

Einige Parteiorgane haben an diesen Irrsinn mehr oder minder tiefinnige Bemerkungen geknüpft. Weder in Bayern noch in Baden ist es einem sozialdemokratischen „Landesverein“ eingefallen, Massenversammlungen „von Wählern“ einzuberufen zu dem genannten Zwecke. Denn es ist Sache der Parteigenossen, über die Haltung der Delegierten auf dem Nürnberger Parteitage zu befinden. Und es ist weiter Sache der Ortsvereine, die zuständigen Parteiversammlungen auszusprechen. Daß „Massenversammlungen“ daraus werden, ist auch kaum anzunehmen, denn bis jetzt hat nur ein geringer Teil der Parteigenossen sich für den müßigen Streit interessiert.

So ergibt es sich, daß das Herold-Bureau, jedenfalls aus dem Zustande eines chronischen Nachrichtenmangels heraus, seine p. t. Abnehmer wieder einmal angeführt hat.

Der Parteitag in den Organisationen.

Die Mainzer Delegierten vom Nürnberger Parteitag erstatteten Dienstagabend in einer Parteiversammlung Bericht über den Verlauf des Parteitages. Es lag folgende Resolution zur Beschlußfassung vor:

Die heute in Mainz tagende Parteiversammlung erklärt sich im allgemeinen mit den Beschlüssen des Nürnberger Parteitages einverstanden, erwartet von ihnen eine Stärkung der Partei und eine Kräftigung unseres politischen Einflusses. Dagegen kann die Versammlung die Annahme der Resolution zur Budgetbewilligung nicht als eine geeignete Grundlage zur Lösung der Frage betrachten. Die tatsächliche Haltung unserer Vertreter im Landtage und den Gemeindeförperschaften unterliegt der Kritik und den Beschlüssen der Landesorganisation, und es muß ihnen freie Hand in der Wahl der geeigneten Wege zur Durchführung unserer Forderungen gelassen werden. Die Versammlung billigt daher die von Segitz abgegebene und von 66 Delegierten unterschriebene Erklärung.

Nach lebhafter Debatte wurde diese Resolution mit überwältigender Mehrheit angenommen. —

Stuttgart, 23. September.

(Privatbesprechung des „Vorwärts“.)

Eine gestern Abend tagende, von etwa 600 bis 700 Genossen besuchte Parteiversammlung beschäftigte sich mit dem Nürnberger Parteitag. Der Referent Genosse Westmeyer führte zum Beschluß über die Budgetfrage unter anderem aus, gegen die Erklärung der 67 süddeutschen Delegierten habe der Parteitag Widerspruch nicht erhoben, weil die Erklärung aus der Situation heraus zu beurteilen sei. Er schlug zum Schluß seiner Ausführungen folgende Resolution vor:

Die Parteiversammlung spricht ihre Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des Parteitages aus und erwartet von jedem Parteigenossen, daß er im Sinne dieses Beschlusses für die Einheit der Partei wirkt.

In der Diskussion trat Landtagsabgeordneter Feuerstein dafür ein, daß in der Resolution auch die Erklärung der 67 Delegierten gebilligt werde. Genosse Vorhöfner beantragte sodann folgendes Amendement zur Resolution Westmeyer:

Die heute, den 22. September tagende Stuttgarter Parteiversammlung in Stuttgart stellt sich in der Budgetfrage auf den Boden der von 67 süddeutschen Delegierten dem Nürnberger Parteitage abgegebenen Erklärung und anerkennt, daß durch sie das Recht der Landesorganisation in den Fragen der Landespolitik in zweckentsprechender Weise gewahrt worden ist.

Diesem Amendement trat Genosse Zellin entgegen. Genosse Landtagsabgeordneter Hildbrand führte u. a. aus: während die Wadener und Wadener sich auf die große Mehrheit ihrer Genossen stützen konnten, habe er in Nürnberg diese Erklärung bedauerlicherweise nicht abgeben können wegen des großen Mißtrauens, das gerade in Württemberg gegen die Abgeordneten geschleitet worden sei. Er wundere sich nur, warum denn die Parteigenossen die Parlamentarier so lange im Parlament gelassen haben. Sie hätten die Konsequenzen ziehen und sie von ihrer Stellung abberufen müssen. Die Faktion habe nur verlangt, daß sie sich das Recht der freien Entscheidung auch in dieser Frage vorbehalten dürfe. Einer Faktion müsse es vorbehalten bleiben, nach freiem Ermessen zu handeln. Es sei das eine Vertrauensfrage.

In seinem Schlusswort führte Westmeyer dagegen aus, der Parteitag habe einen bindenden Beschluß für die Gesamtpartei gefaßt. Die Erklärung der 67 Delegierten stehe dem entgegen, wenn man sie wörtlich nehme; als „Rechtsverwahrung“, wie Genosse Feuerstein gesagt habe, sei sie aus verschiedenen Gründen verständlich. Leider wäre von süddeutschen Blättern, so von der „Münchener Post“ und der „Frank. Tagespost“ behauptet worden, nunmehr habe der Parteitag Beschluß für die Unterzeichner der Erklärung keine bindende Kraft mehr. Wir aber wollen die Einheit der Partei nicht zerreißen lassen. Jeden Versuch, die Parteitagbeschlüsse durch Erklärungen und Interpretationen zu einem wertlosen Stück Papier zu machen, müssen wir aufs entschiedenste zurückweisen. Wir kämpfen nicht mehr um die Budgetzustimmung, sondern um die Einheit und Geschlossenheit der Partei, die nur möglich ist auf der Grundlage der radikalsten Anerkennung der Beschlüsse der Gesamtpartei.

Hierauf wurde das Amendement Vorhöfner mit sehr starker Majorität abgelehnt und die Resolution Westmeyer gegen etwa 18 Stimmen bei einigen Stimmenthaltungen unter stürmischem Beifall angenommen.

### Gemeinbewahrfeg.

Die Stadtverordnetenwahl in Pforzheim brachte am Montag in der dritten Wahlerklasse unseren Parteigenossen einen vollen Sieg. Durch die Erhöhung der Umkreisgrenze auf 71 W. trat ein großer Teil der Bourgeoisie in die dritte Wahlerklasse über. Alles, was nur bürgerlichen und reaktionären Aemtern hat, vereinigte sich unter dem Aufgebot der National-liberalen. Die untaugliche, der praktischen Arbeit abholden Sozialdemokratie sollte vom Rathaus heruntergeholt werden. Die Wählerzahl der 3. Klasse stieg auf 7650, ein Tausend mehr als vor drei Jahren; die Wahlbeteiligung von 46 auf 60 Proz. Die sozialdemokratische Liste errang in allen sechs Bezirken die Mehrheit und erreichte 2741 Stimmen gegen 1789 gegnerischen. Unsere Pforzheimer Genossen werden diesem vereinigten Aufsturm der Gegner auch bei der nächstjährigen Landtagswahl ausgesetzt sein. Sie werden harte Arbeit haben, auch das zweite Landtagsmandat Pforzheims der Sozialdemokratie zu erobern.

**Geschichte der Kölner Arbeiterbewegung.** Der Vorstand des sozialdemokratischen Vereins Köln-Stadt und Köln-Land und das Gewerkschaftsamt Köln haben im Verein mit dem Verlage der „Rheinischen Zeitung“ beschlossen, eine Geschichte der Kölner Arbeiterbewegung herauszugeben, mit deren Abfassung Genosse Dr. Erdmann beauftragt worden ist.

## Soziales.

**Vom Kampf gegen die Selbstverwaltung der Krankenkassen.** (Unberechtigter Verfassung der Genehmigung von Statutenänderungen.)

Die Ortskrankenkasse I zu Köln-Ehrenfeld hatte verschiedenen Beamten durch Dienstvertrag Ruhegehalt (Pension) zugesichert, auch soll der Betrag der Pension im Falle des Todes für drei Monate Witwen und Waisen weiter bezahlt werden. Der Oberbürgermeister als Aufsichtsbekörde drohte mit Maßnahmen dagegen, weil davon nichts im Statut stehe. Die Generalversammlung der Kasse beschloß demnach eine entsprechende Statutenänderung. Zu den Aufgaben des Kassenvorstandes und der Generalversammlung wurde nämlich eingefügt die Festsetzung der den Angehörigen zu gewährenden Pension und der Hinterbliebenen-Versicherung. Der Bezirksausschuß verlangte dieser Aenderung die Genehmigung. Er hatte ein Gutachten über die Finanzlage der Kasse eingeholt, erklärte aber ausdrücklich, daß ihm mehr auf eine „grundfähliche Entscheidung“ ankomme. Und seine „grundfähliche“ Stellungnahme richtete sich ausdrücklich gegen die Selbstverwaltung der Krankenkassen. Es könne nicht die Pflicht des Gesetzgebers gewesen sein, die Selbstverwaltung der Krankenkassen so zu gestalten, daß sie selbständig Schritte tun könnten, die über die fürsorgezwecke der Kassen hinausgingen und augenscheinlich den Zweck verfolgten, möglichst viel Kassenangestellte mit möglichst guter Versorgung unterzubringen. Allerdings müßten Angestellte in ausreichender Zahl vorhanden sein und sie müßten auch so gestellt werden, daß eine Verführung zur Untreue ausgeschlossen wäre. Die Einführung einer Pension und einer Rentnerversorgung sei dazu aber nicht erforderlich. Es liege hier ein Verstoß gegen die Bestimmung des § 23 des Krankenversicherungsgesetzes vor, wonach das Statut der Kassen keine Bestimmungen enthalten darf, welche mit dem Zweck der Kasse nicht in Verbindung steht oder gesetzlichen Vorschriften zuwiderläuft.

Nach mündlicher Verhandlung blieb der Bezirksausschuß bei seinem Standpunkt.

Die Kasse legte Revision ein. In der Verhandlung vor dem Oberverwaltungsgericht am 21. September vertrat sie Justizrat Stepmann in ausführlichen Rechtsdarlegungen, die namentlich darin gipfelten, daß es sich hier um eine Frage der Regelung der Dienstverhältnisse der Angestellten handle, die lediglich Sache der Kasse selbst sei.

Der 3. Senat des preussischen Oberverwaltungsgerichts hob nach langer Verhandlung und Beratung die Vorentscheidung auf und entschied, daß die Genehmigung zu der freitragenden Statutenänderung zu erteilen sei. Begründend wurde ausgeführt: Wie die Kosten der Besoldung der Kassenbeamten, so gehören auch die Kosten einer Pensions- und Hinterbliebenenversorgung für die Beamten zu den Verwaltungskosten der Kasse. Somit ständen sie auch mit dem Zweck der Kasse in Verbindung. In Fällen wie dem vorliegenden könnte aber § 30 des Gesetzes in Frage kommen, welcher lautet: „Entstehen Zweifel darüber, ob die im Kassenstatut vorgenommene Vernehmung der Beiträge der Anforderung des § 23 entspricht, so hat die höhere Verwaltungsbehörde vor der Erteilung der Genehmigung eine sachverständige Prüfung herbeizuführen, und falls diese die Unzulänglichkeit der Beiträge ergibt, die Erteilung der Genehmigung von einer Erhöhung der Beiträge oder einer Minderung der Unterstützungen bis auf den gesetzlichen Mindestbeitrag abhängig zu machen.“ Alle entsprechenden Statutenänderungen fielen unter diesen Paragraphen. Im vorliegenden Falle aber sei kein Grund gegeben, davon Gebrauch zu machen. Deshalb stehe der Aufnahme jener an sich dem Gesetz nicht zuwiderlaufenden Leistungen in das Statut nichts entgegen. Die Statutenänderung sei zu genehmigen und es müsse der Entwicklung und den Bestimmungen bei den Jahresabschlüssen überlassen bleiben, ob es notwendig werde, die Beiträge zu erhöhen oder die Kassenleistungen herabzusetzen (§ 33 des Gesetzes).

Ein zweiter Verwaltungsstreit wegen Genehmigung einer Statutenänderung, der ebenfalls am 21. September erledigt wurde, betraf die Kölner Ortskrankenkasse für die in stehenden Gewerben usw. Beschäftigten Personen. Die Kasse hatte die Kassen- und Rechnungsführung getrennt und in einem Rechnungsführer und einem Kassensführer zwei selbständige Oberbeamte geschaffen, die der Kassenleitung (abgesehen von ihrer sonstigen Verantwortlichkeit) verantwortlich sind. Diesem schon mehrere Jahre bestehenden tatsächlichen Zustand wurde durch eine Statutenänderung Rechnung getragen. — Der Bezirksausschuß versagte die Genehmigung, weil diese Teilung unwirtschaftlich und ungewöhnlich sei. — Das Oberverwaltungsgericht erkannte am 21. September unter Aufhebung der Entscheidung des Bezirksausschusses auf Genehmigung der Statutenänderung. Der Bezirksausschuß verweigerte die Bewilligung der Zweckmäßigkeit und dessen, was „mit dem Zweck der Kasse in Verbindung stehe“. Die beiden Beamten ständen zweifellos mit dem Zweck der Kasse in Verbindung und es gebe keine gesetzliche Bestimmung, die die Kasse hindern könne, neben einem Kassensführer einen Rechnungsführer anzustellen. Die Zweckmäßigkeit aber sei nicht nachsprühen.

### Wichtig für Former.

**Bezahlung von Gekerkassierten.** Durch Klage beim Berliner Gewerbeamt verlangte der Former L. von der Berliner Werkzeugmaschinenfabrik 8 M. für zwei Gürtelstücke, die ihm nicht bezahlt worden waren, weil der Meister sie als Ersatz für fehlende Gürtelstücke betrachte. Der Kläger bestritt, daß er den Gürtelstücke verschuldet habe. Bezüglich des einen Stückes wurde festgestellt, daß es nach erfolgter Abnahme bereits abgeliefert worden war und dann erst als unbrauch-

bar (fehlerhaft) zur Firma zurückkam. — Die Kammer V sprach sich dahin aus, daß dem Kläger die acht Mark zu zahlen seien. Bezüglich des Stückes, das zurückgekommen ist, läßt in Betracht, daß der Vertreter der Firma das Stück abgenommen hatte. Wenn die Arbeit abgenommen worden sei, wäre der Arbeitgeber verpflichtet, dem Arbeiter auch den Lohn zu zahlen. Gläubige die Firma, nachdem der Besteller das Stück zurückgegeben hatte, Schadenerlay geltend machen zu können, so müsse sie gegen L. auf Schadenerlay klagen. Sie müsse dann aber auch nachweisen, daß gerade der Arbeiter an dem Schaden schuld sei. — Was das andere Stück betreffe, so behaupte der Vertreter der Firma nicht einmal mit Bestimmtheit, daß es durch Verschulden des Klägers zugrunde gegangen sei. Das Gericht müsse darum den Behauptungen des Klägers Glauben schenken. Aber auch in dem Falle hätte Beklagte nachzuweisen, daß Kläger den Schaden verschuldet habe. Das habe sie nicht getan. — Nachdem das Gericht so seine Auffassung verkündet hatte, verpflichtete sich der Vertreter der Beklagten zur Zahlung des Streitbetrages.

## Aus Industrie und Handel.

### Die Krise.

Wie aus dem in der letzten Ausschüßsitzung des „Norddeutschen Lloyd“ erstatteten Halbjahresbericht für die Zeit vom Januar bis Juli 1908 ersichtlich, sind die Betriebsüberschüsse, abzüglich der Ankosten, gegen die gleiche Zeit des Vorjahres um rund 11 Mill. Mark zurückgegangen. In der Hauptsache soll der Ausfall eine Folge des verminderten Verkehrs mit Nordamerika sein. Das Wäms erhält erhöhte Bedeutung durch eine erzielte Einnahmesteigerung von 1 1/2 Mill. Mark, die der rege Verkehr auf anderen Linien erbrachte. Auch für das zweite Halbjahr 1908 wird mit einem erheblichen Minderertrag gerechnet.

**Baumaterialienmarkt in Berlin.** Die erhoffte Erholung ist nicht nur ausgeblieben, es ist sogar noch eine weitere Verschlechterung der ohnehin schon unglücklichen Lage eingetreten. Jetzt bemüht man sich durch Einführung einer Konvention die Ziegelpreise zu halten. Die Produktion ist, besonders durch massenhaft neu eingerichtete landwirtschaftliche Betriebe und durch vielfachen Nebergang vom Klein- zum Großbetrieb, weit über die Aufnahmefähigkeit des Marktes hinausgewachsen. Die Preise sind gegenüber dem Höchststande vor zwei Jahren um circa 40 Proz. gesunken.

### Die Aktiengesellschaften im Jahre 1907.

Selt dem Jahre 1906 befaßt sich die deutsche Reichsstatistik auch mit der privaten Unternehmungsform der Aktiengesellschaften, nachdem sie bis dahin bloß die Banken (Koten-, Hypotheken- usw.), die Lebensversicherungs- und Kolonialgesellschaften sowie die Eisenbahnen berücksichtigt hatte. Nunmehr liegen die Ergebnisse der Erhebung vom Jahre 1907 vor. Danach gab es in diesem Jahre 5147 aktive (also ohne die in Liquidation oder Konkurs befindlichen) Aktiengesellschaften (gegen 5050 im Jahre 1906). Ihr Nominalkapital betrug 14 218 329 000 M. (gegen 13 707 671 000 M. des Vorjahres). Bei 391 Gesellschaften haben Kapitaländerungen stattgefunden und zwar zum weitaus größten Teile (302) Kapitalerhöhungen. Die Höhe der neu investierten Kapitalien belief sich nach dem Nominalwert auf rund 488 Millionen, nach dem Ausgabekurs auf 504 Millionen Mark. 76 Millionen saßen also die Gründer, Käufer und anderen Zwischenglieder ein. Da Kapitalveränderungen im Ausmaße von 128 Millionen (nach dem Nominalwerte) stattgefunden haben, ergibt sich als effektiver Mehrbetrag die Summe von 359 721 000 M. Die weisende Konjunktur kommt in dem Abfall der Neugründungen und den verringerten Kapitalerhöhungen während der zweiten Jahreshälfte deutlich zum Ausdruck.

Was die Verteilung der Gesellschaften anbelangt, so steht Bremen an erster Stelle, und zwar hat das Rheinland die größte Tätigkeit mit 31 Neugründungen entfaltet; doch behauptet in bezug auf die Kapitalhöhe Berlin mit 61 Millionen gegenüber dem Rheinland, welches nur 33 Millionen investierte, die Spitze.

Unter den Gewerbegruppen weist die Industrie der Nahrungs- und Genussmittel die höchste Zahl von Gründungen auf (37). Doch hat der Bestand infolge der großen Zahl von Liquidationen (4) und Konkursen (10) nicht so zugenommen, als man erwarten sollte. Denn der Ueberstand der Neugründungen beträgt nur 19 mit einem Kapital von 23,4 Millionen Mark. Dann folgt die Industrie der Maschinen, Apparats und Instrumente, weiter das Handelsgewerbe. Dieses hat auch die stärksten Reinvestitionen zu verzeichnen (116,7 Millionen). Sehr bedeutend waren ferner die Erhöhungen im Geld- und Kreditwesen, in der Maschinenindustrie, im Bergbau und Hüttenbetrieb sowie im Verkehrsgewerbe.

Erwähnung ist die amtliche Darstellung der kapitalistischen Gründungsaktivität natürlich nicht. Wollte sie von der letzteren ein vollständiges Bild geben, dann müßte sie auch die Expansion des individuellen Kapitalismus sowie den Kapitalexport ins Ausland berücksichtigen. Insbesondere der letztere hat beträchtlichen in den letzten Jahren große Dimensionen angenommen.

**Türkische Anleihe.** Die „Kölnische Zeitung“ erfährt aus Konstantinopel, daß die neue türkische Anleihe im Betrage von 3 800 000 türkischen Pfund mit einer französischen Gruppe und der Ottomanbank abgeschlossen sei. Die Ausgabe erfolgt in Konstantinopel, Paris und London. Als Sicherheit für die Anleihe dienen die Ueberfälle aus Zolleinnahmen in Smyrna und Saloniki, falls diese nicht genügend sind, auch noch die Generaleinnahmen des Reiches. Zahlreiche Pariser und auch deutsche Banken haben sich bereit erklärt, sich an weiteren Anleihen des Staates zu beteiligen. Die Regierung ist mit der Aufstellung eines vorläufigen Haushaltungsplanes für das nächste Rechnungsjahr beschäftigt.

## Aus der Frauenbewegung.

### Frauenbewegung und bürgerliche Parteien.

In einer jüngst abgehaltenen Versammlung der demokratischen Vereinigung sprach Frau Minna Cauer über „die Frauenbewegung in Deutschland“. Nach einem Bericht in der „Volks-Zeitung“ äußerte sie sich über die Stellung der politischen Parteien zur Frauenbewegung dahin:

Die Konservativen hätten in ihren Gattinnen und Töchtern Frauen, die unbedingt auf dem Standpunkt der konservativen Männer stehen. Die Tätigkeit dieser Frauen sei für die Frauenbewegung sehr bedenklich und löse für die ganze politische Entwicklung schädlich wirken. Im Zentrum seien die Frauen in vollständig geistiger Abhängigkeit von der Weisheit. Die Partei, daß die Frauen dieser Abhängigkeit entschlüsseln könnten, habe die Zentrumsführer veranlaßt, der Frauenbewegung Konzessionen zu machen, und es sei nicht ausgeschlossen, daß gerade das Zentrum das Frauenstimmrecht herbeiführe. Die Sozialdemokratie habe sich radikallos für die Gleichberechtigung der Frauen und für das Frauenstimmrecht erklärt. Die nationalliberale Partei komme als Drehsehne bei dieser Frage nicht in Betracht und die freisinnige Volkspartei habe heute nicht den

Beweis erbracht, daß sie ehrlich gewillt ist, die Frauen in ihrem Kampf um das Recht zu unterstützen. Das Auftreten der volksparteilichen Führer lasse eher das Gegenteil vermuten. Bei der Landtagswahlbewegung habe der Blockfreikamp gezeigt, wie wenig er in der Lage sei, um Volksrechte zu kämpfen. Die freisinnige Volkspartei verhalte sich der Frauenbewegung gegenüber gerade so unverständlich wie der Arbeiterbewegung gegenüber.

Im allgemeinen kann man dem Urteil zustimmen. Durchaus einer Meinung sind wir mit der Referentin im Urteil über das Zentrum. Daß diese „Volkspartei“ aus reaktionären Motiven, vielleicht früher als man es in politischen Kreisen erwartet, energisch für ein Frauenstimmrecht eintritt, ist auch unsere Meinung. Konsequenterweise müßte Frau Cauer den Anschluß der Frauen an die Sozialdemokratie empfehlen, denn wie sie selbst eingesteht, ist außer der Sozialdemokratie im Parlament keine Partei vertreten, die grundsätzlich für die Gleichberechtigung der Frauen eintritt. Aber ihre Liebe neigt zur demokratischen Vereinigung. Neben anderen weltfürzenden Taten erwartet sie von dieser auch die Eroberung der politischen Rechte für die Frauen. Wir wollen den Leuten im Parteigenossen guten Willen nicht absprechen; aber die ganze Bewegung reicht nicht zu einem politischen Machtfaktor hinauf und die Frauen haben lange genug gewartet, um nun noch erst wieder dem Verzweigungskampf einiger liberaler Leute tatenlos zuzuschauen.

**Die Frauenarbeit in der Schweiz.** Durch die eidgenössische Betriebszählung wurde festgestellt, daß die ganze Schweiz 722 008 erwerbstätige Frauen zählt, die 41,1 Proz. aller Erwerbstätigen ausmachen. Der größte Teil der erwerbstätigen Frauen entfällt auf die Landwirtschaft mit 332 487 Personen, dann folgt Industrie und Gewerbe mit 251 550, Handel mit 115 883, Verkehre mit 10 849 und liberale Berufe mit 12 289 Personen. Die Textilindustrie weist unter den in der Industrie Beschäftigten die größte Zahl von weiblichen Arbeitern auf: 120 085, dann folgt das Kleidungs- und Putzgewerbe mit 72 108, die Nahrungs- und Genussmittelindustrie mit 22 675 und die Metallindustrie (Uhrmacher) mit 22 369 Personen. In den übrigen Berufsarten ist die Frauenarbeit kaum nennenswert. In den Handelsgewerben weisen das Hotel- und Wirtschaftsgewerbe und der Nahrungs- und Genussmittelhandel die höchsten Zahlen auf, aber auch in den übrigen Zweigen ist die Frauenarbeit stark vertreten.

Mit der Ausdehnung der Kleinbetriebe und der Ausbreitung der Fremdenindustrie wird die Frauenarbeit auch im Handelsgewerbe ein immer größer werdendes Feld vor sich haben. Im Verkehrswesen spielt die Frau nur im Post- und Telegraphenwesen eine Rolle. Prozentual ist die Frauenarbeit in Appenzell am nächsten mit 97 Proz., am schwächsten in Basel mit 43 Proz. Die Frauenarbeit hat noch keineswegs ihren Höhepunkt erreicht. Hat sie in der Industrie mit der Zunahme der männlichen Arbeitskräfte auch nicht Schritt gehalten, so hat sie sich doch ganz bedeutend vermehrt, namentlich in den Fabriken hat sich ihr Anteil um ein Viertel vermehrt.

### Versammlungen — Veranstaltungen.

**Bierter Wahlkreis (Landsberger Viertel).** Deutscher Donnerstag im „Elysium“ (kleiner Saal), Landsberger Allee, Vortrag. Genosse Baum: „Die Entstehung der Arbeiterklasse und des Kapitals.“

**Sächter Wahlkreis.** 11. Abt. Donnerstag, den 24. September, 8 1/2 Uhr, bei Zimmer, Vorhagenstraße 32.  
10. und 11. Abt.: Lesabend Donnerstag, den 24. September, 8 1/2 Uhr, bei Knoch, Soldiner Straße 76.

## Versammlungen.

Der Verband der Handels- und Transportarbeiter, Ortsverwaltung Berlin 2, hielt am Mittwoch in den Russierhöfen seine ordentliche Generalversammlung ab. Der Vorsitzende U. H. e. wird unter anderem in seinem Geschäftsbericht darauf hin, wie nötig es sei, daß die zum Militär ausgehobenen Mitglieder sich rechtzeitig und ordnungsgemäß abmelden, um sich vor späterem Schaden zu bewahren und ihrer Rechte nicht verlustig zu gehen. Sodann gab er ein Bild von der Agitation, die in der letzten Zeit vom Verband unter den in Betracht kommenden Arbeitergruppen entfaltet wurde, so unter den Angehörigen der Koch- und Schließergesellschaft, die sich aber noch zum großen Teil zu erheben fühlten, um der Organisation beizutreten. Obgleich ihr Arbeits- und Lohnbedingungen nichts weniger als günstig seien, ständen doch noch viele von ihnen der modernen Arbeiterbewegung fremd gegenüber, da sie sich nicht als Arbeiter, sondern als „Beamte“ fühlten. Auch unter den Zeitungsfrauen der bürgerlichen Presse ist tüchtig agitiert worden, wenn auch der Erfolg noch nicht befriedigend genannt werden könne. Redner verdrückte sich über die verfloßene Lohnbewegung der Berliner Kollufischer. Der Tarif wurde auf zwei Jahre festgelegt. Bei der Krise, die alle Betriebe hoden lasse, war nicht viel zu erwarten. Auch im Fensterputzberuf sei die Situation nicht sehr günstig. Die Unternehmer bereiten sich zu einem Schlag vor. Obgleich der Lohn nur 22,50 bis 23 M. pro Woche betrage, bestünde doch die Absicht, eine Lohnreduktion vorzunehmen. Der Mitgliederbestand betrug am 1. Juli d. J. 17 088. Davon waren männliche 15 420, weibliche 1068 und jugendliche 472. In der Diskussionserhebung Sprenger von den Kollufischen gegen den Vorstand den Bormer, er habe bei der Lohnbewegung der Kollufischer gebremst, sonst wäre mehr herauszuholen gewesen als das Erreichte. Die Kollufischer lägen von 4 Uhr morgens bis 11 Uhr nachts bei Wind und Wetter auf der Straße für 28 M. Wochenlohn. Schumann tritt dem Vordröner entgegen und verteidigt die Haltung des Verbandes. Ueber den eventuellen Ausbruch eines Streiks könne und wolle er nichts sagen. Im Anschluß gibt Redner zum zweiten Punkt der Tagesordnung einige Ausführungen über die bisherige Geschäftsführung. Der Ueberblick, den die Kasse ausweist, sei festgestellt als Einnahmen von Beiträgen und Festüberschüssen und soll unter diversen Einnahmen verburdt werden. Die Versammlung stimmt dem einstimmig zu, desgleichen dem Antrag, Lud als Kassierer und Schumane als besoldeten Agitator anzustellen. Die bisherigen unbesoldeten Kassierer in den Bezirken sollen von Oktober ab durch besoldete ersetzt werden. Ein Mitglied protestiert dagegen, daß organisierte Arbeiter ihre Versammlungen in einem Lokal abhalten, wo unorganisierte Kellner bedienen. (Musikerkäse.) Sodann sollte nicht vorzukommen. Jeder Kellner habe sich zu organisieren so gut wie andere Arbeiter. Darauf folgen interne Angelegenheiten. Die Bilanz betrug: Einnahme inkl. Kassenbestand 102 724,06 M., Ausgabe 80 804,40 M., Kassenbestand am 1. Juli 1908 21 859,66 M.

**Verband der Friseurgeschillen Deutschlands.** (Zweigverein Berlin und Gericke.) Deutscher Abend 9 1/2 Uhr, Koenigsplatz 11/12: Herberordentliche Versammlung: „Die Gründung einer Hilfskassenkasse durch die Freie.“

**Deutscher Arbeiter-Adjuvanten-Verband.** Ortsgruppe Berlin. Heute abend pünktlich 8 1/2 Uhr im Restaurant „Zur Lebensquelle“, Kommandantenstr. 20: Lichtübertragung des Genossen Ernst-Wernigerode über „Das Werden der Welt“. Eintritt 20 Pf. Gäste willkommen.

**Sozialdemokratischer Les- und Diskussionsklub „Mehr Licht.“** Deutscher Abend 8 1/2 Uhr bei Knap, Grünhaldener Straße 5: Vortrag des Genossen Dr. Seigler über „Reformismus und Radikalismus“. Gäste willkommen.

**Kathreiners Malzkaffee ist das gesündeste Kaffeegetränk!**

Eigene Werkstätten!

# Möbelfabrik

## Julius Apelt, Tischler-Meister

jetzt: Adalbertstraße No. 6 Hochbahnhof Kottbuser Tor

### Komplette Wohnungs-Einrichtungen

Moderne Musterzimmer :: von den einfachsten :: stehen zur Ansicht bis zu den elegantesten

zu soliden Preisen in meinen modern eingerichteten zirka 1000-Meter umfassenden Geschäftsräumen.



Für bestes u. trockenes Material garantiert! Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten.

### Hygienische

Bedarfsartikel. Neuest. Katalog. Empfehlung. A. S. Prof. Dr. v. H. Unger, Gummiwarenfabrik Berlin NW. Friedrichstrasse 91/92

Von der Reise zurück  
**Dr. med. S. Levy**  
Petersburger Str. 81.

### 1908er Gänse, Enten

liefert franco garantiert leb. Ankunft 10 Stück weiße, ganz ausgewachsene Gänse 33 Mk., 13 ganz ausgewachsene Enten 19 Mk. **Schneider, Wilschütz, Str. 2, D. 2.** 214/7

### Bettfedern,

Betten, Inlette kauf. Sie am besten Hornstr. 2 b. Neumann.



### Singer Nähmaschinen.

Einfache Handhabung! Große Haltbarkeit! Hohe Arbeitsleistung!

Weltausstellung Grand Prix Paris 1900: Weltausstellung St. Louis 1904.

Unentgeltlicher Unterricht, auch in moderner Anstalt.

Elektromotore für Nähmaschinenbetrieb.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges. Berlin W., Leipzigerstr. 92. Filialen in allen Stadtteilen

### Ruhigster Schlaf auf

neuesten, absolut geräuschlosen

### Patent-Matratzen

von Westphahl & Reinhold, Berlin, Charlottenstr. 29/30. Beachte Stempel! Überall erhältlich.

Metallbettstellen in jeder Preislage.

### ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

## Kleine Anzeigen

### Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (setzgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (setzgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

### Verkäufe.

**Teppiche** mit Vorzeichen, Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre, Mauerhoff. Vormärtsleier 6 Prozent Rabatt. 17468\*

**Teppiche** billigt Fabrik, Große Frankfurterstraße 9, parterre, Mauerhoff. 17478\*

**Gardinenhaus**, Große Frankfurterstraße 9, parterre, Mauerhoff. 17478\*

**Gastronen**, Petroleumkronen ohne Anzählung, Woche 1,00. Louis Böttcher (selbst) Borghagenstraße 32 (Bahnverbindung Borsigherstraße), Steinendorferstraße 116, Schönhauser Allee 80, Potsdamerstraße 81, Nordor, Kaiser Friedrichstraße 247. 25411\*

**Teppiche!** (Jederballe) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Odeker Markt 4, Bahnhof Ecke. 25411\*

**Installationen** und Gabeln laufen Bronzegastronen, Zugampfen, Gasbeleuchtungen, Gegenstände, Gängegasbrenner allerbillig! Großhandlung Alte Jakobstraße 125. Geschäftsteilhaber Engrosrabatt. 10048\*

**Teppiche** (Jederballe) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Odeker Markt 4, Bahnhof Ecke. 25411\*

**1000 neue** Nähmaschinen, Langschiff, hocharmig, prima Qualität, jede auf Abzahlung ohne Anzahlung. Drei Jahre volle Garantie. Weltmann, Solmsstraße 23, nahe der Landsbergerstraße. Alle Maßgaben nehmen in Zahlung. 7933\*

**Gastronen**!!! Wasagstr. 9/10, Solmsstraße 16/17, Gashöhlerstr. 14, Schaufensterlicht, Gashöhlerstr. 10/11, Treibschiff, Gashöhlerstr. 3/4, Solmsstr. 11/12, Solmsstr. 3/4. 11208\*

**Humboldt** in allen Größen und Preislagen jetzt bedeutend unter Preis. 12288\*

**Möbelstoffe**, Reste in Bolle und Blau in allen Farben. E. Weisenberg, Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 12288\*

**1000 neue** Nähmaschinen, Langschiff, hocharmig, prima Qualität, jede auf Abzahlung ohne Anzahlung. Drei Jahre volle Garantie. Weltmann, Solmsstraße 23, nahe der Landsbergerstraße. Alle Maßgaben nehmen in Zahlung. 7933\*

**Gastronen**!!! Wasagstr. 9/10, Solmsstraße 16/17, Gashöhlerstr. 14, Schaufensterlicht, Gashöhlerstr. 10/11, Treibschiff, Gashöhlerstr. 3/4, Solmsstr. 11/12, Solmsstr. 3/4. 11208\*

**Humboldt** in allen Größen und Preislagen jetzt bedeutend unter Preis. 12288\*

**Möbelstoffe**, Reste in Bolle und Blau in allen Farben. E. Weisenberg, Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 12288\*

**1000 neue** Nähmaschinen, Langschiff, hocharmig, prima Qualität, jede auf Abzahlung ohne Anzahlung. Drei Jahre volle Garantie. Weltmann, Solmsstraße 23, nahe der Landsbergerstraße. Alle Maßgaben nehmen in Zahlung. 7933\*

**Gastronen**!!! Wasagstr. 9/10, Solmsstraße 16/17, Gashöhlerstr. 14, Schaufensterlicht, Gashöhlerstr. 10/11, Treibschiff, Gashöhlerstr. 3/4, Solmsstr. 11/12, Solmsstr. 3/4. 11208\*

**Humboldt** in allen Größen und Preislagen jetzt bedeutend unter Preis. 12288\*

**Möbelstoffe**, Reste in Bolle und Blau in allen Farben. E. Weisenberg, Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 12288\*

**1000 neue** Nähmaschinen, Langschiff, hocharmig, prima Qualität, jede auf Abzahlung ohne Anzahlung. Drei Jahre volle Garantie. Weltmann, Solmsstraße 23, nahe der Landsbergerstraße. Alle Maßgaben nehmen in Zahlung. 7933\*

**Gastronen**!!! Wasagstr. 9/10, Solmsstraße 16/17, Gashöhlerstr. 14, Schaufensterlicht, Gashöhlerstr. 10/11, Treibschiff, Gashöhlerstr. 3/4, Solmsstr. 11/12, Solmsstr. 3/4. 11208\*

**Humboldt** in allen Größen und Preislagen jetzt bedeutend unter Preis. 12288\*

**Möbelstoffe**, Reste in Bolle und Blau in allen Farben. E. Weisenberg, Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 12288\*

**1000 neue** Nähmaschinen, Langschiff, hocharmig, prima Qualität, jede auf Abzahlung ohne Anzahlung. Drei Jahre volle Garantie. Weltmann, Solmsstraße 23, nahe der Landsbergerstraße. Alle Maßgaben nehmen in Zahlung. 7933\*

**Gastronen**!!! Wasagstr. 9/10, Solmsstraße 16/17, Gashöhlerstr. 14, Schaufensterlicht, Gashöhlerstr. 10/11, Treibschiff, Gashöhlerstr. 3/4, Solmsstr. 11/12, Solmsstr. 3/4. 11208\*

**Humboldt** in allen Größen und Preislagen jetzt bedeutend unter Preis. 12288\*

**Möbelstoffe**, Reste in Bolle und Blau in allen Farben. E. Weisenberg, Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 12288\*

**1000 neue** Nähmaschinen, Langschiff, hocharmig, prima Qualität, jede auf Abzahlung ohne Anzahlung. Drei Jahre volle Garantie. Weltmann, Solmsstraße 23, nahe der Landsbergerstraße. Alle Maßgaben nehmen in Zahlung. 7933\*

**Gastronen**!!! Wasagstr. 9/10, Solmsstraße 16/17, Gashöhlerstr. 14, Schaufensterlicht, Gashöhlerstr. 10/11, Treibschiff, Gashöhlerstr. 3/4, Solmsstr. 11/12, Solmsstr. 3/4. 11208\*

**Humboldt** in allen Größen und Preislagen jetzt bedeutend unter Preis. 12288\*

**Möbelstoffe**, Reste in Bolle und Blau in allen Farben. E. Weisenberg, Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 12288\*

**1000 neue** Nähmaschinen, Langschiff, hocharmig, prima Qualität, jede auf Abzahlung ohne Anzahlung. Drei Jahre volle Garantie. Weltmann, Solmsstraße 23, nahe der Landsbergerstraße. Alle Maßgaben nehmen in Zahlung. 7933\*

**Gastronen**!!! Wasagstr. 9/10, Solmsstraße 16/17, Gashöhlerstr. 14, Schaufensterlicht, Gashöhlerstr. 10/11, Treibschiff, Gashöhlerstr. 3/4, Solmsstr. 11/12, Solmsstr. 3/4. 11208\*

**Humboldt** in allen Größen und Preislagen jetzt bedeutend unter Preis. 12288\*

**Möbelstoffe**, Reste in Bolle und Blau in allen Farben. E. Weisenberg, Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 12288\*

**1000 neue** Nähmaschinen, Langschiff, hocharmig, prima Qualität, jede auf Abzahlung ohne Anzahlung. Drei Jahre volle Garantie. Weltmann, Solmsstraße 23, nahe der Landsbergerstraße. Alle Maßgaben nehmen in Zahlung. 7933\*

### 1908er Gänse, Enten

liefert franco garantiert leb. Ankunft 10 Stück weiße, ganz ausgewachsene Gänse 33 Mk., 13 ganz ausgewachsene Enten 19 Mk. **Schneider, Wilschütz, Str. 2, D. 2.** 214/7

**Partiell**, Vereinzimmer, Umrahmte 20 bis 30 Halbe, verlässlich. Preis 3000,00, Riese 1900,00. Erfragen: Expedition Kieferstraße 36. 763

**Reparation**, gutgehendes Geschäft, zu verkaufen Möbeldorferstraße 2. 745

**Jungbier**, Ventilations-Niederlage eventuell Einrichtung verlässlich Rammstraße 51. 17876

**Grüntraumgeschäft**, Rolle, Barenbestand, 600,- verlässlich, Weinstraße 2. 7140

**Milchgeschäft** wegen Todesfall billig verlässlich Lindenstraße 59.

**Milchgeschäft**, reelles, preiswert zu verkaufen Bödikerstraße 32. 7118

### Möbel.

**Reparation** muß wegen anderem Geschäft sofort verkaufen, 700,00 erforderlich, 91,00 Riese. Erfragen: Hochhäuserstraße 23, Nigarrengehoft.

**Partiell**, Vereinzimmer, Umrahmte 20 bis 30 Halbe, verlässlich. Preis 3000,00, Riese 1900,00. Erfragen: Expedition Kieferstraße 36. 763

**Reparation**, gutgehendes Geschäft, zu verkaufen Möbeldorferstraße 2. 745

**Jungbier**, Ventilations-Niederlage eventuell Einrichtung verlässlich Rammstraße 51. 17876

**Grüntraumgeschäft**, Rolle, Barenbestand, 600,- verlässlich, Weinstraße 2. 7140

**Milchgeschäft** wegen Todesfall billig verlässlich Lindenstraße 59.

**Milchgeschäft**, reelles, preiswert zu verkaufen Bödikerstraße 32. 7118

**Möbel**, auf Teilzahlung, Möbeldorferstraße 2, 745

**Möbel**, auf Teilzahlung, Möbeldorferstraße 2, 745

**Möbel**, auf Teilzahlung, Möbeldorferstraße 2, 745

**Möbel**, auf Teilzahlung, Möbeldorferstraße 2, 745

**Möbel**, auf Teilzahlung, Möbeldorferstraße 2, 745

**Möbel**, auf Teilzahlung, Möbeldorferstraße 2, 745

**Möbel**, auf Teilzahlung, Möbeldorferstraße 2, 745

**Möbel**, auf Teilzahlung, Möbeldorferstraße 2, 745

**Möbel**, auf Teilzahlung, Möbeldorferstraße 2, 745

**Möbel**, auf Teilzahlung, Möbeldorferstraße 2, 745

**Möbel**, auf Teilzahlung, Möbeldorferstraße 2, 745

**Möbel**, auf Teilzahlung, Möbeldorferstraße 2, 745

**Möbel**, auf Teilzahlung, Möbeldorferstraße 2, 745

**Möbel**, auf Teilzahlung, Möbeldorferstraße 2, 745

**Möbel**, auf Teilzahlung, Möbeldorferstraße 2, 745

**Möbel**, auf Teilzahlung, Möbeldorferstraße 2, 745

**Möbel**, auf Teilzahlung, Möbeldorferstraße 2, 745

**Möbel**, auf Teilzahlung, Möbeldorferstraße 2, 745

**Möbel**, auf Teilzahlung, Möbeldorferstraße 2, 745

**Möbel**, auf Teilzahlung, Möbeldorferstraße 2, 745

**Möbel**, auf Teilzahlung, Möbeldorferstraße 2, 745

**Möbel**, auf Teilzahlung, Möbeldorferstraße 2, 745

**Möbel**, auf Teilzahlung, Möbeldorferstraße 2, 745

**Möbel**, auf Teilzahlung, Möbeldorferstraße 2, 745

**Möbel**, auf Teilzahlung, Möbeldorferstraße 2, 745

**Möbel**, auf Teilzahlung, Möbeldorferstraße 2, 745

**Möbel**, auf Teilzahlung, Möbeldorferstraße 2, 745

**Möbel**, auf Teilzahlung, Möbeldorferstraße 2, 745

**Möbel**, auf Teilzahlung, Möbeldorferstraße 2, 745

**Möbel**, auf Teilzahlung, Möbeldorferstraße 2, 745

**Möbel**, auf Teilzahlung, Möbeldorferstraße 2, 745

### Wegeneinrichtungen

berühmter Möbel, ganzer Wirtschaften sowie neuer Einrichtungen billigt. Nach Teilzahlung. Vormärtsleier erhalten 3 Prozent. Neumann, Tadelberger, Dranienstraße 202. 1182\*

**Möbel** direkt an Private zu Fabrikpreisen. Außerdem enorm billig neue Möbel, Teppiche, Kronen aus Aufhängungen und Plandungen. Beschaffung lohnend. Stube und Küche 175,-, hochlegant 200,-. Zwei Stube und hochmoderne Küche 450,-. Kuchenschrank und Eichen-Bücherei. Speisezimmer, Herrenzimmer bedeutend unter Preis. Saloneinrichtung 320,-, moderne Küche 48,-, Büfette, Stühle, große Salenträume 28,-, Chaiselongue mit Bruchteile 22,50, Kleiderpind 24,-, Plüschsofa, Schreibische 34,-, Salomantel, Ruchbetten 38,-, allerhöchste Zimmerteppiche 8,-, Salonteppiche 13,-, Parkteppiche 33,-, reichgehaltene Plüschportieren 8,50, Spachtelsofa 3,50, Tülbüde 2,50, Bilder, Gastronen. Max Hoffmann, Möbeldorferstraße, Friedrichstraße 6. Hochbahnstation Hallesches Tor. Lagerung und Transport auch außerhalb kostenfrei. Sonntags geöffnet. \*

**Möbelangebot**. Im Anhalter Bahnhof Möbeldorferstraße 25. Anhalter Innenausbau, direkt Hochbahnstation Möbeldorferstraße, stehen verschiedene Einrichtungen zum Verkauf. Darunter befinden sich hochmoderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, auch einzelne Solongarnituren, Paneele, Bibliotheken, Antikleiderstühle, Kuchenschrank, Bronzestronen, Elgemale, Schreibische 28,00, Kuchentische mit prachtvoller Elgemale 22,50, wunderbare Salenträume 30,00, hochlegante Salonteppiche, schon 14,00 bis zu allerhöchsten Salonteppiche 8,00, reichgehaltene Zimmerteppiche 8,00, reichgehaltene Ledergarnituren, Spachtelsofa, Plüschgarnitur, Stühle, Salonbilder, Stühle, prachtvolle Plüschbetten 5,00. Verschiedene Gelegenheiten, Ledermöbel vollständig. Barendlager, Wirtschaften, Kontormöbel, Kuchentische zum schnellen Verkauf und Verteilung. Otto Hildebrandt, Möbeldorferstraße 25. Kostloser Transport. Lagerung. 11465\*

**Wegeneinrichtungen** zurückgekauft, berühmter Möbel, ganzer Wirtschaften sowie neuer Einrichtungen billigt. Nach Teilzahlung. Vormärtsleier erhalten 3 Prozent. Neumann, Tadelberger, Dranienstraße 202. 1182\*

**Möbel** direkt an Private zu Fabrikpreisen. Außerdem enorm billig neue Möbel, Teppiche, Kronen aus Aufhängungen und Plandungen. Beschaffung lohnend. Stube und Küche 175,-, hochlegant 200,-. Zwei Stube und hochmoderne Küche 450,-. Kuchenschrank und Eichen-Bücherei. Speisezimmer, Herrenzimmer bedeutend unter Preis. Saloneinrichtung 320,-, moderne Küche 48,-, Büfette, Stühle, große Salenträume 28,-, Chaiselongue mit Bruchteile 22,50, Kleiderpind 24,-, Plüschsofa, Schreibische 34,-, Salomantel, Ruchbetten 38,-, allerhöchste Zimmerteppiche 8,-, Salonteppiche 13,-, Parkteppiche 33,-, reichgehaltene Plüschportieren 8,50, Spachtelsofa 3,50, Tülbüde 2,50, Bilder, Gastronen. Max Hoffmann, Möbeldorferstraße, Friedrichstraße 6. Hochbahnstation Hallesches Tor. Lagerung und Transport auch außerhalb kostenfrei. Sonntags geöffnet. \*

**Möbelangebot**. Im Anhalter Bahnhof Möbeldorferstraße 25. Anhalter Innenausbau, direkt Hochbahnstation Möbeldorferstraße, stehen verschiedene Einrichtungen zum Verkauf. Darunter befinden sich hochmoderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, auch einzelne Solongarnituren, Paneele, Bibliotheken, Antikleiderstühle, Kuchenschrank, Bronzestronen, Elgemale, Schreibische 28,00, Kuchentische mit prachtvoller Elgemale 22,50, wunderbare Salenträume 30,00, hochlegante Salonteppiche, schon 14,00 bis zu allerhöchsten Salonteppiche 8,00, reichgehaltene Zimmerteppiche 8,00, reichgehaltene Ledergarnituren, Spachtelsofa, Plüschgarnitur, Stühle, Salonbilder, Stühle, prachtvolle Plüschbetten 5,00. Verschiedene Gelegenheiten, Ledermöbel vollständig. Barendlager, Wirtschaften, Kontormöbel, Kuchentische zum schnellen Verkauf und Verteilung. Otto Hildebrandt, Möbeldorferstraße 25. Kostloser Transport. Lagerung. 11465\*

**Wegeneinrichtungen** zurückgekauft, berühmter Möbel, ganzer Wirtschaften sowie neuer Einrichtungen billigt. Nach Teilzahlung. Vormärtsleier erhalten 3 Prozent. Neumann, Tadelberger, Dranienstraße 202. 1182\*

**Möbel** direkt an Private zu Fabrikpreisen. Außerdem enorm billig neue Möbel, Teppiche, Kronen aus Aufhängungen und Plandungen. Beschaffung lohnend. Stube und Küche 175,-, hochlegant 200,-. Zwei Stube und hochmoderne Küche 450,-. Kuchenschrank und Eichen-Bücherei. Speisezimmer, Herrenzimmer bedeutend unter Preis. Saloneinrichtung 320,-, moderne Küche 48,-, Büfette, Stühle, große Salenträume 28,-, Chaiselongue mit Bruchteile 22,50, Kleiderpind 24,-, Plüschsofa, Schreibische 34,-, Salomantel, Ruchbetten 38,-, allerhöchste Zimmerteppiche 8,-, Salonteppiche 13,-, Parkteppiche 33,-, reichgehaltene Plüschportieren 8,50, Spachtelsofa 3,50, Tülbüde 2,50, Bilder, Gastronen. Max Hoffmann, Möbeldorferstraße, Friedrichstraße 6. Hochbahnstation Hallesches Tor. Lagerung und Transport auch außerhalb kostenfrei. Sonntags geöffnet. \*

**Möbelangebot**. Im Anhalter Bahnhof Möbeldorferstraße 25. Anhalter Innenausbau, direkt Hochbahnstation Möbeldorferstraße, stehen verschiedene Einrichtungen zum Verkauf. Darunter befinden sich hochmoderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, auch einzelne Solongarnituren, Paneele, Bibliotheken, Antikleiderstühle, Kuchenschrank, Bronzestronen, Elgemale, Schreibische 28,00, Kuchentische mit prachtvoller Elgemale 22,50, wunderbare Salenträume 30,00, hochlegante Salonteppiche, schon 14,00 bis zu allerhöchsten Salonteppiche 8,00, reichgehaltene Zimmerteppiche 8,00, reichgehaltene Ledergarnituren, Spachtelsofa, Plüschgarnitur, Stühle, Salonbilder, Stühle, prachtvolle Plüschbetten 5,00. Verschiedene Gelegenheiten, Ledermöbel vollständig. Barendlager, Wirtschaften, Kontormöbel, Kuchentische zum schnellen Verkauf und Verteilung. Otto Hildebrandt, Möbeldorferstraße 25. Kostloser Transport. Lagerung. 11465\*

**Wegeneinrichtungen** zurückgekauft, berühmter Möbel, ganzer Wirtschaften sowie neuer Einrichtungen billigt. Nach Teilzahlung. Vormärtsleier erhalten 3 Prozent. Neumann, Tadelberger, Dranienstraße 202. 1182\*

**Möbel** direkt an Private zu Fabrikpreisen. Außerdem enorm billig neue Möbel, Teppiche, Kronen aus Aufhängungen und Plandungen. Beschaffung lohnend. Stube und Küche 175,-, hochlegant 200,-. Zwei Stube und hochmoderne Küche 450,-. Kuchenschrank und Eichen-Bücherei. Speisezimmer, Herrenzimmer bedeutend unter Preis. Saloneinrichtung 320,-, moderne Küche 48,-, Büfette, Stühle, große Salenträume 28,-, Chaiselongue mit Bruchteile 22,50, Kleiderpind 24,-, Plüschsofa, Schreibische 34,-, Salomantel, Ruchbetten 38,-, allerhöchste Zimmerteppiche 8,-, Salonteppiche 13,-, Parkteppiche 33,-, reichgehaltene Plüschportieren 8,50, Spachtelsofa 3,50, Tülbüde 2,50, Bilder, Gastronen. Max Hoffmann, Möbeldorferstraße, Friedrichstraße 6. Hochbahnstation Hallesches Tor. Lagerung und Transport auch außerhalb kostenfrei. Sonntags geöffnet. \*

**Möbelangebot**. Im Anhalter Bahnhof Möbeldorferstraße 25. Anhalter Innenausbau, direkt Hochbahnstation Möbeldorferstraße, stehen verschiedene Einrichtungen zum Verkauf. Darunter befinden sich hochmoderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, auch einzelne Solongarnituren, Paneele, Bibliotheken, Antikleiderstühle, Kuchenschrank, Bronzestronen, Elgemale, Schreibische 28,00, Kuchentische mit prachtvoller Elgemale 22,50, wunderbare Salenträume 30,00, hochlegante Salonteppiche, schon 14,00 bis zu allerhöchsten Salonteppiche 8,00, reichgehaltene Zimmerteppiche 8,00, reichgehaltene Ledergarnituren, Spachtelsofa, Plüschgarnitur, Stühle, Salonbilder, Stühle, prachtvolle Plüschbetten 5,00. Verschiedene Gelegenheiten, Ledermöbel vollständig. Barendlager, Wirtschaften, Kontormöbel, Kuchentische zum schnellen Verkauf und Verteilung. Otto Hildebrandt, Möbeldorferstraße 25. Kostloser Transport. Lagerung. 11465\*

**Wegeneinrichtungen** zurückgekauft, berühmter Möbel, ganzer Wirtschaften sowie neuer Einrichtungen billigt. Nach Teilzahlung. Vormärtsleier erhalten 3 Prozent. Neumann, Tadelberger, Dranienstraße 202. 1182\*

**Möbel** direkt an Private zu Fabrikpreisen. Außerdem enorm billig neue Möbel, Teppiche, Kronen aus Aufhängungen und Plandungen. Beschaffung lohnend. Stube und Küche 175,-, hochlegant 200,-. Zwei Stube und hochmoderne Küche 450,-. Kuchenschrank und Eichen-Bücherei. Speisezimmer, Herrenzimmer bedeutend unter Preis. Saloneinrichtung 320,-, moderne Küche 48,-, Büfette, Stühle, große Salenträume 28,-, Chaiselongue mit Bruchteile 22,50, Kleiderpind 24,-, Plüschsofa, Schreibische 34,-, Salomantel, Ruchbetten 38,-, allerhöchste Zimmerteppiche 8,-, Salonteppiche 13,-, Parkteppiche 33,-, reichgehaltene Plüschportieren 8,50, Spachtelsofa 3,50, Tülbüde 2,50, Bilder, Gastronen. Max Hoffmann, Möbeldorferstraße, Friedrichstraße 6. Hochbahnstation Hallesches Tor. Lagerung und Transport auch außerhalb kostenfrei. Sonntags geöffnet. \*

**Möbelangebot**. Im Anhalter Bahnhof Möbeldorferstraße 25. Anhalter Innenausbau, direkt Hochbahnstation Möbeldorferstraße, stehen verschiedene Einrichtungen zum Verkauf. Darunter befinden sich hochmoderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, auch einzelne Solongarnituren, Paneele, Bibliotheken, Antikleiderstühle, Kuchenschrank, Bronzestronen, Elgemale, Schreibische 28,00, Kuchentische mit prachtvoller Elgemale 22,50, wunderbare Salenträume 30,00, hochlegante Salonteppiche, schon 14,00 bis zu allerhöchsten Salonteppiche 8,00, reichgehaltene Zimmerteppiche 8,00, reichgehaltene Ledergarnituren, Spachtelsofa, Plüschgarnitur, Stühle, Salonbilder, Stühle, prachtvolle Plüschbetten 5,00. Verschiedene Gelegenheiten, Ledermöbel vollständig. Barendlager, Wirtschaften, Kontormöbel, Kuchentische zum schnellen Verkauf und Verteilung. Otto Hildebrandt, Möbeldorferstraße 25. Kostloser Transport. Lagerung. 11465\*

**Wegeneinrichtungen** zurückgekauft, berühmter Möbel, ganzer Wirtschaften sowie neuer Einrichtungen billigt. Nach Teilzahlung. Vormärtsleier erhalten 3 Prozent. Neumann, Tadelberger, Dranienstraße 202. 1182\*

**Möbel** direkt an Private zu Fabrikpreisen. Außerdem enorm billig neue Möbel, Teppiche, Kronen aus Aufhängungen und Plandungen. Beschaffung lohnend. Stube und Küche 175,-, hochlegant 200,-. Zwei Stube und hochmoderne Küche 450,-. Kuchenschrank und Eichen-Bücherei. Speisezimmer, Herrenzimmer bedeutend unter Preis. Saloneinrichtung 320,-, moderne Küche 48,-, Büfette, Stühle, große Salenträume 28,-, Chaiselongue mit Bruchteile 22,50, Kleiderpind 24,-, Plüschsofa, Schreibische 34,-, Salomantel, Ruchbetten 38,-, allerhöchste Zimmerteppiche 8,-, Salonteppiche 13,-, Parkteppiche 33,-, reichgehaltene Plüschportieren 8,50, Spachtelsofa 3,50, Tülbüde 2,50, Bilder, Gastronen. Max Hoffmann, Möbeldorferstraße, Friedrichstraße 6. Hochbahnstation Hallesches Tor. Lagerung und Transport auch außerhalb kostenfrei. Sonntags geöffnet. \*

**Möbelangebot**. Im Anhalter Bahnhof Möbeldorferstraße 25. Anhalter Innenausbau, direkt Hochbahnstation Möbeldorferstraße, stehen verschiedene Einrichtungen zum Verkauf. Darunter befinden sich hochmoderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, auch einzelne Solongarnituren, Paneele, Bibliotheken, Antikleiderstühle, Kuchenschrank, Bronzestronen, Elgemale, Schreibische 28,00, Kuchentische mit prachtvoller Elgemale 22,50, wunderbare Salenträume 30,00, hochlegante Salonteppiche, schon 14,00 bis zu allerhöchsten Salonteppiche 8,00, reichgehaltene Zimmerteppiche 8,00, reichgehaltene Ledergarnituren, Spachtelsofa, Plüschgarnitur, Stühle, Salonbilder, Stühle, prachtvolle Plüschbetten 5,00. Verschiedene Gelegenheiten, Ledermöbel vollständig. Barendlager, Wirtschaften, Kontormöbel, Kuchentische zum schnellen Verkauf und Verteilung. Otto



Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Sonntag, den 27. September, abends 6 Uhr findet im großen Saale der Armenhallen, Kommandantenstr. 58/59, eine Versammlung für Männer und Frauen statt. Genosse Sommer spricht über: „Arbeitslosigkeit und Kirche“.

Lichtenberg. Heute abend 8 1/2 Uhr findet im „Schwarzen Adler“ (Zsh. Gebr. Krenholz), Frankfurter Chaussee 5, die Mitglieder-Versammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Bericht vom Parteitag in Nürnberg. Referent: Genosse W. Däwll.

Bernau. Morgen Freitag findet von 7 Uhr abends an eine Handzettelverbreitung vom Restaurant Künze aus statt. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Herbstbild.

Vom Bahnhof in Spandau führt uns eine Straßenbahn in einer Viertelstunde nach Hafensfelde. Vom Endpunkte der Bahn aus verfolgen wir geradeaus den Waldweg nach Nieder-Neuendorf. Rechts und links begleiten uns die schon nahezu entlaubten Stämme einer in Nordamerika heimischen Baumart, des eschenblättrigen Ahorns, aus dessen niedrigen Kronen hier und da in Trauben die mit breiten Windexen versehenen Früchte herabhängen.

Wie eine einzige, rotbraune Fläche erstreckt es sich nach beiden Seiten. Mächtige Rasen einer hohen Seggenart sind die Träger der herbstlichen Farbe. In gleicher Höhe schließen sie zusammen; in leise Wellen legt sie der Wind, der unausgesetzt über uns in den Wipfeln rauscht.

Wir gehen den Damm zu Ende und wenden uns dann sogleich auf einem grasigen schmalen Fußwege nach links. Er führt am Moor entlang, von diesem durch eine Zone von Erlen getrennt, die bisweilen noch einmal eine Wäld auf die braune Moorfläche frei geben.

Arbeiterpolitik der städtischen Parkverwaltung.

Jährlich, im Herbst, wenn die Blätter fallen, finden in der städtischen Parkverwaltung Entlassungen im größeren Umfang statt. Die Entlassenen sind meistens ältere Leute, die sich bei den notorisch niedrigen Löhnen der Parkverwaltung keine Erparnisse machen können, um in der arbeitslosen Zeit davon leben zu können; andere Arbeit zu finden bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Depression ist aber so gut wie ausgeschlossen.

Kleinmeisterliche Rückständigkeit.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß es in manchen Badstuben nicht zugeht, wie es hinsichtlich einer hygienisch einwandfreien und der Anforderungen der Sauberkeit entsprechenden Herstellung der Badstube verlangt werden muß. Gibt es doch immer noch eine große Anzahl von Badstuben, in denen die Bedingungen für größte Sauberkeit gar nicht erfüllt werden können und die außerdem noch eine Gefahr für die Gesundheit der in solchen Kellern beschäftigten Arbeiter in sich bergen.

auf die räumliche Beschaffenheit der Badhäuser Rechnung getragen werden soll. Diese Änderungen hätte natürlich der Hausbesitzer vorzunehmen. Da aber in den allermeisten Fällen die Badmeister selbst Besitzer der Häuser sind, in denen Betriebe liegen, so erklärt es sich, daß die Badmeister nicht nur in dieser ihrer Eigenschaft, sondern auch als Hausbesitzer gegen die neue Verordnungssturm laufen.

Es ist das alte Lied. Jedesmal, wenn in irgend einem Gewerbebetriebe auch nur die kleinste zeitgemäße Reform eingeführt werden soll, versichern die Inhaber und Kautzler solcher Betriebe, sie mühten daran zugrunde gehen.

Kürzlich hat der Germania-Verband der Bäderinnungen seinen Verbandstag in Hannover abgehalten. Eine solche Gelegenheit konnte natürlich nicht vorübergehen, ohne daß die Badmeister in der schärfsten Form gegen die von den Behörden geforderten witzigen Reformen protestierten und den Untergang des Bädergewerbes voraussetzten für den Fall, daß man die Kleinmeister nicht ungestört im alten Schlandrian fortführen lasse.

Staubend, aber mit innerem Unbehagen betrachteten die rückständigen Kleinmeister die ausgestellten Musterbäderereien. Die gemischten Gefühle, die den Innungsmeister angeht, der Musterbäderereien besichtigt, gibt einer aus ihren Reihen in einer feuilletonistischen Blaubei in offiziellen Organ des Germania-Innungsverbandes vererbten Ausdruck.

Und so wills die Ironie, daß im Ausstellungsparc Tausenden die Musterbäderereien gezeigt und jubelnd vorgeführt werden, während im Verhandlungslokal in lauten Tönen gerufen wird: „Lacht und unternimmt alten Badhäuser, die schon der Urgröbster hatte.“

Also das ist die Weisheit des „Alten“: Man veranstalte keine Ausstellungen, man zeige dem Publikum nicht, daß es auch im Bädergewerbe vorzügliche technische Einrichtungen gibt, denn sonst könnte ja verlangt werden, daß die Badstube überhaupt in der einwandfreien Weise hergestellt wird.

So schreibt ein berufener Vertreter der Germania-Innungsbädermeister und er spricht damit aus, was seine Kollegen denken: Der Hauptzweck einer Bädererei ist der, daß sie ihren Inhaber nährt, möge es auch in der Badstube so aussehen, daß jeder, der einen Blick in dieselbe wirft, sich schauernd abwendet und den Appetit auf die in solchen Betrieben hergestellte Badstube verliert.

Die Königl. Museen im Winter. Das Alte, Neue, Kaiser-Friedrich- und Kunstgewerbe-Museum, die Nationalgalerie, das Museum für Völkerkunde sowie die Sammlung für deutsche Volkstümlichkeiten werden an den Sonntagen und am zweiten Weihnachtsfeiertage von 12 Uhr ab, im Oktober und März bis 5. November und Februar bis 4. Dezember und Januar bis 3. März offengehalten werden.

Die Garderobeaufbewahrung im Freibad Wannsee ist im „Vorwärts“ wiederholt besprochen worden. Wir haben Verschiedenen wieder, die uns von Besuchern dieses Freibades zugegangen waren. Manche Besucher hatten es als lästig empfunden, daß von den Garderobenfrauen allzudeutlich der Wunsch bekundet wurde, für Aufbewahrung der Kleider usw. ein Trinkgeld entgegenzunehmen zu dürfen.

Im Freibad Wannsee gibt es sechs Garderobenzellen, vier für Herren und zwei für Damen. Beim Eintritt in das Freibad sind 10 Pf. zu zahlen, wofür man zugleich den Anspruch auf unentgeltliche Aufbewahrung der Garderobe erwirbt. Wo bleiben die 10 Pf.? In wessen Tasche fliehen sie? Die Besucher müssen annehmen, daß sie zur Entlohnung der Garderobenfrauen verwendet werden. Das ist aber ein Irrtum.

Auch die Verluste an Kleidungsstücken usw., die im Freibad Wannsee vorgekommen sind, erscheinen in einem etwas anderen Licht, wenn man sie vom Standpunkte der Garderobenfrauen aus betrachtet. Es soll keine Seltenheit sein, daß Besucher einzelne Kleidungsstücke verlieren, noch ehe sie an das Garderobenzell herangelangen. Herren ziehen im Geben Rod und Weste aus, lösen Krawatte und Strümpfe usw. hierhin und dahin, lassen achlos das eine oder das andere liegen und schlagen hinterher Lärm, wenn die Garderobenfrau nicht zurückgeben kann, was ihr nicht eingehändigt wurde.

Neue Bestimmungen für die Barbier- und Friseurgeschäfte treten am 1. Oktober in Kraft. Die neuen Vorschriften, welche eine wesentliche Verschärfung der bereits bestehenden Bestimmungen herbeiführen, sind Sanitätsmaßnahmen, durch welche jede Möglichkeit einer Krankheitsübertragung von einer Person auf die andere verhindert werden soll.

Die städtische Straßenbahn

erfreut sich fortgesetzt einer steigenden Frequenz, wie die nachstehende, der Verkehrsdeputation vorgelegte Zusammenstellung für den Monat August erweist.

Table with 2 columns: A. Einnahmen and B. Beförderte Personen. Includes rows for Fahrkarten, Monatskarten, Schülerkarten, Arbeiterwochenkarten, and diverse Einnahmen.

(gegen 44 884,55 M. im Juli 1908, d. i. = 1640,00 M. Tageseinnahme (gegen 1448,00 M. im Juli 1908).

Table with 2 columns: C. Beförderte Wagenkilometer. Includes rows for Fahrkarte and Zeitkarten.

(gegen 85 149 Motor-Wagenkilometer im Juli 1908).

Die Betriebseinnahme (A. 1-5) betrug im August 56,9 Pf. pro Wagenkilometer (gegen 52,7 Pf. pro Wagenkilometer im Juli 1908). Auch für den September läßt sich schon jetzt von einer weiteren Steigerung berichten.

Vorschuhforbeeren für Rugdan.

Unter vorstehender Ueberschrift lesen wir in der „Deutschen Medizinischen Presse“: „In der Berliner Ärzte-Korrespondenz“ empfiehlt Herr J. Schwabe den Kollegen, für die Wahl Rugdans zum Stadtverordneten einzutreten; nur so sei eine Förderung der Stadthygiene zu erwarten.

Für den ausnahmslosen Aktubrillendruck erklärte sich eine zahlreiche besuchte Versammlung von Angestellten in Blumengeschäften, die am Dienstag in Dräsel's Saal tagte. Bekannlich vertritt der Magistrat von Berlin den Stand-

Punkt, daß neben den Zigarrengeschäften auch die Blumengeschäfte vom Auktionsverbot ausgenommen werden sollen. — **W a s n i k**, der in der Versammlung referierte, wandte sich gegen das Verlangen einer solchen Ausnahmebestimmung. Die Gründe, welche im Magistrat zugunsten der Ausnahme geltend gemacht wurden, seien hinsichtlich der Angelegenheiten in Blumengeschäften haben ebenso wie die Angelegenheiten anderer Branchen Anspruch auf den Auktionsverbot, um so mehr, als sie nach Schluß des Geschäfts noch manche Arbeiten zu erledigen haben, die notwendig sind, um die Blumen und Pflanzen vor dem Verwelken zu schützen. Daß eine Ausnahme für die Blumengeschäfte nicht notwendig ist, dafür geben einige große Geschäfte in den besten und belebtesten Stadtteilen selber einen Beweis, da sie schon jetzt regelmäßig um acht Uhr schließen. — In demselben Sinne sprachen sich auch die Diskussionsredner aus. Unter anderem wurde erwähnt, daß in München alle Geschäftsinhaber der Blumenbranche ohne gesetzlichen Zwang, durch freiwillige Vereinbarung, um 8 Uhr schließen. Andere Großstädte, wie Frankfurt am Main und Hamburg haben den gesetzlichen Auktionsverbot. Was in anderen Großstädten ohne Geschäftsschließung durchgeführt werde, das müsse auch in Berlin durchgeführt werden können. — Die Versammlung nahm einstimmig folgende Resolution an:

Die zahlreich versammelten Angehörigen der Blumengeschäfte im Polizeibezirk Berlin protestieren energisch gegen jede Ausnahmebestimmung zum Auktionsverbot. Sie erklären vielmehr, daß gerade für die Blumengeschäfte in der Arbeitszeit noch über die Verkaufszeit um 1/2 bis 3/4 Stunde hinausgeht. Im übrigen treffen auch für die Blumengeschäfte alle Gründe zu, die den Auktionsverbot auch für die übrigen Branchen notwendig machen. Die Versammelten erwarten darum von der Stadtverordnetenversammlung, daß diese dem Beschluß des Magistrats und der Gewerbe-Deputation, die Blumengeschäfte vom Auktionsverbot auszunehmen, nicht beitreten wird.

#### Unter Choleraverdacht.

Wie aus dem Rudolf-Virchow-Krankenhaus berichtet wird, hat die bakteriologische Untersuchung in dem Falle der Gattin des russischen Staatsrates Grigolewsky aus Peterhof in Rußland, die dort am Montag unter dem Verdacht der Choleraerkrankung eingebracht worden ist, heute mit Sicherheit ergeben, daß es sich hier nicht um Cholera asiatica, sondern um einen Typhusfall mit besonderen Erscheinungen handelt. Frau Grigolewsky wurde vorhin gestern vormittag sofort aus der Choleraabarde herausgeschafft und fand in einer anderen Parade Aufnahme. Das Allgemeinbefinden der Patientin ist vorläufig zufriedenstellend. Professor Dr. Klemperer, der Frau Grigolewsky vor der Ueberführung nach dem Rudolf Virchow-Krankenhaus in Behandlung hatte, begab sich, als ihm das Resultat der bakteriologischen Untersuchung mitgeteilt wurde, heute selbst an das Krankenlager seiner Patientin.

Die übrigen gleichzeitig mit Frau Grigolewsky im Rudolf-Virchow-Krankenhaus eingelieferte Personen sind sämtlich gesund, so daß voraussichtlich ihre Entlassung bald erfolgen kann.

Am Dienstag wurden der Arbeiter Kosciolada aus der Strafe Am Schlesienschen Bahnhof 5, seine zwei Töchter und zwei Schlafkutschken nach der Infektionsabteilung des Rudolf-Virchow-Krankenhauses gebracht, weil die Frau des K. unter verdächtigen Umständen verstorben sein sollte. Die Untersuchung ergab, daß diese Personen vollkommen gesund sind.

Eine amtliche Meldung besagt: „Bei der vorgestern unter Choleraverdachtigen Krankheitserscheinungen in das Rudolf-Virchow-Krankenhaus eingelieferten Frau Staatsrat Grigolewsky hat die Untersuchung mit Sicherheit ergeben, daß Typhus vorliegt.“

Im Falle der gestern gestorbenen Frau des Kohlenarbeiters Kosciolada ist vermutlich Drehschiff die Ursache. Die Familie und die beiden Schlafkutschken, die alle ganz gesund sind, sind nur der Vorsicht wegen zur zeitweiligen Beobachtung als anfechtungsverdächtig im Rudolf-Virchow-Krankenhaus untergebracht und isoliert, solange die Todesursache der Frau noch nicht bestimmt festgestellt ist.

Großstadtelend. Und wie geschrieben: „Gestern nach 10 Uhr abends ging ich von der Friedrichstraße nach dem Brandenburger Tor zu, als eine große Menschenansammlung meine Aufmerksamkeit rege machte.“

Ich drängte mich durch die Masse und sah auf der Schwelle einer Haustür eine Frau in mittleren Jahren mit verbundenem Gesicht, welche ein etwa zwei Jahre altes Kind im Arme hielt; neben ihr hockte ein Knabe im Alter von etwa fünf Jahren und ein Mädchen, das zirka acht Jahre alt sein mochte.

Alle besahen sich, ihrer Verfassung nach zu urteilen, in sehr großer Not. Angehört wurde die Frau — deren Mann derzeit von Berlin abwesend ist, von ihrem Hauswirt ermittelt, da sie die Miete nicht bezahlen konnte. Sie wandte sich an den Armenvorsteher, der die Kerne unter der Angabe: „Er könne nichts für sie tun, wenn ihr Mann nicht persönlich zu ihm komme“, abgewiesen haben soll.

Schließlich fanden sich unter der Menge Helfer. Ein Herr gab einen größeren Geldbetrag und eine Dame notierte sich die Adresse der armen Frau und versprach für den nächsten Tag Hilfe.

Ein Schutzmann brachte hierauf die arme Familie nach der Wache.

Erwünscht wäre, wenn der Name des Armenvorstehers festgestellt werden könnte, der so seine Pflicht verlegte.

Unter dem dringenden Verdacht des Raubmordes ist Dienstag der 43 Jahre alte Vater Albert Senger aus der Andreasstr. 58 verhaftet worden. Das Verbrechen, das ihm zur Last gelegt wird, erinnert in seinem ganzen Plan und in allen Einzelheiten an die Ermordung des Kellners Giernoth durch den später hingerichteten Lederarbeiter Rudolf Dennis. Senger wird beschuldigt, den 25 Jahre alten Hausdiener August Franke aus der Fehrbelliner Straße 11 durch eine Vorpiegelung nach der Provinz verschleppt und im Walde ermordet und beraubt zu haben. Die Leiche wurde am 27. August in den grüßlich wäldlichen Waldungen bei Forst in der Niederlausitz eine Meile vom Wege entfernt von einem Reifgänger aufgefunden. Die Obduktion ergab als Todesursache einen Schlag, der von hinten nach vorn durch den Kopf ging. Man nahm zuerst Selbstmord an, bis sich der Verdacht auf Senger lenkte. Erwiesen ist, daß Senger am demselben Tage in Begleitung eines solchen gutgekleideten Mannes, der einen Ueberzieher trug, nach Forst gefahren ist, wo er sich aber am 25. und 26. weiter mit ihm aufgehalten hat, ist noch nicht bekannt.

Ein verhängnisvoller Zusammenstoß zwischen einem Straßbahnwagen und einem Automobil fand gestern nachmittags am Driem-burger Tor statt. Der Chauffeur eines Droschkenautomobils, in dem sich zwei Frauen und ein Mann befanden, kam die Chausseestraße herunter gefahren. Am Driemburger Tor stieß er mit dem Kraftwagen gegen den aus entgegenge-setzter Richtung kommenden Motorwagen Nr. 2756 der Linie 26. Durch die Gewalt des Anpralls wurde das Automobil zur Seite geschleudert und zwei der Insassen, der Arbeiter Paul Ripprecht, Sägener Straße 22, und dessen Braut, Marie Regereit, wurden auf die Straße geschleudert. Sie erlitten beide am Kopfe schwere Verletzungen und wurden auf der Unfallstation mit Not-verbänden versehen.

Zugensuch. Am Freitag, den 4. d. M., nachmittags gegen 6 Uhr, wurde ein Mann am Köstritzer Platz von einem Straßenbahnwagen der Linie 78 überfahren. Diejenigen, die den Vorfall gesehen haben, werden gebeten, sich brieflich oder mündlich bei A. Dittmann, Bornsdorfer Str. 13, vorn II, zu melden.

Im Gebrüder Herrnsfeld-Theater gelangt am 1. Oktober eine Novität: „Die beiden Vindobandels betitelt zur Erstaufführung.“

Feuerwehrrachrichten. Der Verkehr Automobilbesitzer wurde gestern abend nach der Geiswälder Straße 63 alarmiert, wo ein Strohhäufchen auf freiem Felde angezündet worden war. Mit einer Schlauchleitung wurde der Brand gelöscht. Der 12. Zug hatte in der Schwertstr. 12 zu tun, wo das Zwischengebäl in einer Küche brannte, und in der Bülowstr. 56, wo in einer Tischerei Feuer ausgekommen war. Der 19. Zug rückte abends nach der Charlottenstraße 72 aus, dort war ein Gasmesser geplatzt und Gas ausgeströmt. Die Wehr beseitigte die Gefahr. Betten, Gardinen usw. wurden in der Sieboldstr. 3 ein Raub der Flammen. Der 1. Zug hatte in der Prenzlauer Straße 6 einen kleinen Wohnungsbrand zu löschen. Heute früh lief ein Alarm aus der Paul-Heyse-Straße ein. Grober Unfug war die Ursache. Der Täter wurde ergriffen und der Polizei übergeben.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

Die Ersatzwahlen an Stelle unserer Genossen Flemming und Scharnberg, deren Wahl der Bezirksauschuss infolge der durch den Wahlvorsteher und liberalen Stadtverordneten Jolen-berg veranlaßten großen Verstöße gegen die gesetzlichen Vorschriften für ungültig erklärt hat, finden am Montag, den 19. Oktober, statt. Obwohl weder Scharnberg noch Flemming als Hausbesitzer gewählt worden waren, muß jetzt einer der beiden zu Wählenden plötzlich Hausbesitzer sein. Das kommt daher, daß gleichzeitig in einem anderen Bezirk ein bürgerlicher Stadtverordneter, der Hausbesitzer ist, sein Amt niedergelegt hat. Das Los hat nun entschieden, daß nicht im 8. Bezirk, der bisher durch einen Hausbesitzer vertreten war, sondern im 5. Bezirk, wo Scharnberg und Flemming gewählt waren, ein Hausbesitzer zu wählen ist. Also nicht genug damit, daß zwei Sozialdemokraten aus der Stadtverordneten-Versammlung einfach entfernt werden, weil der Wahlvorsteher zur Erfüllung seines Amtes unfähig ist, ist den Wählern auch die Möglichkeit genommen, die Männer ihres Vertrauens von neuem zu wählen; einer der beiden bisherigen Vertreter muß auf die Wiederwahl verzichten, da keiner von ihnen Besitzer eines Hauses ist. Der Wähler des Dreiklassenwahlsystems für die Gemeindevahlen wird nur noch durch das preussische Landtagswahlrecht übertroffen. Daß die Sozialdemokraten alles aufwiegen werden, um zu verhindern, daß das Mandat der Freisinnlichen zufällt, braucht nicht noch besonders betont zu werden. Wenn jeder Genosse seine Pflicht tut, dann wird der Sieg allen gesetzlichen Schwierigkeiten und allen Manipulationen zum Trotz der Sozialdemokratie zufallen.

Eine Vereinbarung mit dem Verein Sänglingsheim unterbreitet der Magistrat dem Stadtverordneten zur Genehmigung. Dieser Verein betreibt vom 1. Oktober 1908 ab in der Platanenallee auf Westend ein auf seine Kosten errichtetes Sänglings- und Mütterheim. Das Sänglingsheim gewährt mit seinen zurzeit bestehenden Einrichtungen 40 Sänglingen mit ihren unverheirateten oder ehewerlassenen Müttern für je drei Monate nach der Entbindung, also jährlich 100 Sänglingen und Müttern unentgeltlich Unterkunft und Pflege. Nach Ablauf der drei Monate können ferner in dem mit dem Sänglingsheim verbundenen Mütterheim 40 Mütter mit ihren Kindern gegen einen Pflegegeld von monatlich 20 M. für das Kind und 5 M. Schlafstellengebühr für die Mutter ohne zeitliche Beschränkung Aufnahme finden. Es sollen vorzugsweise Charlottenburgerinnen berücksichtigt werden. Die Stab-gewähr dem Verein einen Zuschuß von jährlich 6000 Mark, sie erhält als Gegenseitigkeit für die dem Verein von der städtischen Armenverwaltung überwiesenen Sänglinge und Mütter 6200 freie Verpflegungstage in jedem Jahre, und zwar 5000 Verpflegungstage oder 14 Betten für Kinder mit Müttern, 1200 Verpflegungstage oder 4 Betten für Kinder ohne Mütter. Es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß die Stadtverordnetenversammlung dem Vertrage zustimmt.

### Schöneberg.

Der neue städtische Friedhof an der „Blanken Hölle“ ist der Benutzung übergeben worden. Leider ist bisher verabsäumt worden, eine Fahrverbindung nach dem Friedhofe zu schaffen, und gehört ein etwa einstufiger Marsch im Sonnenbrand wie auch bei schlechtem Wetter gerade nicht zu den Annehmlichkeiten. Dringendes Bedürfnis ist die Anlage einer Fahrgelegenheit. Von dem auf dem Kirchhof zu errichtenden Krematorium ist bisher nichts zu bemerken.

### Wilmerdorf.

Ein gewaltiger Dachstuhlbrand, bei dem zwei Feuerwehrleute verunglückten, kam am Dienstagabend in dem Gebäude Holzsteinische Straße 63 - Gasteiner Straße 6 zum Ausbruch. Das Feuer muß schon lange Zeit auf dem Boden ungemerkt geschwelt haben, denn als man auf die Gefahr aufmerksam wurde, schlugen schon aus mehreren Stellen des Dachgeschosses Flammen hervor. In wenigen Minuten brannte dann der Dachstuhl an beiden Straßenseiten. Die alsbald herbeigerufenen Feuerwehren aus Wilmerdorf griffen angezogen dieser gefährlichen Situation mit sechs Schlauchleitungen ein. Erst nach fast zweistündiger Vörschäftigkeit war die Gewalt des Feuers gebrochen. Mit der vollständigen Ablösung und Aufräumung hatte die Wilmerdorfer Wehr bis gegen Mitternacht am Brandplatze zu tun. Der Dachstuhl des Vorderhauses ist an beiden Fronten vollständig vernichtet. Bei den Ablösungsarbeiten verunglückten leider auch 2 Feuerwehrleute. Der Feuermann Wangin wurde von Stützflammen erfaßt und erlitt schwere Brandwunden im Gesicht und an den Händen, der Feuerwehrmann Busse trug Brandverletzungen an den Armen davon. Infolge mehrfacher Alarmierungen waren auch die Feuerwehren von Charlottenburg und Schmargendorf nach der Brandstelle geeilt. Beide Wehren traten aber nicht in Tätigkeit. Ueber die Entstehungsurache läßt sich bestimmen noch nicht sagen, doch geht unter den Hausbewohnern das Gerücht, daß das Feuer unbedingt angelegt worden ist. Die Ermittlungen nach dieser Richtung hin sind noch im Gange.

Ein zweiter gewaltiger Dachstuhlbrand brach gestern vormittag nicht weit von der ersten Brandstelle entfernt, in dem Hause Hlandstraße 116/117 aus. Auch hier scheint Brandstiftung vorzuliegen, denn es brannte gleich an mehreren Stellen. Die Flammen griffen mit unheimlicher Schnelligkeit um sich und sprangen vom Dachstuhl des Vorderhauses auf die Dachstühle der angrenzenden Seitenflügel über. Infolge starker Rauchentwicklung hatte die Wilmerdorfer Wehr einen schweren Stand. Von dem Dachstuhl des Vorderhauses konnte nichts mehr gerettet werden, die Dachstühle der beiden Seitenflügel sind teilweise zerstört.

### Treptow.

Ueber postalische Mißstände wurde im Treptower Grundbesitzerverein Klage geführt. Insbesondere der Verlin nächstliegende Orts-teil zwischen der Görlitzer Bahn und der Mitzdorfer Weichbildgrenze ist in postalischer Beziehung arg vernachlässigt, er besitzt nicht nur kein Postamt, sondern nicht einmal eine Markenverkaufsstelle. Auch im übrigen Treptower Gebiet, namentlich im Bezirk des Postamts 30, soll die Besiedlung usw. viel zu wünschen übrig lassen. Geschlossen wurde, an die löcherliche Oberpostdirektion das Ansuchen zu richten, den Mißständen, in erster Linie durch Errichtung eines Zweigpostamtes im Berliner Ortsteil, abzuhelfen.

## Gerichts-Zeitung.

Konflikt zugunsten eines Volksschullehrers. Im September 1906 hatte der damalige Volksschullehrer Kett-schlag in der 202. Gemeindegemeinde in der Seefraße zu Berlin den 13jährigen Schüler Günter stark geschlagen. Nach einem ärztlichen Gutachten soll das Gesicht des Knaben ausgelesen haben, als ob

es blau und rot angestrichen war. Frau Günter begab sich zum Rektor, um sich zu beschweren. Sie war aus jenem Anlaß zweimal dort. Der Lehrer Kettschlag kam hinzu und äußerte sich sehr abfällig über den Jungen. Der Vater verklagte den Lehrer beim Schöffengericht wegen Beleidigung. Er hatte auch Strafantrag wegen Körperverletzung gestellt, das Verfahren in dieser Sache stellte aber später die Staatsanwaltschaft wieder ein. Die Beleidigungsklage kam seinerzeit vor dem Schöffengericht zur Verhandlung. Kettschlag verteidigte sich damit, daß der Knabe durch sehr schlechtes Verhalten Anlaß zu der Prügelung und auch dazu gegeben habe, daß Angekündigter sich über ihn bei passender Gelegenheit schärf äußerte und auch dabei das Verhalten der Eltern berüchtigte. Er habe bessernd wirken wollen.

Das Schöffengericht sprach den Angeklagten frei. Es verneinte die Absicht der Beleidigung. Das Provinzial-Schulkollegium erhob, nachdem Günter Verurteilung eingelegt hatte, zugunsten des Lehrers Kettschlag den Konflikt, aber nur insoweit, als es sich um Verurteilungen vom 20. und 25. September handelte, die im Rektorzimmer fielen. Insoweit verlangte das Provinzial-Schulkollegium die endgültige Einstellung des Strafverfahrens gegen den Lehrer, indem es ausführte: Der Angeklagte habe zu der Uebertat des Klägers gesagt, der „Lümmel“ habe sich ungebührlich betragen, er bedauere nicht, daß er den „flapsigen Lümmel“ geschlagen habe. Am 25. September habe K. in Gegenwart des Rektors die Bezeugungen wiederholt. Nicht die Absicht, zu beleidigen, sondern die, erzieherisch einzuwirken zu wollen, habe K. geleitet. Die allerdings drastischen Verurteilungen (Flaps, Lümmel, Plegel) stellten deshalb keine Amtsbefugnisse dar.

Das Ober-Verwaltungsgericht erklärte den Konflikt am 22. September in der vom Provinzial-Schulkollegium gewünschten Beschränkung für begründet, es entschied also, daß der Beleidigungsprozeß gegen Kettschlag (der übrigens inzwischen sein Amt selber aufgegeben hat) insoweit endgültig einzustellen sei, als die Bezeugungen Flaps (flapsig), Lümmel und Plegel am 20. und 25. September 1906 gefallen seien. Er führte aus: Ob es takt-voll war, in Gegenwart der Mutter so von ihrem Sohn zu sprechen, möge dahingestellt bleiben. Jedenfalls habe der Lehrer die Worte nur gebraucht in der Absicht, mittelbar auf ein besseres Verhalten des Knaben einzuwirken. Die Ausdrücke seien kräftig, es sei aber nicht anzunehmen, daß K. damit seine Amtsbefugnisse überschritten habe.

So wie sich der Privatkläger, seine Frau und sein Sohn nach durch andere Verurteilungen beleidigt fühlen, nimmt das Privatklageverfahren in der Verurteilungsinanz natürlich seinen Fortgang. Auf diese anderen Verurteilungen wurde in dem Konfliktverfahren nicht eingegangen.

### Falschspieler.

Das Treiben in einer Spielhölle in der Elbasserstraße, die fast ausschließlich von Falschspielern und Bauernfängern besucht werden, kam in einer Verhandlung zur Sprache, mit der sich gestern die fünfte Strafkammer des Landgerichts I zu beschäftigen hatte. Wegen gewerbmäßigen Glücksspiels war der Schauhändler Otto Mann angeklagt. — Anfang Juni dieses Jahres kam der Oberbürgermeister Buchholz aus seinem kleinen märkischen Dörfchen Pönitz das erste Mal nach Berlin, um sich hier eine besser bezahlte Stellung zu suchen. In einem Lokal in der Nähe des Stettiner Bahnhofes machte B. die Bekanntschaft eines Mannes, mit dem er nach einiger Zeit ein Lokal in der Elbasser Straße 60 besuchte. Hier gestellte sich, ebenfalls wie zufällig, ein dritter Mann zu ihnen, der, nachdem man einige Zeit getuschelt hatte, den Vorschlag machte, sich durch ein kleines Spielchen die Zeit zu vertreiben! Bei dem harmlosen „Sechsendeckig“ gewann Buchholz mehrere Mark. Er war deshalb damit einverstanden, als der hingekommene Dritte ein anderes Spiel vorschlug. Als Buchholz nach einiger Zeit aufstand, hatte er seine ganze Wertschaft in Höhe von 70 M. verloren. Jetzt erst kam ihm der Verdacht, daß er Falschspielern in die Hände gefallen war. Als er sich nach seinen Mitspielern umfah, waren diese längst durch einen Hinterausgang verschwunden. Am demselben Abend wurde in diesem Lokal der Lokomotivführer Liebenhal beim Spiel um 50 M. betrogen. Der unbekannte Dritte wurde in der Person des jehigen Angeklagten Mann ermittelt. Das Gericht nahm nicht gewerbmäßiges Glücksspiel, sondern Betrug an und erlante mit Rücksicht auf das überaus gemeingefährliche Treiben des Angeklagten auf eine Gefängnisstrafe von neun Monaten und zwei Wochen Haft.

## Vermischtes.

### Eine schwere Explosionskatastrophe

hat sich gestern am Bord des in der Nähe von Loulou über den französischen Kreuzer „L'Atouche-Tréville“ ereignet. Wahrscheinlich durch Entzündung einer Kartusche kam es bei einer Schießübung zu einer Geschosseexplosion, die eine verheerende Wirkung ausübte. Ein Mann, die das Geschütz bedienten, wurden buchstäblich zermalmt. Es gelang bisher nur eine der Leichen zu rekonstruieren. Die anderen Opfer der Katastrophe sind bis zur Unkenntlichkeit entsetzt. Zwei Matrosen wurden schwer verletzt.

Eine große Menge wartet am Strande und verlangt von der Marinepräfektur Auskunft. Da diese es verweigerte, die Einzelheiten des Vorfalls und die Namen der Verunglückten bekanntzugeben, ereigneten sich mehrere Zwischenfälle und es werden Aufschuldigungen erhoben wegen des Schweigens der Präfektur.

### Die Cholera.

Aus Petersburg schreibt man uns vom 15. September: Alle eingeweihten und kompetenten Leute Petersburgs wissen es genau, und manche sprechen es auch mit einer ihre Position gebührenden Offenheit unverhohlen aus, daß der Ausbruch der immer unheimlicher grossierenden Epidemie hier hätte vermieden werden können oder richtiger hätte vermieden werden müssen. Denn es ist eine jener unerschämten Lügen, wie sie das hiesige Regierungssystem züchtet, wenn die regierenden Kreise es hinausposaunen, die Cholera sei „überraschend“ gekommen und hätte darum die städtische Verwaltung völlig unvorbereitet gefunden. Speziell Petersburg hätte rechtzeitig alle erforderlichen Maßnahmen treffen können, wenn dessen realitäre Gebiete von ernstlicher Sorge um das Wohl und Wehe der Residenzbevölkerung erfüllt gewesen wären. . . .

Den ganzen Sommer hindurch mehrten sich die unheimlichenden Symptome in Form von massenhaften Diarrhöerkrankungen, die darauf hindeuteten, daß die Keime der Pest bereits vorhanden seien und sich immer ausbreiteten. Was aber unternahm die Petersburger Stadtverwaltung? Abgesehen von verhältnismäßig unbedeutenden Summen, die sie für diese Zwecke aussetzte, und von der Vereinstellung einiger Karaden in den entlegensten Teilen der Stadt zur Aufnahme von höchstens 300 Kranken, kümmerte sie sich um nichts, ließ den alten Schandentum gewähren und sah mit fatalistischem Gleichmut zu, wie die Epidemieherde genährt und erzeugt wurde. Nicht einmal für die erforderlichen Krankenwagen war hier vorgesehrt, so daß jetzt einfache Droschken den Transport von Choleraerkranken besorgen und so trotz offizieller Vorsichtsmaßnahmen die Ansteckungsgefahren noch verstärken.

Niemand glaube indes, daß hier einzig und allein Mangel an Initiative geherrscht hat. Weit gefehlt! Hier sind tiefere, in den ganzen Verhältnissen liegende Ursachen vorhanden. Zur regel-rechten Bekämpfung der drohenden Epidemie wäre ein Apparat vonnöten gewesen, der nur bei vollständiger Umgestaltung der Stadtbewirtschaftung möglich wäre. Um diese Verhütung nicht als Uebertreibung anzusehen, muß man Petersburg und seine Ver-



**Rixdorfer Theater**  
Bergstraße 147.  
Sonntag, den 27. September 1908:  
Juni 8. Male:  
**Alt-Heidelberg.**  
Schauspiel in 5 Akten v. Meyer-Förster.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Stadt-Theater Moabit.**  
Alt-Moabit 47-49.  
Dir. Wolf Belle u. Hans Reih-Enl.  
Donnerstag, den 24. September:  
Eröffnung der Winter-Saison!  
**„Was ihr wollt.“**  
Aufführung in 5 Akten v. B. Shafespeare.  
Zur Zeit Respektvoll des Deutschen  
Theaters in Berlin. 1756b  
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

**Tanz-Unterricht**  
**Albert Fricke**  
neuerbaute Arminhaffen,  
Kommandantenstr. 58/59  
(neben d. Gebr. Hermann-Theater).  
Anfang Oktober beginnen die  
neuen Sonntags- und Wochentags-  
kurse für Anfänger sowie auch  
Bergschritte. Näheres belegen  
die Prospekte. 44132\*

Bausstellen und Landparzellen  
**R. von 4 Mark an**  
nahe  
**Bahn. Fredersdorf**  
Kaufpreis täglich im Panikon  
am Bahnhof und bei 34912\*  
**Nieschalke & Nitsche**  
Berlin, Neue Königstr. 16.

**Fahrräder-**  
**Motorräder-Lager**  
Reparatur-  
Werkstatt.  
Sämtliche  
Zubehörtelle.  
Billigste Preise. III, 3003.  
**Arthur Berger,**  
Danziger Str. 15.

**Bank-Berliner**  
**Lotterie.**  
Ziehung 6. Oktbr. 1908.  
485 Gewinne I. W. v. zus. Mark  
**10 000**  
1 Hauptgewinn I. W. v. Mark  
**5 000**  
und 484 Gew. I. W. v. zus.  
**5 000**  
Kleinsten Gewinns I. W. v. 5 Mk.  
Lose à 50 Pf., 11 Lose nur 5 Mk.  
(Porto u. Gewinnliste 20 Pf. extra)  
sind in allen Lotteriegeschäften u.  
den durch Plakate kenntlichen Ver-  
kaufsstellen zu haben sowie beim  
General-Debit  
**Paul Steinberg & Co.**  
G. m. b. H., Bankgeschäft  
Berlin C. 54, Rosenhaldenstr. 11-12.

**Steppdecken**  
**Spezialhaus**  
**Emil Lefèvre**  
Berlin Süd. Seit 1882  
nur Oranienstr. 158  
Unter-  
halte nirgends Filialen  
**Gelegenheitskauf!**  
Bunt Cretonne Ersatz für 900  
Deckbett 8  
Similiseide in den 525 750  
Farben  
Wollatlas rot, blau, 1875 850  
oliv  
Bunte Normal- 175 250 350  
Schlafdecken 2  
Wolldecken ganz 300 400  
dick  
Belsdecken angl., getigert  
6, 8, 10 M.  
**Pracht-Katalog**  
ca. 600 Illustrationen, künstlerisch  
ausgestattet, gratis und franks.

**Freie Volksbühne**  
Aufführungen  
**Lessing-Theater:** Gerhart Hauptmann:  
**Die versunkene Glocke.**  
**Thalia-Theater:** Te Deum  
Komödie von Ernst Rosmer.  
**Neues Schauspielhaus:**  
v. Wolzogen:  
**Die Kinder der Exzellenz.**  
Hebbel: Judith.  
Shakespeare: Julius Cäsar.  
Sardou: Rabagas.  
Goethe: Faust. (I. Teil.)  
Einige neue Mitglieder können sich noch  
melden in den Zahlstellen von Börner, Ritterstr. 15,  
Gottfried Schulz, Kottbuser Tor, Horsch, Engel-  
ufer 15.  
Der Vorstand.  
In Vertr.: G. Winkler.  
241/16

**Möbel**  
**Schulz**  
Reichenberger Str. 5.  
Gediegene Arbeit.  
Außerst billige Preise.  
Ruch 30042\*  
**Ratenzahlung.**  
Männerchor Köpenick  
(Mitgl. d. Arbeiter-Sängerbundes).  
Die Übungsstunden finden vom  
25. d. Mts. ab jeden Freitag,  
abends 9 Uhr, im „Kaiserhof“,  
Grünstraße, statt.  
Montag, den 5. Oktober cr.,  
abends 8 1/2 Uhr:  
**General-Versammlung**  
bei Ritter, Bahnhofstr. 44.  
66/12 Der Vorstand.  
**Restaurant Waldkater**  
Charlottenburg, am Bahn. Jungfern-  
heide.  
Inh.: Hermann Vogt.  
Jeden Donnerstag und Sonnabend  
Unterhaltungsmusik. Gemüt-  
liches Beisammensein.  
Sonntags: Gr. Volk. — Kaffeehäse.

**Möbel**  
Anerkannt reellste  
• Bezugsquelle! •  
Billige Preise!  
Grosse Auswahl!  
Dresdener Str. 16  
vis-à-vis Tammschke.  
**S. Misch**  
Barzahlung! Teilzahlung!

**Problem**  
Cigarren-Händlern  
bequemsten Einkauf zu billigen Preisen bietet das größte und  
reichhaltigste ausgestattete  
**Cigaretten-Engroslager Carl Röcker, Berlin,**  
Grüner Weg 112 (Fernspr. VII, 3861).  
Offiziere folg. Marken & Originalfabrikpreis von 100 St. an einer Sorte:  
Berliner Marken: Garbain, Jofetti, Kanoll, Problem, Phänomen,  
Kapitän, Herbstoll, Carmen Solba.  
Dresdener Marken: Salem Meistum, Sullma, (Matrapas etc.),  
Luma, Polero-Breit, Reunion, Kaiser.  
Ferner: Karazzi, Feres, Egyptian Comp., österreichische und ungarische  
Regie-Cigaretten und -Tabake etc.  
Generalbetrieb für Deutschland der dänischen Kapitän-Kautabake,  
Kautab. und Schnupftabake; Hauptniederlage der Kautabak-Fabrikten  
G. A. Gancwacker und Grimm & Friezel in Nordhausen;  
Brüder Braun in Kopenhagen, sowie J. Goldfarb Schnupf-  
tabake, Dr. Stargard.  
Bei Neuerrichtungen von Cigarren-Geschäften bitte mein bestsortiertes  
**Cigarren-Engroslager**  
zu befüllen. Ich führe nur gutgelagerte, feinste Qualitäten in  
allen Preislagen.  
**C. Röcker, Berlin O., Grüner Weg 112.**  
Amt VII, 3861.

**„Freischütz“** Fruchtstraße 36a  
an der  
Großen Frankfurter Straße  
empfiehlt seine Säle zu  
**Vereinsfestlichkeiten und Versammlungen**  
in jeder Größe zu kulantem Bedingungen. 4296L\*

**Arbeiter-Bildungsschule Berlin.**  
Sonntag, 27. September 1908, im großen Saale des Gewerkschafts-  
hauses, Engelsufer 15:  
Vortrag des Herrn Otto Roth-Berlin über:  
**„Im Reiche der schwarzen Diamanten“**  
(mit zahlreichen Lichtbildern).  
1. Die Entstehung der Steinkohle 3. Übungen der Rettungs-  
(mit 14 Lichtbildern); mannschaften (mit 4 Licht-  
2. Das Leben und Treiben im bildern);  
Steinkohlenbergwerk (mit 31 4. Die Arbeiterkolonien (mit 15  
Lichtbildern);  
5. In den Kohlenhöfen von Ruhrort (mit 9 Lichtbildern).  
Eröffnung 6 Uhr. Beginn 7 Uhr. Eintritt 30 Pf.  
Garderobe (gegen Vorzeigen des Billets) frei.  
Nach dem Vortrag:  
**Gemütliches Beisammensein mit Tanz.**  
**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Arbeitsnachweis: Verwaltungsbüro Berlin. Hauptbureau:  
Hof I. Amt 3, 1939. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.

**Achtung! Bauanschläger. Achtung!**  
Sonntag, den 27. September 1908,  
vormittags 10 Uhr:  
**Außerordentliche**  
**Mitglieder-Versammlung**  
im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27e.  
Tages-Ordnung:  
1. Stellungnahme zum Ablauf des Tarifs. 2. Verbands- und  
Branchenangelegenheiten. 3. Beschlüsse.  
Kollegen! Da Punkt 1 der Tagesordnung von großer Wichtigkeit für  
uns ist, so erwarten wir auf das Bestimmteste, daß Ihr Mann für Mann  
erscheint und an den Beratungen teilnimmt. 122/9  
**Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.**  
Wegen des Quartalschlusses findet die Auszahlung der  
Arbeitslosenunterstützung in folgender veränderter Weise statt:  
Die Kollegen, deren Woche vom 24.—30. rechnet, geben Buch  
und Karte am Dienstag, den 29. September ab und bekommen  
Rittwoch, den 30. September Unterstützung. Die Kollegen,  
deren Woche vom 25.—1. rechnet, geben Buch und Karte  
Rittwoch, den 30. September ab und bekommen Freitag, den  
2. Oktober Unterstützung. Donnerstag, den 1. Oktober findet  
keine Auszahlung von Arbeitslosenunterstützung statt.  
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Ortsverwaltung Berlin.  
**Möbelpolierer.**  
Donnerstag, 24. September, abends 8 Uhr, in den Andread-Geßfäßen,  
Andreadstraße 21:  
**Branchen-Versammlung**  
der Möbel- u. Stuhlpolierer sowie Magazin-  
arbeiter und Beizer.  
Tagesordnung:  
1. Sozialpolitische Geschehnisse: Unfallversicherung. Referent:  
Genosse Eugen Bräcker. 2. Diskussion. 3. Die Vorlage für die  
Zusammensetzung der Generalversammlung aus Delegierten. 90/20  
Mitgliedsbuch legitimiert!  
Zahlreiches Erscheinen erwartet. Die Branchenleitung.

**Konsum-Verein Charlottenburg u. Umgegend.**  
(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.)  
Donnerstag, den 8. Oktober, abends 8 Uhr, im  
„Volkshaus“, Rosinenstr. 3 (kleiner Saal):  
**Ordentliche Generalversammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht des Vorstandes. 2. Bericht des Aufsichtsrats. 3. Beschluß-  
fassung über die Bilanz. Verteilung des Ueberschusses. Entlastung des  
Vorstandes. 4. Wahl des Aufsichtsrats. (Wahl für aufgeschobene Aufsicht-  
ratsmitglieder.) 5. Anträge der Verwaltung. 6. Anträge der Mitglieder.  
Lauf Statut müssen letztere drei Tage vor der Versammlung in Händen  
der Verwaltung sein.  
Die Frauen werden besonders eingeladen.  
Eintritt nur gegen Legitimationskarte.  
Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder nicht entgegen die Verwaltung.  
**Der Vorstand.** **Der Aufsichtsrat.**  
A. Winter. A. Seilin. R. Bado. B. Winkler.  
Die Verkaufsstellen des Vereins befinden sich:  
Waldstraße 23. **Christstraße 18.**  
Tausrogner Straße 10. **Gauerstraße 27.**  
Votsdamer Straße 12. **Waldstraße 2.**  
Weimarer Straße 29.  
in Wilmsdorf: **Wilhelmsdane 27.**  
In sämtlichen Verkaufsstellen werden Mitgliederanmeldungen  
entgegengenommen. 127/9  
**Arbeiter! Konsumenten! Tretet der wirtschaftlichen**  
**Organisation bei!**  
Der organisierte Konsum regelt die Produktion!

**Tanz-Lehrinstitut Richard Heinrich**  
im Festsaal 1 des Gewerkschaftshauses, Engelsufer 15.  
**Sonntag, den 4. Oktober, nachmittags 3 Uhr,**  
beginnt der Hauptkursus in dieser Saison.  
Anmeldungen werden in meiner Wohnung sowie vor  
Beginn des Unterrichts entgegengenommen. 4412L\*  
Hochachtungsvoll  
**Richard Heinrich, Tanzlehrer, Wrangelstr. 107, Amt 4, 10381.**  
Jeden Sonntag **Große Gesellschaftsstunde,**  
von 6 Uhr ab:  
womzu ergebenst einladet **D. O.**

**Fürstenhof** Köpenicker Straße 137,  
(nahe Köpenicker Brücke)  
Inhaber: **A. Zöls.**  
**Säle für Versammlungen und Kränzchen.**  
Elegante Hochzeitssäle  
empfiehlt bei solbester und gediegenster Ausstattung. — Küche allgemein  
anerkannt und beliebt. — 5 vorzügliche Kegelbahnen. \*

Unserem lieben Freunde  
**Richard Schneider**  
zu seinem heutigen Wieden-  
festen ein donnerndes Hoch.  
1795b Einige Kollegen.

Unserem Meister a. D. **Fritze**  
**Fröhlich** zu seinem vierzig-  
jährigen Geburtstag ein dreifaches  
Hoch, daß 10A in der Berufstätigkeit  
wandelte. 44162  
Aber Fröhe, Deine Büro-Kasse!  
**J. P. H. R. G. S.**

**Deutscher**  
**Transportarbeiter-Verband.**  
Verwaltung I  
(Verein Berliner Hausflener).  
**Todes-Anzeige.**  
Hierdurch bringe den Mitglie-  
dern zur Nachricht, daß der Kollege  
**Paul Specht**  
am 18. d. Mts. freiwillig aus dem  
Leben geschieden ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
Donnerstag, nachmittags 3 Uhr,  
von der Leichenhalle des Luisen-  
stadtkirchhofes, Rigdort, Hermann-  
straße, aus statt.  
Zahlreiche Beteiligung erwartet.  
71/9 Die Verwaltung I.

**Verband der Maler,**  
**Lackierer, Anstreicher usw.**  
Ortsverwaltung Berlin.  
Den Kollegen zur Nachricht,  
daß unser Mitglied, der Maler  
**Berthold Grünzmacher**  
am 21. d. Mts. verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 24. September,  
nachmittags 4 1/2 Uhr, von der  
Leichenhalle des Emmaus-Kirch-  
hofs, Hermannstraße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
130/5 Die Ortsverwaltung.

Am 22. September verschied  
nach schwerem Leiden mein lieber  
Mann, unser guter Vater und  
Großvater, der Dreher  
**Gustav Hartlieb**  
im 66. Lebensjahre.  
Dies zeigen tiefbetrübt an  
**Pauline Hartlieb,**  
Heinrich Hartlieb (Sohn).  
Die Beerdigung findet am  
Freitag, nachmittags 4 Uhr, von  
der Leichenhalle des städtischen  
Friedhofs in der Gerichtstraße  
aus statt. 1797b

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme und die schönen Kranz-  
spenden bei der Beerdigung meines  
lieben Mannes und Vaters  
**Paul Feller**  
sagen wir allen Verwandten, Freun-  
den und Bekannten sowie dem Ver-  
bande der freien Welt- und Schan-  
kerte Deutschlands, Ortsverwaltung  
Berlin, und dem Hochvereln der Mä-  
ler hiermit unseren innigsten Dank.  
44172 **Berta Feller u. Tochter.**

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, dicht am  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

**Arbeiter-**  
**Notiz-Kalender**  
1909  
Geb. 60 Pf. Porto 10 Pf.  
Ein nützlicher Ratgeber, ein un-  
entbehrliches Nachschlagewerk  
für alle in Partei- und Gewerk-  
schaften organisierten Arbeiter.  
Der diesjährige Kalender ent-  
hält u. a.: Die Reichstags-  
sitzungen 1907 und die Reichstags-  
— Abgeordneten unserer Reichs-  
tagstagesgeschichten. — Reichs-  
vereinsgesetze. — Die Bedeutung  
der Landtage. — Sozialdemo-  
krafische u. Gewerkschaftsvereine.  
— Die Gewerkschaften Deutsch-  
lands. — Internationale Streik-  
und Gewerkschaftsbewegung im  
Jahre 1908. — Adressen der Ar-  
beiter-Referate und der Ver-  
bände der Zentralverbände. —  
Die deutschen Gewerkschafts-  
führer. — Kalenderium und Ge-  
schichtskalender. — Währungs-  
und Geldtafel. — Porcentaje. —  
Vielseitiges Adressenmaterial.  
Auch enthält der Kalen-  
der ein hübsch ausgestattetes  
Kart. — Porträts.  
Zu beziehen durch jede Partei-  
buchhandlung und bei den Kol-  
porteurs.  
Der Verlag:  
**Buchhandlung Vorwärts**  
Berlin O. 2. 8.